

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

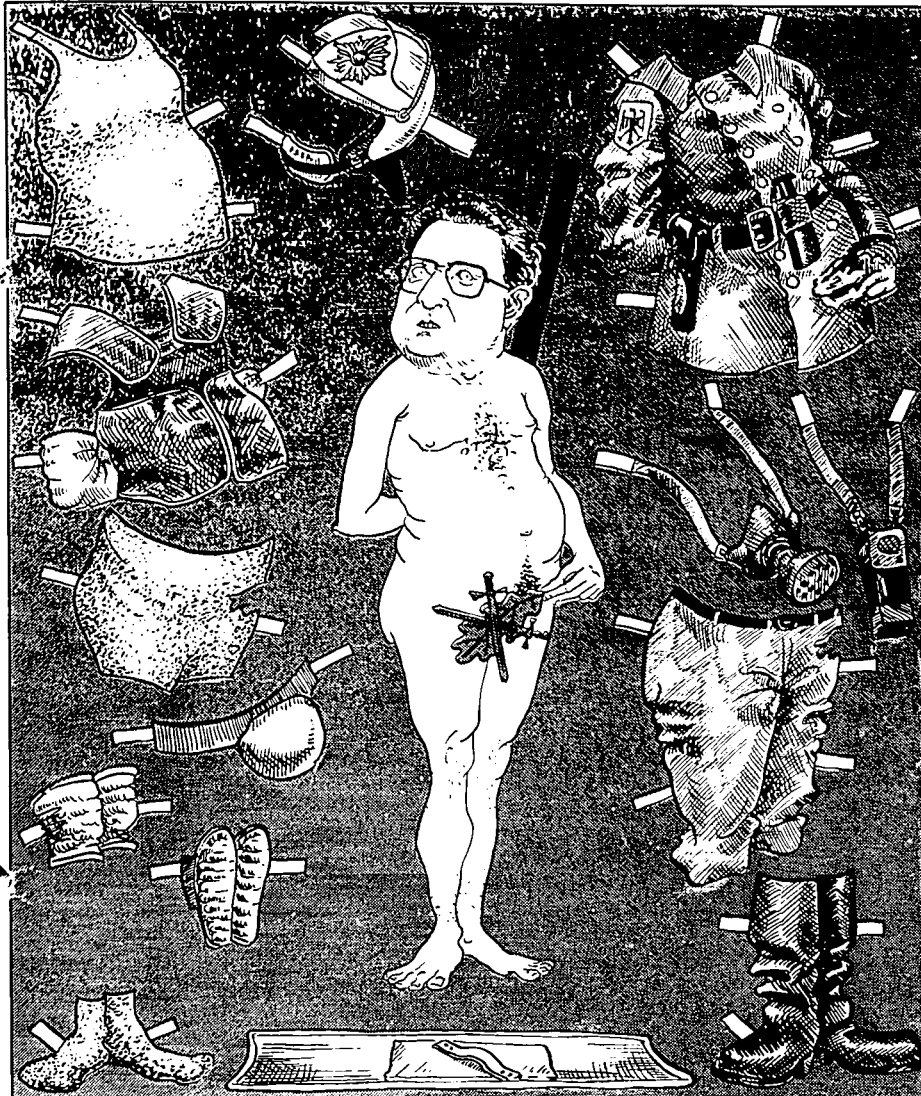
Politische Berichte



23. Mai 1981
Jg. 2 Nr. 11

G 7756 D Preis:
2 DM

„Die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern stellen fest, daß es in der Bundesrepublik Deutschland ein freiheitliches Demonstrationsrecht gibt.“



„Die polizeilichen Einsatzmittel unterhalb der Schußwaffe müssen ergänzt werden. Es müssen polizeitypische Einsatzmittel entwickelt werden, die rechtsstaatlich-humanitären Anforderungen entsprechen, ...“

aus: *Ergebnisse der Innenministerkonferenz-Sondersitzung am 6. Mai in Brühl bei Bonn*



US-Mobilmachung: Kongreß beschließt Reagan-Programm zur „Restauration der amerikanischen Führung“
Seite 3



Lohnstandard: Hoffentlich schieben die DGB-Gewerkschaften einem weiteren Fallen des Lohnstandards einen Riegel vor
Seite 13



El Salvador: Entsendung von US-Interventionstruppen in Vorbereitung
Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich im Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2 DM

Inhalt

<i>US-Mobilmachung:</i> Kongreß beschließt Reagan-Programm zur „Restauration der amerikanischen Führung“	Seite 3
USA: Exportoffensive	Seite 3
US-Bergarbeiter streiken seit 1 ½ Monaten	Seite 4
Haushaltseinkommen in den USA: Spaltung vertieft	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Westberlin:</i> Senatswahlen — vor allem Verluste an die Reaktion	Seite 7
<i>Mitterand Präsident:</i> „Nichts wird gegeben ohne unseren Druck“	Seite 7
<i>CDU/CSU:</i> Bereiten die Bourgeois den Regierungswechsel vor? CDU im Angriff	Seite 8
<i>Medizinstudenten:</i> 25% endgültig durchgefallen	Seite 9
<i>Billig-Flaggen:</i> ITF-Erfolg in westdeutschen Seehäfen . . .	Seite 9
<i>Innenministerkonferenz:</i> CDU-Vorstöße zwecks Ausweitung der Polizeiunterdrückung	Seite 10
<i>Türkei:</i> Die Junta wütet, die IWF-Bankiers kassieren . . .	Seite 11
<i>Schweden:</i> Streiks während der Regierungskrise	Seite 12
<i>Lohnstandard:</i> Hoffentlich schieben die DGB-Gewerkschaften einem weiteren Fallen des Lohnstandards einen Riegel vor	Seite 13
<i>Ehrenbergs Hintertüren</i>	Seite 13
<i>Aus neueren tarifpolitischen Entschlüssen der DGB-Gewerkschaften</i>	Seite 14
<i>Statistisches zur Preisrate</i>	Seite 16
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>Niedersachsen:</i> Statt Kindergartenplätzen — Babyprämie	Seite 19
<i>SKF Schweinfurt:</i> Streik gegen Einführung der dritten Schicht	Seite 19
<i>Graubremse Heidelberg:</i> Kampf um günstigere Betriebsvereinbarungen	Seite 20
<i>Datenverarbeitung:</i> Ernüchterung bei Versicherungen . .	Seite 21
<i>Justiz:</i> Urteil im Böse-Prozeß gesprochen	Seite 21
<i>Brokdorf-Demonstration:</i> Ermittlung gegen Landtagsabgeordnete	Seite 21
<i>Medizin im Gefängnis:</i> „Der Gefangene hat die Behandlung durch den Anstaltsarzt zu dulden“	Seite 22
<i>Interview mit höheren Gefängnisbeamten</i>	Seite 22
<i>Widerstand gegen Gefängnismedizin</i>	Seite 23
<i>Kündigungsschutz:</i> Arbeitsplatzsicherung unzureichend	Seite 23
<i>Nordrhein-Westfalen:</i> Haushaltskürzung im Schulbereich	Seite 24
<i>Öffentlicher Dienst:</i> „Einigung“ über Personalvertretung	Seite 24
<i>Roma-Welt-Kongreß:</i> Roma und Sinti im Kampf für die Anerkennung als Nation — anhaltende Unterdrückung in der BRD	Seite 25
<i>Memorandum der Romani-Union und des Verbandes deutscher Sinti an die Bundesregierung und die Regierungen der Länder (Oktober 1979)</i>	Seite 26
<i>Stichwort Roma und Sinti</i>	Seite 27
<i>Internationale Nachrichten</i>	Seite 28
<i>Irland:</i> Großbritannien fordert Irlands NATO-Mitgliedschaft	Seite 29
<i>Wahlen Niederlande:</i> Offener Angriff auf die Arbeiterbevölkerung	Seite 29
<i>Spanien:</i> Weichen für neuen Putsch werden gestellt	Seite 30
<i>Japan:</i> Sinken des Lohnstandards nicht gestoppt	Seite 31
<i>Demokratisches Kampuchea:</i> ASEAN-Staten für Konferenz am 1.7.81	Seite 31
<i>El Salvador:</i> Entsendung von US-Interventionstruppen in Vorbereitung	Seite 32
<i>Revolutionär-demokratisches Programm, 1980</i>	Seite 32
<i>EG-Kodex Südafrika:</i> Vertuschungsmühen der Bundesregierung	Seite 33
<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i>	Seite 34
<i>Abenteuerfilm:</i> „Flucht nach Athen“ — mit James Bond gegen die Nazis	Seite 34
<i>Vom Legionär zum Millionär</i>	Seite 34
<i>CIA:</i> an „Malko“ aus dem Sumpf	Seite 34
<i>Die Befreiung der Slowakei</i>	Seite 35
<i>Rüstungsexporte:</i> Eine Wende im westdeutschen Rüstungsexport?	Seite 35
<i>Bauern:</i> Teures Lehrgeld für bürgerliche Genossenschafts„hilfe“	Seite 36
<i>Analphabeten:</i> Bremer Senator tut verwundert: „... unglaubliches Phänomen“	Seite 37
<i>Lohnhöhe und Ausbildung (III)</i>	Seite 38

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Christiane Schneider; für Spezialberichte (S. 13 – 17) und Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Angela Lux; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Ulrich Grothus; für Sozialstatistik (S. 38/39): Hans Jungcurt. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln.

Kongreß beschließt Reagan-Programm zur „Restauration der amerikanischen Führung“

Reagan versteht es, den patriotischen Taumel, der ihn ins Präsidentenamt gespült hat, auszukosten und für die Ziele der US-Monopolbourgeoisie umzumünzen. „Diese Republik ist ein Traum“ zitierte Reagan am 28.4. vor dem Kongreß einen US-Poeten, um dann in eigenen chauvinistischen Tönen fortzufahren: „Das ist es, was uns

Amerikaner anders macht. Wir haben immer nach einem neuen Geist gesucht und große Ziele anvisiert. Wir sind immer mutig und entschlossen, furchtlos und kühn gewesen.“ Nach solcher Einstimmung beschloß das mehrheitlich demokratische Repräsentantenhaus mit den Stimmen von 63 Abgeordneten der Demokratischen Partei/Reagans

USA: Export-offensive

US-Exporte 1980

	Anteil am Exp.*	Steig.rate Exp. 78-79
1. Europa	33,4%	+ 60%
- GB	6,0%	+ 76,5%
- BRD	5,1%	+ 54,8%
- Frankr.	3,5%	+ 77,2%
- Ital.	2,5%	+ 57,3%
- UdSSR	0,5%	- 49,5%
2. Asien	27,6%	+ 45,9%
- Japan	9,5%	+ 55,4%
3. Kanada	16,3%	+ 20,4%
4. Lateinamer. ..	16,3%	+ 68,9%
- nörd. LA	9,6%	+ 83,1%
5. Afrika	4,1%	+ 47,3%
- Südafrika	1,0%	+ 104,4%
6. Australien/Ozean.	2,3%	+ 37,8%

*Datenbasis nicht inflationsbereinigt

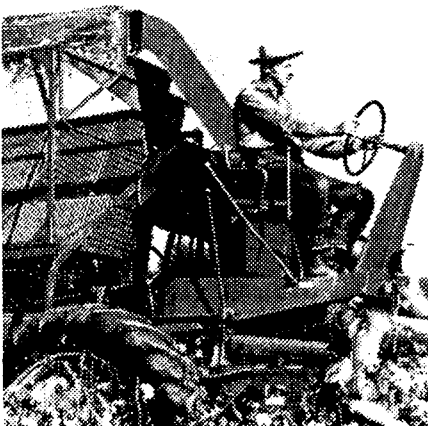
*Quelle: Survey of current business, January 1981, United States Department of Commerce

Schon unter der Carter-Regierung hat die USA eine offensive Exportpolitik begonnen. Der wertmäßige Anteil der US-Waren am Welthandel war von 1970 15,4% auf 1979 12,1% gefallen. Der Abstand zum imperialistischen Konkurrenten BRD betrug nur noch 0,6%. Die Carter-Regierung unternahm Schritte, „das allgemeine nationale Interesse an expandierenden Exporten“ durchzusetzen. Verbesserung der Versicherung bei Exporten (zum Beispiel gegen Enteignung), Steuervorteile, bessere Unterstützung der US-Imperialisten durch Finanzhilfen durch die US-Bank für Export und Import waren nur einige Schritte, die in Angriff genommen wurden.

An den US-Exporten von 1980 208,9 Mrd. \$ hatte der Export von Maschinen den größten Anteil mit 53,9 Mrd. \$. An zweiter Stelle steht der Export von landwirtschaftlichen Waren mit 38,7 Mrd. \$. Dann folgt Transportausrüstung (Flugzeuge, Autos und Autoteile) mit 27,3 Mrd. \$. Darunter Autos und Autoteile mit

14,1 Mrd. \$. Die Steigerungsraten beim Export dieser Waren vom Jahr 1978 bis 80 liegen jedoch den US-Imperialisten verhältnismäßig zu niedrig. Für Transportausrüstung betragen sie 22,9% (Autos nur 6,4%). Die Wachstumsrate bei landwirtschaftlichen Produkten liegt für diesen Zeitraum bei 31,7% und bei Maschinen bei 45,8%. Verglichen mit den Steigerungsraten im Export für minerale Brennstoffe (Kohle, Öl) von 102,1% und Eisen und Stahl von 77,3% sind sie bescheiden.

Das ist auch genau das Problem der US-Imperialisten, die bei heftiger Steigerung der Exporte gerade in ihren wichtigsten Exportbranchen im Hintertreffen sind. So erklärt sich auch die Aufhebung des Weizenembargos gegen die Sowjetunion aus dem Interesse der US-Imperialisten an Ausbau des Exports von landwirtschaftlichen Produkten. Ein anderer Grund ist, daß im Moment die BRD als größter westlicher Exporteur im Ostgeschäft dasteht, während die



Baumwollernte. Die USA sind der weltgrößte Baumwollexporteur

USA nur einen kleinen Anteil daran haben. Genauso ist auch der Handelskrieg um den Automarkt mit Japan zu verstehen.

Quelle: Survey of current business, January 1981, United States Department of Commerce

Haushaltswurf 1982, der den Militäretat enorm aufstockt, dagegen das Sozialbudget um bislang 25 Mrd. \$ kürzt und damit mindestens 20 Mio. US-Bürger, vor allem Alte und Farbige, noch tiefer ins Elend drückt (s. Pol. Ber. 6/81). In der letzten Woche votierte der US-Senat mit 78:20 Stimmen für Reagan. Damit ist auch sicher, daß die aus dem Etat folgenden Gesetze in einigen Monaten angenommen werden. Lediglich Reagans Plan, die Einkommenssteuern für drei Jahre um linear 10% zu senken, was vor allem Kapitalbildung bei den höheren Einkommen fördern würde, ist unter den Bourgeois noch umstritten. Die Wallstreet-Bankiers wünschen stattdessen weiteren Nachlaß bei den Gewinnsteuern.

Schon brüten Reagans Berater über weiteren Streichungen: Den Rentnern, die Jahrzehnte an die staatliche Sozialversicherung gezahlt haben, soll die Anpassung der Rentenbezüge an die Preissteigerungen gestrichen werden – bei einer Inflation von 12%. Das Rentenalter soll von 65 auf 68 erhöht werden. Auf der Streichungsliste stehen ferner Wohlfahrtsbezüge für Schwangere und Familien von Streikenden. „Wir betonen, daß Arbeit wieder ermutigt werden soll“, lautet die Philosophie des Programms. Außerdem hat die Reagan-Administration in den 100 Tagen seit dem Amtsantritt schon 107 Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen, gegen die die Industrie Sturm gelaufen hatte, ausgesetzt bzw. überprüft.

Es hat den Anschein, daß der Versuch der US-Monopolbourgeoisie ansetzt, mit dem Reagan die von der Arbeiterbewegung in den letzten 50 Jahren – seit Roosevelts New Deal – erkämpften Errungenschaften rückgängig zu machen, alle Schranken der Ausbeutung und Verelendung einzureißen, und mobilzumachen für die Wiederherstellung der „amerikanischen Führung“ in der Welt. Wie sind die Aussichten für die Mobilmachung?

In den letzten drei Quartalen verzeichnete die US-Produktion ein Plus von jeweils über 4% gegenüber dem Vorjahr. Allerdings ist sie damit erst wieder auf dem Niveau von 1979. Wachsende Exporte und anziehende Investitionen haben das Plus bewirkt, während die Massen ihren Konsum weiter einschränken mußten, die Sparquote mit 3,9% auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren gefallen ist und die Rücklagen auch der mittleren Ein-

US-Bergarbeiter streiken seit 1½ Monaten

Die US-Bergarbeiter streiken jetzt seit dem 27.3. Die Bituminous Coal Operators Association (BCOA), die die 130 größten Kohlekapitalisten bei den Tarifverhandlungen vertritt, hat der Gewerkschaft United Mine Workers (UAW) noch immer kein neues Angebot vorgelegt. Die kleinen Kapitalisten, die 1978 den damaligen Abschluß mit unterzeichnet hatten, haben jetzt eine neue Organisation gegründet, die darauf aus ist, einen separaten Abschluß durchzusetzen. Sie haben Angst vor dem Ruin.

Die nationale Produktion war schon Mitte April von 17 Mio. t pro Woche vor dem Streik auf 8,7 Mio. t gesunken. Noch ist kein Ende des Streiks abzusehen. Die westlichen Imperialisten, zum Beispiel Frankreich, fangen an, ihre Schiffe aus den USA abziehen, und drohen mit Vertragsentzug. Aber das Problem der Imperialisten ist damit nicht gelöst. Die USA sind der größte Kohleexporteur der westlichen Imperialisten. Sie haben ihre Position auf dem Weltmarkt sprunghaft verbessert. Eine Maßnahme war der Ausbau der Infrastruktur, um den Kohletransport an die Küste zu erleichtern. 1979 wurden 64,7 Mio. t exportiert, 1980 waren es schon 89,9 Mio. t (Quelle: International Herald Tribune, 18./19.4.81). Danach folgt Australien mit 43 Mio. t, Polen mit 32 Mio. t und Südafrika mit 29 Mio. t. Der polnische Kohleexport ist von 79 auf 80 um 9 Mio. t gefallen, die westlichen Imperialisten rechnen mit einer weiteren Einschränkung. Ihr Problem ist, wo sie überhaupt billige Kohle herbekommen sollen.

Allerdings ist die Lage der US-Bergarbeiter in diesem Streik schwierig. Die Gewerkschaftsführung war ursprünglich für den alten Vorschlag der Kapitalisten. Was aber noch schwerer wiegt, ist die Tatsache, daß die BCOA die Verhandlungen offensichtlich herauszögert. Sie will den Anteil der Bergwerke, in denen die Arbeiter in der UMW organisiert sind, an der gesamten Kohleproduktion weiter senken. Dieser Anteil ist schon in den letzten acht Jahren von 70% auf 44% gefallen. Denn die Kapitalisten eröffnen im Westen der USA neue Kohlegruben, in denen der Organisationsgrad der Arbeiter zunächst ganz niedrig liegt.

kommensschichten immer mehr aufgefressen werden. Ganze Industriezweige – Bau, Stahl- und Autoindustrie – stecken tief in der Krise, und allein im letzten Halbjahr haben 6000 Unternehmen pleite gemacht, stranguliert durch Zinssätze von über 20%. Die US-Bundesbank hat erklärt, daß die Zinsen vorerst hoch bleiben; es ist noch nicht genug Kapital vernichtet. Die Investitionsquote (als Anteil am Bruttosozialprodukt) liegt unter der der BRD und Japans. Hier schafft das Reagan-Programm Abhilfe: Die Abschreibungsmöglichkeiten werden erheblich verbessert, die Steuern auf Unternehmensgewinne um 30% gesenkt. Die gigantisch wachsenden Rüstungsausgaben werden ebenfalls die Gewinne sprudeln lassen. Beschleunigte Umwälzung des US-Produktionsapparates für die Exportoffensive und für die Kriegsfähigkeit ist das sichere Ergebnis des Reagan-Programms. Ob damit allerdings, wie angekündigt, 1982 ein

Handelskrieg, dessen Ergebnis keineswegs ein Durchbruch für die USA sein muß. Schließlich ist der Produktivitätsvorsprung der US-Imperialisten gegenüber der Konkurrenz in den letzten Jahren fast weggeschmolzen. X Demgegenüber stehen die Konkurrenzvorteile der US-Imperialisten – billigere Energie und Rohstoffe, niedrigere Lohnkosten als z.B. in der BRD, der drastisch gesunkene Dollarkurs. Dadurch haben die USA ihren Weltmarktanteil am Industriegüterexport von 17% 1978 auf 18,5% 1980 gesteigert (1970: 21,3%). Außerdem sichern die riesigen Auslandsinvestitionen (Bestand 1979: 193 Mrd. \$; Rückfluß daraus in die USA: 38 Mrd. \$) die Märkte für den US-Warenexport.

Die Versuche des Reagan-Kabinetts, den Verbündeten die Lasten und die Folgen der Mobilmachung gegen die Sozialimperialisten aufzuhalsen, stoßen auf reservierte Zurückhaltung. Der japanische Premier Suzuki ließ sich bei



5000 demonstrieren am 17.1. in Berkeley (Kalifornien) gegen die US-Intervention in El-Salvador

Wirtschaftsboom die fast 10jährige faulige Stagnation ablöst, ist fraglich.

Denn auf dem Hauptabsatzmarkt für den US-Export, der EG, bedroht die Wirtschaftskrise das Geschäft. Auf den Märkten der Dritten Welt, gerade auch in Lateinamerika, das das US-Handelsministerium zum Hauptfeld der Expansion erklärt hat, treffen die US-Konzerne mehr denn je auf japanische und EG-Konkurrenz. Reagans Traum einer „nordamerikanischen Allianz“, die Mexiko und Kanada in „Schutzgebiete“ des US-Imperialismus verwandeln würde, stößt in diesen Ländern auf keine Gegenliebe. Die von den USA erzwungene Selbstbeschränkung für japanische Autoexporte und der Streit mit der EG um subventionierte Exportkredite verschärfen den

seinem USA-Besuch keine Zusage für gesteigerte japanische Rüstung und Übernahme von Militäraufgaben in Fernost abhandeln. Sein Außenminister, der von einer Militärallianz mit den USA sprach, mußte seinen Hut nehmen. Das US-Angebot auf Beteiligung an einer NATO-Eingreiftruppe für den Nahen Osten, die bislang kein Golf-Staat beherbergen will, haben die BRD-Imperialisten ausgeschlagen. Die CDU/CSU möchte dafür die US-Truppen in Europa durch die Bundeswehr „entlasten“. Denn was sind Bundeswehrsoldaten unter US-Kommando im Nahen Osten gegen die Aussicht, als BRD direkt in Saudi-Arabien Fuß zu fassen? Aufgrund ihrer geographischen Lage sind die USA bei der Mobilmachung gegen die SU, bei ihren

mit Bureau in einem eigenen Gebäude in Berlin

Operationen in Europa, im Nahen Osten, in Asien und Afrika auf ihre Verbündeten angewiesen. Dieses Abhängigkeitsverhältnis verhindert, daß die USA als Vormacht ihre Interessen einfach diktieren können. (So drücken ~~den auch~~ die in der US-Presse allgemein als US-Triumph verbuchten Ergebnisse der jüngsten NATO-Konferenzen, vor allem die anvisierte Steigerung der Rüstungsausgaben über die 3%-Marke hinaus, u.a. aus, daß die westeuropäischen Imperialisten und Kanada für ihre eigenen Interessen die Kriegsvorbereitungen forcieren wollen.

In den USA selbst kann sich aufgrund des Fehlens einer Arbeiterpartei die Bewegung gegen den Kurs der US-Monopolbourgeoisie nur schwer formieren, können ausgerechnet Multimillionäre wie Edward Kennedy sich im US-Kongreß als Anwälte der Armen aufschwingen: „Die Alten haben im nächsten Winter die grausame Wahl zwischen einem gedeckten Tisch und



Kubanische Söldner, ausgehalten vom CIA, feiern in Miami (Florida) den Jahrestag der gescheiterten US-Invasion 1961 gegen Kuba.

einer geheizten Wohnung.“ Doch vor wenigen Wochen haben Hunderttausend in Washington gegen das Kriegsprogramm, die US-Intervention in El Salvador und die brutalen Streichungen am Sozialbudget demonstriert (s. Pol. Ber. 10/81). Trotz der Spaltung der US-Gewerkschaften über das Reagan-Programm hat sich eine Koalition unter Beteiligung des Gewerkschafts-

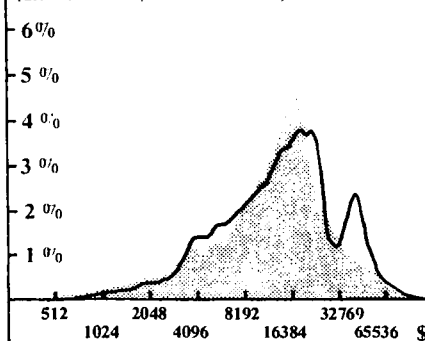
dachverbandes AFL/CIO, vieler Einzelgewerkschaften, der Organisationen der Afroamerikaner, der Bürgerrechtsbewegung, der Komitees von Umweltschützern usw. gebildet, die das Mobilisierungsprogramm zu Fall bringen will. Dieser Kampf kann das Konzept der US-Imperialisten, die US-Vormachtstellung in der Welt zu restaurieren, erschüttern.

Haushaltseinkommen in den USA: Spaltung vertieft

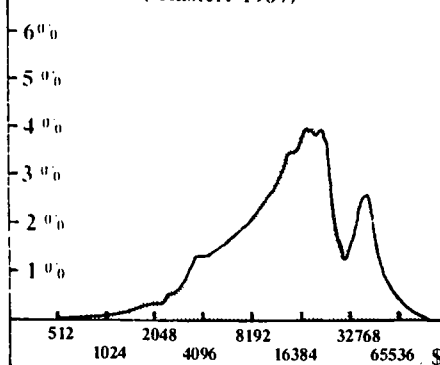
25 Mio. US-Bürger, mehr als 11% der Bevölkerung, vegetierten 1977 unter der offiziellen Armutsgrenze, nach der Statistik definiert als der Geldbedarf, der für eine angemessene Ernährung unerlässlich ist. Für einen 3-Personen-Haushalt lag die Armutsgrenze 1977 bei ca. 5000 \$. Dagegen verbuchten fast 30% aller Haushalte ein Jahreseinkommen von 20000 \$ und mehr, genug, um ein Kapital auf die Seite zu legen. 82% aller Haushalte mit Jahreseinkommen über 25000 \$ hatten neben dem Gehalt noch andere Einkommensquellen. Die US-Monopolbourgeoisie hat die enorme Spreizung des Einkommensgefüges der US-Bevölkerung – auf der einen Seite eine große Elendschicht, auf der anderen Seite ein erheblicher Bevölkerungsteil, dessen Lebensverhältnisse sich denen der Bourgeoisie annähern – in den zehn

Jahren seit 1967 noch erheblich verstärkt. Damals verfügten gerade 20% der Bevölkerung – in 77er Dollars gerechnet – über ein Einkommen von 20000 \$ und mehr. In der Verteilung tritt die Absonderung der Schicht hoher Einkommen in dem Zeitraum 67 bis 77 deutlich hervor, wie sich auch schon weitere Spaltungen bei den mittleren Einkommen (50% der US-Haushalte lagen 77 über bzw. unter einem Einkommen von 13300 \$) abzeichnen.

Einkommen aller US-Haushalte
(Linie: 1977, Raster: 1967)

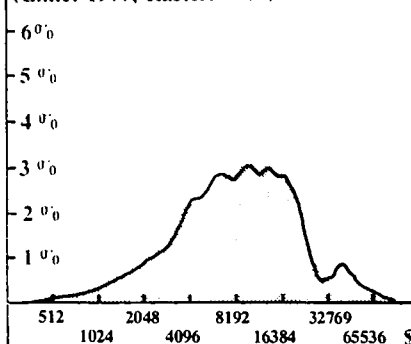


Haushaltseinkommen Weiße
(Linie: 1977, Raster: 1967)



Daß die US-Monopolbourgeoisie die Rassen- und die ethnischen Spaltungen ausnutzt, um die Lohnabhängigen aus den Minoritäten besonders tief zu drücken und darüber den Lohnstandard der gesamten Arbeiterbevölkerung zu senken, geht aus der Verteilung der Haushaltseinkommen der Afroamerikaner hervor. Die Vertei-

Haushaltseink. Afroamerikaner
(Linie: 1977, Raster: 1967)



lung weist eine ganz andere Struktur auf, und 50% der Afroamerikaner-Haushalte hatten 1977 ein Einkommen unter 8780 \$. Auffällig die deutliche Herausbildung einer schwarzen Oberschicht, mit der die US-Monopolbourgeoisie den politischen Zusammenschluß der Afroamerikaner spalten will.

Schließlich sind die Haushaltseinkommen von 67 auf 77 real nicht gestiegen; das Durchschnittseinkommen ist unverändert geblieben. Es ist zu vermuten, daß nach den Lohnsenkungen der letzten Jahre die Masse der Haushaltseinkommen abgesunken ist, gerade auch bei den Mittelklassen, und daß die Spaltungen zwischen den Einkommenszonen sich weiter vertieft haben.

Quellen: Bureau of Census, Household Income in 1977, Washington 1979; Daten vor Abzug von Steuern und Sozialversicherung, in 1977er Dollars.

Noch kein Konzept für die Wirtschaftsreform

In Vorbereitung des 9. außerordentlichen Parteitags im Juli kommt die Führung der PVAP nicht über die Hürden des Wirtschafts- und Stabilisierungsprogramms hinweg. Die der zuständigen Parlamentskommission verspätet vorgelegten Berichte der Regierung wurden zurückgewiesen und müssen neu erarbeitet werden. Die Abgeordneten kritisierten, die Dokumente enthielten „keine volle Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der Ursachen der entstandenen Krise“. Nach wie vor ist die Unabhängige Gewerkschaft Solidarität nicht bereit, sich an den Plänen für die Wirtschaftsreform zu beteiligen. Beschlossen hat die Regierung, mit Wirkung ab 1. Juli die Subventionen für die staatlichen und genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe zu streichen, die damit den privaten Bauern gleichgestellt werde, was die Belieferung mit Produktionsmitteln betrifft. Abzusehen ist die Verschärfung der Konkurrenz unter den Bauern. Die Kommission für die Strafrechtsreform hat empfohlen, die Todesstrafe abzuschaffen, die bei Mord und Hochverrat verhängt werden kann, und die Höchststrafe auf 25 Jahre Gefängnis zu beschränken.

Beutelschneider Gscheidle

Neben den Bundesbahntarifen (1981 insgesamt 14,3%) will Minister Gscheidle auch die Postgebühren erhöhen. Von einer Verteuerung bei den Briefen von 60 auf 80 Pfg. und bei Paketdienst und Postzeitungsdienst Anfang oder Mitte 1982 ist die Rede. Begründung: Die Ablieferungspflicht der Post an den Bund steige in diesem Jahr von 6,66 auf 10% der Betriebseinnahmen.

Britischer EG-Vorsitz

Gerade noch über Fischerei und andere Fragen heftig zerstritten, verständigten sich Schmidt und die britische Premierministerin Thatcher in „freundlicher Atmosphäre“ in Chequers, Großbritannien, über gemeinsame Interessen. Die BRD jedenfalls unterstützt das Programm, das die britische Regierung während ihres Vorsitzes im EG-Ministerrat

ab 1.7.81 durchsetzen will. Hauptpunkte: „Reform“ der EG-Agrarpolitik, d.h. wahrscheinlich Abschaffung der Interventionspreise, infolgedessen Sinken der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise; Reform des EG-Haushalts und des Zahlungsmodus zugunsten der BRD und Großbritanniens als den größten Netto-Zahlern. Praktisch würden den anderen Ländern damit höhere Zahlungen abverlangt.

Keine Senkung des Unterhaltgeldes!

Der Koordinationsausschuss der Umschülervertretungen, der 55 Umschülervertretungen vertritt, führt eine Unterschriftensammlung gegen die Senkung des Unterhaltgeldes (UHG) durch. 1976 bereits hatte die Bundesregierung das UHG von 90 auf 80% des letzten Nettolohns gekürzt, jetzt will sie es auf 75% heruntersetzen. Entsprechend Beschlüssen des DGB und der IGM fordern die Umschüler Erhöhung auf 90%, außerdem als Mindest-UHG einen Betrag von 1000 DM.

Papstattentat: Ermittlungsergebnisse dürftig

Wer die Interessenten und vielleicht auch die Organisatoren des Papst-Attentates gewesen sind, die Öffentlichkeit wird das kaum erfahren. Der Fall wird verhandelt wie schon die Bombenmassaker in Bologna und München. Am Schlußpunkt der Ermittlungen findet sich ein letztes Endes armer, wenn auch gemeingefährlicher Irrer oder eben auch nichts. Die christliche Tugend der Feindliebe ergreift in derartigen Fällen anscheinend Polizeidirektoren, Staatsanwälte, Innenminister, Gerichte. Ein Effekt der Grausamkeiten wird der Schrei nach verstärkter Sicherung der öffentlichen Ordnung durch öffentliche Gewalt sein. Das Attentat auf den Papst ist nicht ganz vergleichbar mit den blind brutalen Bombenanschlägen, wenn gleich nicht zu übersehen ist, daß man eine Form gewählt hat, die einem verrückten Schießen in eine betende Menge nahekam und entsprechend Opfer kostete. Mag die Eigenschaft Wojtylas als Stellvertreter Gottes auf Erden stark umstritten sein, die eines hohen Repräsentanten des Christentums in der Öffentlichkeit ist gewiß. Das reaktionäre Auf-



Auf Initiative hauptsächlich der Unterzeichner des „Krefelder Appells“ gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Europa ist es am Samstag, 16. Mai, zu größeren Demonstrationen in Frankfurt, Mönchengladbach und Bielefeld gekommen. In Frankfurt beteiligten sich nach Polizeiangaben 9000, nach Angaben der Veranstalter bis zu 20000. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Coppik erklärte, an der Rüstungspolitik der Sowjetunion sei „sehr viel Kritik zu üben“, doch gehe „in der gegenwärtigen Lage die Hauptgefahr für den Frieden von der Politik der US-Regierung aus“. In Mönchengladbach beteiligten sich mehr als 15000 an einer Protestaktion gegen Kernkraftwerke und Atomraketen am Niederrhein (Bild), und in Bielefeld demonstrierten nach Angaben der Veranstalter über 10000 zu dem 25 km entfernten NATO-Atomraketenlager Borgholzhausen.

putschen von Gefühlen konservativ denkender Leute gehört zum Handwerkszeug von Reaktionären und Faschisten. So ist nicht lange her, daß in der BRD die Rehabilitation des Kommunisten van der Lubbe, der von den Nationalsozialisten wegen der Reichstagsbrandstiftung hingerichtet wurde, gerichtlich rückgängig gemacht wurde. Ein dreifaltiges Glück, daß die Gläubigen den Attentäter unzweifelhaft feststellten, daß Wojtyla überlebte und hoffentlich gesunden wird und daß endlich der Attentäter eindeutig einer politischen Richtung zuzuordnen ist, die von christlichen Politikern hierzulande eher geschätzt, höchstens aber sanft getadelt wird.

NATO: Weltweites Operationsgebiet

Keine Ausweitung des NATO-Operationsgebietes — die Beteuerungen der Bundestagsparteien klingen noch in den Ohren. Unterdes haben die NATO-Verteidigungsminister auf ihrer Frühjahrstagung das Operationsgebiet faktisch erweitert. Sie haben nämlich „anerkannt, daß Situationen außerhalb der Grenzen der NATO dann, wenn der Frieden, das internationale Gleichgewicht und die Unabhängigkeit souveräner Staaten berührt werden, die lebenswichtigen Interessen des Westens bedrohen und daher Auswirkungen auf die Sicherheit der Mitglieder des Bündnisses haben können.“ Die NATO deckt damit nicht nur den Aufbau

und Einsatz der US-Eingreiftruppe am Golf — sie hat sich auf die Erklärung festgelegt, mit der sie jede Beeinträchtigung der imperialistischen Interessen ihrer Mitglieder als „Bündnisfall“ behandeln und beantworten kann. Die BRD drängt sich, die USA in Mitteleuropa zu „entlasten“. Ihre Beteuerung, selbst keine Truppen ins Golfgebiet zu senden, ist keinen Pfifferling wert.

Fünzfackiger Stern „Werbung für RAF“

Seit dem 5. April 1981 befinden sich zehn Personen aus Heidelberg, Stuttgart und Marburg in Haft. Auf die Rückseiten von 16 Autobahnschildern auf der Strecke Heilbronn-Stuttgart wurden Parolen zur Haftsituation und dem Hungerstreik der RAF-Gefangenen gesprüht. Gegen die zehn Personen wurde auf Antrag der Bundesanwaltschaft vom Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof Anklage erhoben nach §129a „Werbung für eine terroristische Vereinigung“. Da es sich um Propagandaparenen wie „Zusammenlegung der Gefangenen der RAF — sofort“ handle und noch dazu ein fünfzackiger Stern gesprüht worden sei, bestehe der Verdacht der „Werbung und Unterstützung der RAF“. Auf der 1. Mai-Veranstaltung der GEW in Heidelberg wurde ohne Gegenstimme von ca. 300 Teilnehmern eine Resolution für die sofortige Freilassung der zehn Inhaftierten verabschiedet.

Westberlin:

Senatswahlen – vor allem Verluste an die Reaktion

Als spannendste Wahl in Westberlin seit 1946 kommentierte die bürgerliche Öffentlichkeit die Wahlen vom 10. Mai und als historisch ihr Ergebnis. Nicht nur, weil die CDU von ihrer Ausgangsposition 24,6% im Jahr 1950 ihre bei den letzten Wahlen 1979 errungene Position als stärkste Partei um weitere 3% auf 47,9% steigern konnte und in jetzt 9 statt bisher 6 Bezirken die Mehrheit im Parlament stellt (in 2 weiteren Bezirken haben CDU und SPD annähernd gleiche Stimmenzahl). Nicht nur, weil die FDP 30 von ihren 36 Mandaten auf Bezirksebene verloren hat und nur noch in drei Bezirken mit je zwei Abgeordneten vertreten ist. Und auch nicht nur wegen der Verdoppelung der Stimmen für die AL auf 7,2%, in den Bezirken z.T. auf über 10% (Kreuzberg 16%), wodurch sie sowohl im Abgeordnetenhaus (9 AL, 7 FDP) wie in den Bezirksverordnetenversammlungen (44 AL, 6 FDP) mehr Abgeordnete als die FDP stellt. Sondern auch, weil die Propaganda dieses Wahlkampfes, daß der parlamentarische Wechsel die tragende Säule der Demokratie überhaupt sei, bei den Wählern ein offenes Ohr gefunden habe. In der Tat können hier Punkte von der Bourgeoisie verzeichnet werden. Mit dem Volksbegehren, dem sogenannten, hatte es bereits angefangen. Der CDU gelang es, den Ärger vieler über die Politik des SPD/FDP-Senats demagogisch zur Aufmotzung der eigenen Reihen als Westberlins Biedermänner und Weißmacher Nr. 1 zu mißbrauchen – oder doch zumindest da-

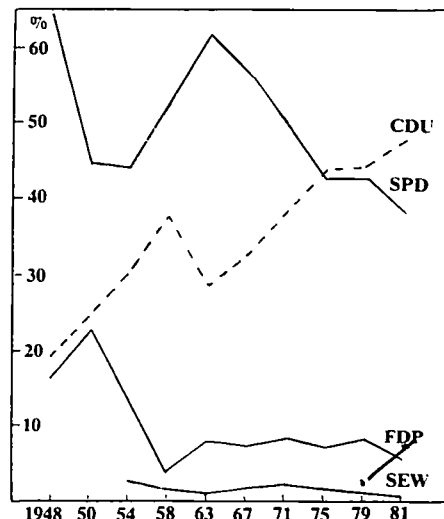
zu, den „Machtwechsel“ als „saubere“ Lösung der Senatskrise hinzustellen.

Die Arbeiterbewegung ist aus den politischen Auseinandersetzungen der letzten Monate nicht gestärkt hervorgegangen. Initiativen in den Gewerkschaften, politisch in diesem Wahlkampf für die Interessen der Arbeiter und Angestellten öffentlich Partei zu ergreifen, blieben auf halber Strecke stecken. Unterstützung fanden sie darin bei keiner der kandidierenden Parteien, auch nicht bei der AL.

Die CDU wird die Regierungsgeschäfte übernehmen, soviel scheint klar. Die FDP wird, wenn schon nicht mit ihr koalieren, sie zumindest tolerieren. Weizsäcker fehlen nur 2 Stimmen im Abgeordnetenhaus, die kann er kriegen, aus der FDP auf jeden Fall. Einige Sofortmaßnahmen von Seiten der CDU sind angekündigt: Erhöhung der Kita-Gebühren auf das 4–5fache, keine Mietpreisbindung bei neuen Mietverträgen ab 1983, sofortige Räumung der besetzten Häuser, Wiedereinführung der Regelanfrage im öffentlichen Dienst, stärkere Investitionsanreize für das Kapital.

Die SPD rüstet sich darauf, in der Oppositionsrolle Boden in den Gewerkschaften und in den verschiedenen Jugendprotestbewegungen zurückzugewinnen. Die Falken dürfen auf SPD-Großveranstaltungen wieder „Wir sind die junge Garde des Proletariats“ singen und Hans-Jochen Vogel schrieb in der „Berliner Stimme“, der Zeitung der SPD, nach den Wahlen zum Wahl-

erfolg der AL: „Die CDU und erstaunlicherweise auch die FDP reagieren darauf mit pauschalen Disqualifikationen und dem Vorwurf, es handele sich



Ergebnisse der Wahlen in Westberlin seit 1948

dabei um eine undemokratische, ja sogar um eine verfassungsmäßig bedenkliche Gruppierung. Das ist kurzsichtig und führt in die Irre.“

Welche Handlungsmöglichkeiten die CDU in den nächsten Monaten haben wird, entscheidet sich weder über die Politik der SPD noch der AL. Es entscheidet sich darüber, welchen Fortgang die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung nehmen, ob es gelingt, Fortschritte zu machen in der Frontbildung gegen die eigene imperialistische Finanzbourgeoisie – dann kann verschiedener nützlicher Druck auf die SPD ausgeübt werden und können die Parlamentspositionen der AL von Nutzen sein – oder ob Reformismus und Liberalismus weiter Platz greifen, die wehrlos machen gegenüber der Reaktion.

Mitterand Präsident

„Nichts wird gegeben ohne unseren Druck“

Francois Mitterand ist seit dem 21.5. neuer französischer Staatspräsident. Zum zweiten Mal nach dem zweiten Weltkrieg übernimmt damit ein bürgerlicher Politiker, der nicht den politischen Formationen der französischen Reaktion angehört, diese Funktion (1947–1954 hatte der Sozialist Auriol diesen Posten inne). Ein Großteil der französischen Arbeiter, Angestellten und Bauern hat die Wahlniederlage Giscard, den Rücktritt seines Premierministers Barre und kurz darauf seinen eigenen Abgang mit unverhohlenen



Westberlin, 8.5.81. 25000 demonstrieren gegen die Kriegsgefahr.

Freudenkundgebungen begleitet. Wen kann das wundern, bedenkt man, daß sieben Jahre Giscard u.a. Vervielfachung der Arbeitslosen – jetzt 1,8 Mio. –, Verdoppelung der Preise, Sinken der Kaufkraft der Masse der Arbeiterhaushalte zwischen 5% und 11,5% und kontinuierlichen Fall der Einkommen von kleinen und mittleren Bauern bedeutete.

Der neue Präsident hat die Nationalversammlung aufgelöst, für Mitte Juni Parlamentswahlen angesetzt und zwischenzeitlich eine Übergangsregierung aus Politikern der PS gebildet. Die letzten Parlamentswahlen 1978 waren von der gaullistischen RPR und Giscard's Sammlungspartei UDF ganz knapp gewonnen worden, Mehrheitswahlrecht und eine vorteilhafte Wahlkreiseinteilung hatten ihnen jedoch zu einem Vorsprung von 100 Sitzen verholfen (s. Pol. Ber. 9/81). Vor wenigen Tagen einigten sich Gaullistenführer Chirac und UDF-Vorsitzender Lecanuet nach kurzem Krach auf ein enges Wahlbündnis mit Einheitskandidaten in den meisten Wahlkreisen schon im 1. Wahlgang. Gleichzeitig kommentierte Chirac: „Kommunisten und Sozialisten dürfen nicht die Mehrheit der Sitze erhalten, für morgen schließen wir niemanden aus, außer der Kommunistischen Partei.“

Die Mehrheit der Finanzbourgeoisie will weiterhin eine „breite Regierung der Mitte“ neben einem Präsidenten Mitterrand, um über die *Bindung eines Teils* sowie die *Isolierung des klassenkämpferischen Kerns* der Arbeiterbewegung ihre Chancen in der imperialistischen Konkurrenz zu verbessern. Weitere Schwächung der PCF sowie der Kräfte, die für die Aktionseinheit der Gewerkschaften kämpfen, ist dazu erforderlich. Der deutliche Stimmenvorsprung Mitterrands, seine guten Ergebnisse in den Kernregionen des Industrieproletariats und den „Hochburgen“ der PCF wie auch unter den kleinen Bauern haben jedoch zunächst eher die politische Einheit in der Arbeiterklasse und im Volk wachsen lassen.

Erste Erklärungen der Führer der größten Gewerkschaften CGT und CFDT deuten die Möglichkeiten eines einheitlichen Vorgehens zur Durchsetzung der dringendsten Forderungen der Gewerkschaftsbewegung – 35-Stundenwoche, Verrentung mit 60 bzw. 55 Jahren, Mindestlohn 3400 FF – an. Mitterrand kann unter Druck geraten, unter einen Druck, den der Vorsitzender der CFDT Maire angekündigt hat und den das Finanzkapital fürchtet. Die zweitägige Aussetzung der Börsennotierungen der meisten französischen Werte, Ankündigung von Kapitalflucht und Preiserhöhungen sind erste, massive Drohungen in Antwort auf diese Entwicklung.

CDU/CSU

Bereiten die Bourgeois den Regierungswechsel vor? CDU im Angriff

Die Bundestagsdebatte am 7. Mai über die Regierungserklärung anlässlich der Schmidt-Reise nach Saudi-Arabien und der NATO-Außenministertagung bot der CDU/CSU die Gelegenheit, erstmals seit den Wahlen voll in den Angriff auf die SPD/FDP-Koalition überzugehen. Und zwar in den Punkten, wo die herrschende Klasse bei der Verfechtung ihrer imperialistischen, kriegstreibenden Interessen auf wachsenden Widerstand im Innern trifft.

Punkt eins: die NATO-Mittelstreckenraketenrüstung. Die CDU will klare Verhältnisse schaffen; selbst der NATO-Beschluß ist ihr als „Doppelbeschluß“ – Aufrüstung und Verhandeln – noch zu zweideutig: „Die Vorstellung, man könne durch erfolgreiche Verhandlungen mit Moskau die Notwendigkeit der Nachrüstung ausräumen, war zu keinem Zeitpunkt richtig“ (Kohl). Wer den Frieden will, muß aufrüsten, basta. „Sie haben

Punkt zwei: Verteidigungshaushalt. „Wir haben einem Verteidigungsminister der Sozialdemokraten nach dem anderen geholfen ... Aber das hat jetzt ein Ende, weil wir nicht mehr das Gefühl haben, daß Sie das tun, was für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und unserer Bürger und dazu erforderlich ist, die Aufgabenerfüllung der Bundeswehr sicherzustellen“ (Wörner). Der CDU-Verteidigungsexperte wies nicht nur auf rund ein Dutzend „Versäumnisse“ von der Forschung und Entwicklung bis zur Luftwaffe hin; er erinnerte vor allem daran, daß der gerade um weitere 850 Mio. Mark aufgestockte Verteidigungsetat nicht einen Pfennig vorsehe für die den USA zugesagte Finanzierung ihrer Kriegswaffenlagerung, Kasernenmodernisierung usw. in der BRD, für die beschlossene Mittelstreckenausrüstung und für die „versprochene Entlastung der USA in Eu-



Die CDU sorgt für die Kriegsfähigkeit des BRD-Imperialismus. Voraussetzung ist die Zerschlagung der Bewegung gegen die Kriegspolitik.

durch ständigen Hinweis auf das Verhandlungsangebot zur Rüstungskontrolle die Flucht vor der politischen Auseinandersetzung über die Notwendigkeit der Nachrüstung gewählt.“ Wie will die SPD, wenn sie Hoffnungen auf Verhandlungen und Entspannung aufrührt, denn die Bereitschaft wecken, das „Deutsche Volk tapfer zu verteidigen“, wo und wann immer es befohlen wird? In dieser Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften und mit der Jugend versucht die CDU/CSU die SPD zu treiben, in der Absicht, die Bewegung gegen die Mittelstreckenraketen und den imperialistischen Krieg zu brechen und zugleich die SPD darin aufzureiben.

ropa ... dafür, daß sie zusätzliche Aufgaben für uns alle in der Golfregion übernehmen.“ Die CDU will die SPD dazu treiben, noch in diesem Jahr den Verteidigungshaushalt um weitere Milliarden aufzustocken und das Geld dazu durch neue Steuererhöhungen beizutreiben. Auch hier rechnet sie darauf, daß die Sozialdemokratie diesen Angriff auf die Arbeiterbewegung ideologisch nicht durchsteht und sie sich selbst das Mandat verschaffen kann, ihn ohne alle Rücksichten zum Erfolg zu führen.

Punkt drei: Waffenexporte. „Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen ... gesagt, daß die bisherigen Richtlinien für Waffenexporte nicht mehr

ausreichen, daß der Terminus ‚Spannungsgebiet‘ nicht mehr ausreiche ...“ (Kohl). Und: „Wir haben beige-fügt, daß wir auch übereinstimmend der Auffassung seien ... , daß die letzte Entscheidung bei Ihnen, der Bundesregierung, dem Bundessicherheitsrat liegen muß, und daß wir dagegen sind, daß womöglich in dieser Frage eine parlamentarische Entscheidung eingeführt wird, weil das nach unserem Verfassungsverständnis eine Aufgabe ist, bei der die Regierung auf Grund ihrer Kenntnisse und Einsichten die letzte Entscheidung haben muß.“ Unverblümt also meldet die CDU an, was sie wünscht: Die Debatte der Außenpolitik unter den Volksmassen ist verfassungswidrig und zu unterbinden.

Die bürgerliche Presse hängt ihre Fahnen flugs nach dem neuen Wind. Interessiert und immer offener bearbeitet sie die öffentliche Meinung zwecks Sturz der sozialliberalen Regierungskoalition. Was die Bourgeoisie bewegt: Kann Schmidt die Interessen der westdeutschen Imperialisten behaupten, wenn die SPD gefordert und beschäftigt ist, den Widerstand dagegen unter Kontrolle zu nehmen? Wäre die Handlungsfähigkeit einer CDU/-CDU-Regierung unter diesen Bedingungen nicht größer?

Medizinstudenten 25% endgültig durchgefallen

Die Durchfallquote der ärztlichen Vorprüfung (Physikum) erreichte im März 81 eine nie dagewesene Spitze: 56,2% bundesweit. Bundesgesundheitsminister Antje Huber ist „bestürzt“, die Professoren erklären, daß sie viele Fragen des eigenen Fachgebietes auch nicht lösen können.

Die vds-Fachtagung Medizin (Zusammenschluß aller Medizinfachschaften) beschloß folgende Forderungen: – sofortige und rückwirkende Einführung der 18%-Gleitklausel (d.h., wer 18% unter dem Bundesdurchschnitt liegt, hat noch bestanden), – sofortige und rückwirkende Einführung der 50%-Bestehensregel, – Streichung aller abseitigen Fragen, – für alle dann noch Durchgefallenen keine Wertung des März-Physikums als Prüfungsversuch, – keine Anrechnung auf die BAFöG-Höchstförderungsdauer bei Studienverzögerung auf Grund des März-Physikums.

Für diese Forderungen streikten an 15 Universitäten die Studenten eine Woche lang, an den anderen Universitäten wurden Aktionstage durchgeführt. Am 7.5. fand eine zentrale Demonstration in Bonn statt, an der sich ca. 8000 Medizinstudenten beteiligten.



Demonstration von Medizinstudenten gegen die 56,2%-Durchfallquote in Westberlin am 15.4.

Am 13.5. beschloß die Gesundheitsministerkonferenz, jedem Studenten, der am März-Physikum teilgenommen hat, 31 Fragen gutzuschreiben. Wer dann noch durchgefallen ist, kann im August 81 die Prüfung wiederholen, ohne daß der März-Termin als Prüfung gewertet wird.

Nach dieser Regelung sind endgültig ca. 25% der Prüfungsteilnehmer durchgefallen. Sie werden mit Sicherheit ein Semester verlieren. Ungeklärt bleibt, ob das so verlorene Semester auf die BAFöG-Höchstförderungsdauer von 13 Semestern angerechnet wird oder nicht.

Weiter heißt es in dem Beschluß, daß im Vorgriff die 3. Approbationsordnungsnovelle so geändert werden soll, daß bereits für die Prüfung im August 81 „eine Gleitklausel angewendet werden kann“.

Gegen die Einführung der geforderten 18%-Gleitklausel hat das Bundesgesundheitsministerium erhebliche Bedenken, da erstens „das Niveau zu sehr gesenkt würde“ und zweitens die Steuerung der Durchfallquoten nicht mehr gewährleistet sei (Huber: „... verdirbt auf Dauer die Preise“).

Wie kann das IMPP (Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen) die Durchfallquoten steuern? Das IMPP wurde eigens zur Durchführung der MC-Prüfungen (Multiple-choice-Prüfungen, ähnlich wie Führerscheinprüfungen) eingerichtet.

Es besteht aus dem leitenden Direktor und einem 13köpfigen Verwaltungsrat aus den Vertretern der Sozialministerien der Länder. Für das IMPP arbeiten Sachverständige, die pro Jahr 30 Prüfungsfragen einreichen müssen. Diese Fragen werden auf ihre „Trennschärfe“ getestet, d.h. es wird festgestellt, „wie gut eine Frage zwischen leistungsstarken und weniger leistungsstarken Prüflingen zu diskriminieren

vermag“ (Krämer, Direktor des IMPP).

Nach nochmaliger Prüfung der Fragen durch Sachverständige wandern sie in einen Pool, aus dem das IMPP sie nach eigenem Gutdünken wieder hervorholen und zu Prüfungen zusammenbasteln kann.

Krämer zu den Fragen der letzten Prüfung: Die Prüfungsfragen seien nicht mehr wie früher nach dem Zufallsprinzip, sondern nach den gesundheits- und gesellschaftspolitischen Erfordernissen unserer Zeit zusammengestellt worden.

Den gleichen Erfordernissen, der Verhinderung der sog. Ärzteschwemme (nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft fehlen allein im Kliniksbereich 20000 Ärzte) ordnet sich auch die anstehende 3. AO-Novellierung unter. Sie soll die relativ grobe Steuerung der Durchfallquoten noch durch zusätzliche mündliche Prüfungen (in der Ärztlichen Vorprüfung und im 2. Abschnitt der Ärztlichen Prüfung) verfeinern.

Ein Entwurf des Westdeutschen Medizinischen Fakultätentages zur Gestaltung und Durchführung dieser Prüfungen wird bereits im Juni dieses Jahres auf dem ordentlichen Fakultätentag diskutiert werden.

Billig-Flaggen ITF-Erfolg in westdeutschen Seehäfen

Vom 5. bis 9. Mai wurde in den westdeutschen Seehäfen erstmalig eine Aktionswoche der ITF (Internationale Transportarbeiter Föderation) durchgeführt. Sie hatte zum Ziel, alle Schiffe unter Billig-Flagge zu kontrollieren, ob ein ITF-Vertrag vorliegt und inwieweit dieser eingehalten wird. Die Aktionswoche war international und ist be-



Letzte Instruktionen an philippinische Besatzungsmitglieder vor dem Boykott der „Moselstein“.

wußt vor die Ende Mai stattfindende UNCTAD-Konferenz gelegt worden, um die Forderung der Länder der Dritten Welt nach Schließung der „Offenen Register“ (Billig-Flaggen-Länder heißen auch Offene Register) zu unterstützen. Die ÖTV hatte schon im Januar eine Denkschrift veröffentlicht, in der sie darlegt: – Die Nutznießer der Offenen Register sind ausschließlich die westlichen Industrienationen, die dadurch mehr als 86% der Welt-handelsflotte beherrschen (1977). – Die Entwicklungsländer werden am Aufbau eigener Flotten und am Transport der eigenen Ladung gehindert. Sie dienen nur als Reservoir billiger und völlig rechtloser Arbeitskräfte. – Um die Seeleute vor fortschreitender Senkung des Lohns, vor der Vernichtung aller erkämpften Schutzrechte und vor dem Verfall der Sicherheit an Bord zu schützen sowie zum Schutz der Weltmeere vor Tankerunglücken etc., ist deshalb die Forderung nach Schließung der Offenen Register und Ladungsaufteilung zu unterstützen. (ÖTV-Seeschifffahrt 1/81)

Um eine wirksame Kontrolle vornehmen zu können – allein in Hamburg liegen täglich ca. 17 Billig-Flaggen-Schiffe – wurden die Inspektoren der ÖTV-Seeschifffahrt von See- und Hafenbetriebsräten unterstützt. Die Reeder und ihre Kapitäne wagen es nicht, die Kontrollen an Bord irgendwie zu behindern. Sie üben stattdessen massiven Druck auf ihre Mannschaften aus, zwingen sie, gefälschte Heuerlisten zu unterzeichnen (die tatsächliche Heuer liegt meist 50 bis 75% darunter) und würfeln bis zu zwölf Nationalitäten an Bord zusammen, damit die Mannschaft sich nicht verständigen kann. Auf den in dieser Woche kontrollierten Schiffen waren meist philippinische Besatzungen mit Offizieren anderer Nationalität. Die Filipinos unterschrieben beim Anheuern einen Blanco-Vertrag. Sie stehen zu Hause unter Kriegsrecht.

Obwohl die Internationale Transportarbeiter Föderation seit Jahren keine Kampfmaßnahme zur Durchsetzung von Heuernachforderungen abschließt, ohne daß eine Strafverzichts-erklärung, zu unterzeichnen vom Seefahrtsministerium, der Reederei etc. und zu hinterlegen bei einem ITF-Anwaltsbüro in Manila, zustandekommt, bedarf es oftmals mehr, die Seeleute selbst in Streik zu kriegen.

Im Fall der „Moselstein“, HAPAG-Lloyd-Schiff in Hongkong Charter, die eine Woche in Hamburg festgehalten wurde, wurden die Seeleute vor allem durch das einmütige und entschlossene Auftreten der Hafenarbeiter und ihrer Gewerkschaftsvertreter dazu bewegt. Der Kapitän wurde dank eines Tips aus der Mannschaft kurz vor Ablauf des Ultimatums bei der Fäl-



Die Arbeit an MS „Moselstein“ am Distelkai in Hamburg wird zur 2. Schicht nicht wieder aufgenommen. Sofort ist auch die Wasserschutzpolizei da.

schung der Heuerlisten gestellt. Ein Boykottbeschluß des ÖTV-Hauptvorstandes lag vor. Der Abteilungssekretär Seehäfen leitete selbst die Aktion. Trotz Androhung fristloser Kündigung an die Schauerleute von Unikai (HAPAG-Lloyd) lehnten die Arbeiter immer wieder das Betreten des Schiffes ab.

Die Kapitalisten mußten völlig zurückstecken, weil sie die gesamten gewerkschaftlich organisierten Hafenaar-

beiter gegen sich hatten. Das wurde nicht zuletzt daran sichtbar, daß die Betriebsratsvorsitzenden der wichtigsten Hafenbetriebe sich an den Streikposten beteiligten.

Angesichts dessen traten dann auch die Seeleute in Streik. Das ist wichtig, denn so lernen sie, sich selbst auf diesen Schiffen zu wehren – unterstützt von der ITF. Die Aktion brachte auf drei bestreikten Schiffen in der BRD 800000 DM.

Innenministerkonferenz

CDU-Vorstöße zwecks Ausweitung der Polizeiunterdrückung

Die Jugend müsse zur positiven Einstellung zu Staat und Gesellschaft erzogen werden, forderte im April der CDU-Abgeordnete Kroll-Schlüter. Die Bundestagsparteien einigten sich auf die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“. Auf der Sondersitzung am 6. Mai gab die Innenministerkonferenz (IMK) der Kommission den guten Rat mit auf den Weg: „Sie sollte die vorliegenden, auf langjährigen Erfahrungen beruhenden Erkenntnisse aus dem Polizeibereich nutzen.“ Doch das nur nebenbei. Hauptsächlich befaßten sich die Innenminister damit, wie und mit welchen Mitteln der Jugend die „positive Einstellung“ einzubleuen ist.

Einberufen worden war die Sitzung, weil die Innenminister der CDU/CSU-regierten Länder darauf drängen, Gummigeschosse gegen Demonstrationen einzusetzen. Nach dem ersten Vorstoß des bayerischen Innenministers Tandler jedoch, der große öffentliche Empörung hervorgerufen hatte, zog die Konferenz es vorerst vor, diese Frage durch den „Arbeitskreis für öffentliche Sicherheit und Ordnung“ abklären zu lassen; bis Ende des Jahres wird er einen Bericht vorlegen, „der sowohl die technischen Erkenntnisse als auch

Fragen der Zweckmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes umfaßt“. Doch einigten sich die Innenminister von Bund und Ländern auf einen ganzen Katalog von Maßnahmen, mit denen sie das Demonstrationsrecht weiter einschränken und die bürgerkriegsmäßige Aufrüstung der Polizei beschleunigen.

„Rasch“ eingeführt werden sollen neue Wasserwerfer. Bisher schon werden bei ihrem Einsatz giftige Cyan-Gase beigefügt; die CDU wünscht diese durch wirkungsvollere Cäsium-Gase zu ersetzen.

In Punkto „Einsatzbekleidung und Schutzausstattung“ einigte sich die IMK auf folgende „Verbesserungen“: „Verbesserung der Haltbarkeit der Schutzschilde bei Niedrigtemperaturen; schwer entflammbare Einsatzanzüge; Ausstattung mit Schlagstöcken in Langform mit Parierscheibe für Räumungs- und Schutzaufgaben; stabilere Schutzhelme mit verlängertem Nacken- und Gesichtsschutz; Schutz der Einsatzkräfte gegen Hieb- und Stoßverletzungen durch Schlagschutzvorrichtung (Knie-, Schienbein-, Unterarm-, Schulter- und Unterleibsschutz).“

Zugleich mit der „Schutzausstat-

tung“ nahm die IMK auch die „Verbesserung der Rechtsgrundlagen für das polizeiliche Tätigwerden“ in Angriff: „Die Innenminister ... weisen darauf hin, daß die zuständigen Ordnungsbehörden unter Ausschöpfung der vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten Demonstrationen mit Auflagen belegen können, in denen zum Beispiel – ein Verbot der Vermummung oder der passiven Bewaffnung ausgesprochen wird, – eine ausreichende Anzahl von Ordnern verlangt wird, – Demonstrationen nur an dafür geeigneten Orten zugelassen werden.“

Bereits 1977 hatte die CDU/CSU mit einem Gesetzentwurf das Verbot „passiver Bewaffnung“ gefordert und als „passive Bewaffnung“ definiert: „2. sonstige Gegenstände, die dazu geeignet und bestimmt sind, ... vor der Anwendung unmittelbaren Zwangs durch die Polizei zu schützen ...“ (s. auch Pol. Ber. 7/81, S. 27). Wie der „Schlagstock in Langform mit Parierscheibe“ des Polizeibeamten als „Schutz“, so zählen der Helm gegen Schlagstockeinsätze, das Taschentuch gegen Tränengaseinsätze, die Öljacke gegen Wasserwerfereinsätze des Demonstranten als „Waffe“. Jeder

behörden einer Demonstration entsprechende Auflagen machen; aber sie *müssen* nicht. Zwar *können* die Gerichte bei Verletzung der Auflagen den Versammlungsleiter verfolgen, aber mangels Gesetz *müssen* sie nicht. Die CDU/CSU fordert daher das gesetzliche Verbot von „passiver Bewaffnung“ und „Vermummung“ und will den Gesetzentwurf von 1977 erneut ins Parlament einbringen, um die Grundlagen zu schaffen, von denen aus Polizei, Staatsanwalt und Richter nicht nur gegen den jeweiligen Versammlungsleiter, sondern gegen alle „bewaffneten“ und „vermummten“ Demonstranten vorgehen können. Außerdem will die CDU/CSU eine Strafgesetzmäßigkeit von 1970 rückgängig gemacht wissen, die die demokratische Bewegung damals erreicht hatte: Der Landfriedens-Paragraph soll wieder auf alle und nicht nur auf „unfriedliche“ Demonstrationsteilnehmer angewandt werden können.

Wohl, weil sie fürchtet, weiteren Einfluß auf die Massenbewegungen zu verlieren, lehnt die SPD die von der CDU geforderten weiteren *gesetzlichen* Einschränkungen des Demonstrationsrechts ab. Sie hält die bestehenden Ge-

Aber dennoch: Die Staatsorgane entfalten eine lebhaftige Tätigkeit bei der Unterdrückung der Massenbewegungen.

Auch hinsichtlich des zentralen Polizeiapparates verweist die SPD/FDP-Koalition gerne auf ihre Leistungen. Der Bundesgrenzschutz wurde durch eine Reihe gesetzlicher und anderer Maßnahmen seit 1969 zu einer hochgerüsteten Bürgerkriegstruppe ausgebaut, die die Lohnabhängigen zudem noch 1,054 Mrd. DM (Ansatz 1981; 1969: 318 Mio.) kostet. Bei Großdemonstrationen ist der BGS inzwischen regelmäßig tätig. – Den sowieso zahlreichen Aufgaben des Verfassungsschutzes wurde 1972 eine weitere hinzugefügt, nämlich „Bestrebungen ... (zu sammeln und auszuwerten), die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden“. – Das Bundeskriminalamt wurde ab 1973 als „Zentralstelle für das Informationswesen der deutschen Polizei“ aufgebaut; gegenwärtig bereitet es die Neukonzeption des polizeilichen Fahndungssystems vor: Vor allem soll ein Verbundsystem mit den Auskunftssystemen des Bundeszentralregisters, des Ausländerzentralregisters und des Kraftfahrt-Bundesamtes errichtet werden. Auf den „gesonderten Meldedienst „gewalttätige Störer“, den sie zuerst gefordert hatte, konnte die CDU/CSU auf der IMK angesichts dessen getrost verzichten.



Helm, jedes Taschentuch, jede Öljacke kann entsprechend den Festlegungen der IMK als Vorwand für Polizeiüberfälle auf eine Demonstration herhalten. Ebenso auch jeder „hochgezogene Pulloverkragen“, jede „ins Gesicht gezogene Kapuze“, die nach den Auskünften des Justizministers Schmutz im Bundestag den Tatbestand der „Vermummung“ bereits erfüllen können.

Dennoch ist's die CDU/CSU nicht zufrieden. Zwar *können* die Ordnungs-

setze für „ausreichend“. Immerhin, 1979 erfaßten die entsprechenden Stellen 60 230 „Straftaten“ im Zusammenhang mit „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ bzw. andere „Straftaten gegen die öffentliche Ordnung“ wie Landfriedensbruch usw.; von 100 000 Einwohnern machten sich damit 98 (1978: 94) solcher „Verbrechen“ schuldig. Zwar wird ein größerer Teil dieser „Fälle“ nicht in direktem Zusammenhang mit politischen Kämpfen und ihrer Verfolgung zu sehen sein.

Türkei

Die Junta wütet, die IWF-Bankiers kassieren

Die westlichen Imperialisten, allen voran die USA und BRD als größte Gläubiger, haben nach sieben Monaten Militärherrschaft in der Türkei ein umfangreiches Register an Verbrechen, Morden und Unterdrückungsmaßnahmen gegen das türkische Volk angehäuft:

– Wie die von der türkischen Organisation Devrimci Yol herausgegebene Zeitung „türkei information“ in ihrer Mai-Ausgabe berichtet, sind bis zum 15. April 487 Todesstrafen vor den Militärgerichten beantragt worden, 52 wurden verhängt und vier vollstreckt. Bei militärischen Operationen wurden über 400 erschossen bzw. nach Festnahmen durch Streitkräfte direkt ermordet. Unter den Verurteilten befinden sich in Ausnahmen Faschisten, die Unterdrückungsmaßnahmen richten sich direkt gegen sozialistische und proletarische Organisationen, gegen den unabhängigen Gewerkschaftsverband DISK und gegen Kurden, auch



Übliche Terroraktion der Militärherrschaft gegen die Volksmassen.

hier gegen kurdische Arbeiterorganisationen im besonderen. Nach eigenen Angaben der Junta v. 12. März wurden 45000 eingekerkert, nach zahlreichen Dokumenten und Briefen aus der Türkei auch systematisch gefoltert.

– Gegen 300 Funktionäre des unabhängigen Gewerkschaftsverbandes DISK wurde am 18. Mai in einem Vorort von Istanbul der Prozeß fortgesetzt. Der DISK ist verboten worden, sein Vermögen beschlagnahmt, fast alle Funktionäre inhaftiert. Die Beiträge der rund 600000 Mitglieder werden jedoch weiter eingezogen und nach Vermutungen des stellvertretenden Generalsekretärs des Europäischen Gewerkschaftsbundes Nalsund demnächst bei den Streitkräften Verwendung finden. Der DISK-Vorsitzende Bastürk wies vor Gericht den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit des Gewerkschaftsbundes zurück, griff die Militärherrschaft an und erklärte u.a.: „Diese Anklage wurde erhoben ... aufgrund der Tatsache, daß DISK-Gewerkschafter als Folge ihrer Ansichten und Aktionen die Rechte und Freiheiten der Arbeitnehmer insgesamt verteidigt haben.“

– Unter diesen Bedingungen, wo die türkischen Arbeiter keine Tarif- und Streikrechte haben und ihr unabhängiger Gewerkschaftsbund verboten ist, wird auf Kommando der IWF-Bankiers und der türkischen Großbourgeoisie der Lohn ins Bodenlose gedrückt. Die regierungsabhängige und vom Europäischen Gewerkschaftsbund nicht anerkannte legale Gewerkschaft Türki-Is hatte berechnet, daß für eine fünfköpfige Familie etwa 1000 DM Mindestlohn erforderlich sind. Die von der Regierung eingesetzte „Schiedskommission“ setzte zum 31.3.81 den Mindestlohn auf etwas über 200 DM fest.

Tatort ist die Türkei, die Hauptauftraggeber jedoch sind die Imperialisten der USA und der BRD. Die dritte „Türkei-Hilfe“ wird mit dem Haushalt Anfang Juni im Parlament abgesegnet. Man soll deshalb nicht von den

Abgeordneten sowieso geheuchelte moralische Entrüstung über „türkische Zustände“ verlangen. Man soll von ihnen fordern, die imperialistische „Türkei-Hilfe“ sofort einzustellen, ihre Kreditforderungen zu streichen und sich aus der Türkei absolut herauszuhalten.

Abzahlungsplan für die Devisenschulden der Türkei
(in Mio. \$, Anfang 1981)

Jahr	Tilgung	Zinsen
1981	1 188,8	1 221,5
1982	1 382,8	1 068,7
1983	2 162,2	890,6
1984	1 840,9	677,6
1985	1 715,4	486,9
1986	1 244,9	331,3
1987	538,2	241,6
1988	493,0	204,5
1989 – 2022	4 117,5	1 082,8
Gesamt	14 683,0	6 205,5

Die Zahlen sind dem Bericht der türkischen Regierung zum Haushalt 1981 entnommen. Hinzu kommen noch weitere Schulden, die in türkischer Währung abzutragen sind, zusammen über 20 Mrd. \$.

Schweden Streiks während der Regierungskrise

Die schwedischen Konservativen traten am 4.5.1981 aus der Regierungskoalition aus, die aus der Zentrumspar- tei (Bauernpar- tei), der liberalen Volkspartei und der Christlich-Demokratischen Sammlung bestand. Anlaß war die Steuerfrage. Die Zentrumspar- tei war bereit, sich mit den Sozialdemokraten auf den Kompromiß zu einigen, daß der Grenzsteuersatz von 50% bei einem Jahreseinkommen von 45000 DM ansetzen sollte statt wie bisher schon bei 28000 DM. Sowohl die Einkommensteuer- und Grenzsteuersätze wie auch die Mehrwertsteuer sind in Schweden am höchsten.

Am 10.5. trat Ministerpräsident Fälldin, gleichzeitig Vorsitzender der Zentrumspar- tei, zurück. Die von ihm angestrebte Minderheitsregierung zusammen mit den Liberalen könnte zustandekommen, wenn sich die Konservativen im Reichstag enthalten. Die Sozialdemokraten rechnen sich aus, bei Neuwahlen die Mehrheit zu gewinnen.

Ende April hatte die schwedische Regierung angekündigt, sie werde die den Kommunen zugeteilten Steuermittel kürzen. Umgehend warteten die Kommunen mit dem Plan auf, die kostenintensiven Wochenend- und Feiertagsschichten des medizinischen Personals durch Verlängerung der Dienstzeit während der Woche abzubauen. Dagegen führten Ärzte in neun Krankenhäusern schwedischer Großstädte in den beiden letzten Wochen jeweils an drei Tagen Streiks durch. Nur Notfälle wurden versorgt.

Die immensen Steuern waren auch eine der Triebkräfte bei den von der Angestelltengewerkschaft geführten Streiks. Insgesamt 17000 Angestellte der auf Export ausgerichteten Industriezweige führten Schwerpunktstreiks durch, nachdem ein Schlichtungsversuch der Regierung, die oben- drein eine Kürzung der Sozialausgaben angekündigt hatte, gescheitert war. Der Kapitalistenverband SAF drohte damit, die Aussperrung gegen bereits bestreikte Betriebe, u.a. Saab-Scania, Volvo und einige Betriebe der Handels- schiffahrt zu verschärfen. Nach An- kündigung neuer Streiks setzte er den 12.5. als Ultimatum.

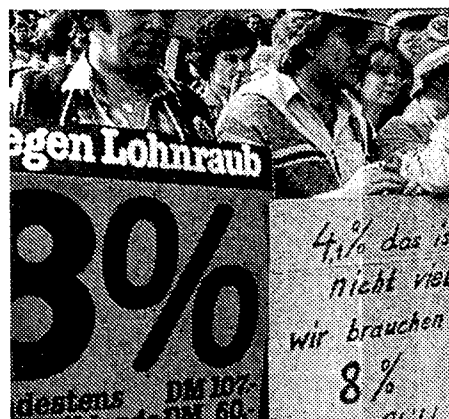
Zwölf Stunden vor Ablauf der Frist schloß die Angestelltengewerkschaft einen Tarifvertrag ab, der eine Lohnerhöhung von 8,8% für zwei Jahre vorsieht, kein gutes Ergebnis angesichts der Inflation von 12%. Die exportierenden Kapitalisten sind erleichtert. Schweden lieferte 1980 zwei Drittel seines Exports an Papier und Pappe und drei Viertel seines Exports an Zellstoff an die EG. Diese droht mit Änderung des Freihandelsabkommens, das den Wegfall von Zoll und Lieferbeschränkungen bis 1984 vorsieht, und sie weist auf die kanadische, brasilianische und US-amerikanische Konkurrenz hin. Durchgedrückt werden soll, daß die schwedische Regierung ihre ausgleichende Subventionspolitik gegenüber den Kapitalisten aufgibt. Wegfall dieser Subventionen würde zu schärferer Rationalisierung und weiteren Versuchen, die Löhne zu senken, führen. So- wieso sinken die Preise, die Schweden für seine Exportwaren erzielt, ständig gegenüber den Preisen, die es für die Importprodukte zahlt. Hauptinteressen- ant an der Fortsetzung dieses ersprieß- lichen Verhältnisses ist die BRD, mit der Schweden im letzten Jahr 12,3% seines Exports abwickelte.

Hoffentlich schieben die DGB-Gewerkschaften einem weiteren Fallen des Lohnstandards einen Riegel vor

Zum Ende der Lohnbewegung 1981 der IG Metall und zum ebenfalls dicken Ende der Lohnbewegung der ÖTV zeichnen die Abschlüsse dieser beiden großen Gewerkschaften harte Konturen in die lohnpolitische Landschaft. Kurz vor Abschluß wurden, in der Öffentlichkeit wenig beachtet, die neuesten Daten der Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes zugänglich. Der Einzelhandelsumsatz, der einen sehr beachtlichen Teil des Konsums erfaßt, ist gegenüber dem Vorjahr um 2% gefallen. Da die Preise im selben Zeitraum um rund 5,5% inflationiert, scheint der Konsum zurückgegangen um rund 7,5%. Gleichzeitig ist bei den Waren für den gehobenen und höheren Konsum ein Steigen festzustellen. Diesem statistischen Bild ähnelt das politische. Die Begünstigung der besitzenden Klassen durch die Gesetzgebungstätigkeit und die Schonung der Kapitalisten durch die sozialdemokratisch geführte Gewerkschaftsbewegung schaffen fast unvermeidlich eine gefestigte soziale Basis für das konservative Lager, das seinen politischen Einfluß aus dieser materiell gesicherten, staatlich gehätschelten und gewerkschaftlich geschonten Position heraus geltend macht und, wie sich spätestens seit den Bundestagswahlen zeigt, Anhang einsammelt. Mit dem Absinken des Konsums der lohnabhängigen Mas-

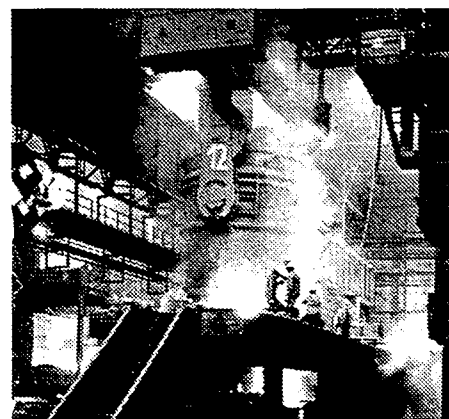
sen, der von jedem als Minderung des Lebensstandards erkannt wird, muß der Zweifel an den sozialreformerischen Versprechungen der Regierungskoalition weiter um sich greifen, und insbesondere die Erschütterung der SPD muß weitergehen. In der Sphäre der Reproduktion wird der klassische Zustand kapitalistischer Gesellschaften

weis, daß derartige Phänomene in anderen Ländern oder zu anderen Zeiten noch krasser in Erscheinung getreten wären; die Ideologie, wonach die lohnabhängige Bevölkerung mit wachsender Entwicklung des Kapitalismus in wachsendem Umfange an dieser Entwicklung teilnehmen könne, wird durch die jüngere Entwicklung des Ka-



In der Metallindustrie schloß die IGM eine Einmalzahlung von jeweils 160 DM für Februar und März für alle und eine Erhöhung der Tarife um 4,9% ab 1.4. ab. Bei Stahl: Kostenneutrale Vorweganhebung von 23 Pf. auf den Ecklohn, je 50 DM für Februar, März, April; ab 1.5. 4,3%.

Zug um Zug augenscheinlich: eine Tendenz zur Verarmung der Arbeiterbevölkerung bei gleichzeitig erfinderrisch gesteigerter Genußsucht der besitzenden Klassen. Was nützt da der Hin-



pitalismus in der BRD auch dem oberflächlichsten Augenschein nach nicht mehr bestätigt.

Die Lohnbewegung 1981 der IG Metall war nicht erfolgreich. Sie kann aus

Ehrenbergs Hintertüren

Anfang 1980, kurz vor den Bundestagswahlen, veröffentlicht der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Ehrenberg zusammen mit der Staatssekretärin Fuchs ein rotbrotschürtes Buch mit dem Titel „Sozialstaat und Freiheit“. In dem Buch legen sie die weiteren Schwerpunkte der Politik des Arbeitsministeriums fest. In einem Kapitel befassen sich die Autoren mit dem Thema der Humanisierung der Arbeitswelt. Das Buch erscheint nicht mit der Absicht, die Widersprüche unter den Tisch zu kehren – das war nicht mehr möglich. Die Autoren richten ihre Hauptkritik gegen die Positionen der CDU/CSU und bemühen sich, links zu erscheinen. So sprechen sie von „neuartigen Belastungen“ der Arbeiter. Von Arbeitsplätzen, „die immer noch in der unteren Lohnskala ange-

siedelt“ sind. Diese Feststellungen treffen zu und werden von der CDU/CSU nicht bestritten – und als Unvermeidlichkeit verteidigt. Welche Ziele haben dagegen Ehrenberg und Fuchs?

„Vorrangige Aufgabe des neunten Deutschen Bundestages“ soll ein neues „Arbeitszeitgesetz“ sein. Ehrenberg verspricht, die 40-Stundenwoche gesetzlich abzusichern, und will die Rechte der Betriebsräte erweitern, damit unnötige Mehrarbeit verhindert werden kann.

Die Lebensarbeitszeit der Schichtarbeiter soll verkürzt werden. Auch wenn Ehrenberg diese Versprechungen macht, ist die Hintertür, durch die er sich von diesen Positionen entfernen kann, weit geöffnet: Ehrenberg weiß um die „Gefahren“ der Teilzeitarbeit, hält aber die Ausweitung für unumgänglich.

Gleichzeitig polemisiert er gegen die Ladenschlußzeiten, diese „sind keine ehernen Gesetze, schon gar nicht, wenn es sich um längere Öffnungszei-

ten an einem (!) Tag in der Woche handelt (vielleicht bis 21 Uhr) ...“

Die Autoren heben in ihrem Buch den Ausbau der Mitbestimmung zur Paritätischen Mitbestimmung für die Sicherung der Humanisierung der Arbeitswelt hervor. Die Montan-Mitbestimmung ist aber durch die Bundesregierung eingeschränkt worden. Jetzt kürzt Ehrenberg den Haushaltsposten für die Humanisierung der Arbeitswelt von 136 auf 111 Millionen DM. Die IG Metall spricht vom Zusammenbruch der Forschungsprojekte. Ehrenbergs Zukunftsspläne sind deutlich: „Sabbathjahr“. D.h. nach einer bestimmten Anzahl von Arbeitsjahren soll jeder Arbeiter die Möglichkeit haben, für ein Jahr Urlaub zu machen. Zur „Wiederauffrischung der Arbeitskraft und der geistigen Mobilität“. Dies hört sich toll an. Die Kosten sollen aus dem „Sozialkonto jedes einzelnen“ kommen! Kurz: Rentner auf Raten.

doppeltem Grund nicht für erfolgreich ausgegeben werden. Zuerst ist unzweifelhaft ein Abschluß, der die Konsummöglichkeit des Arbeiters, der Beschäftigung hat, mindert und nicht erhält, durch keinerlei Rechenkunststücke als Erfolg bezifferbar. Von einem Erfolg könnte da nur dann geredet werden, wenn gleichzeitig entweder die Intensität oder die Dauer des Arbeitstages in solchem Umfang gesenkt worden wären, daß eine tatsächliche Verbilligung der Reproduktion eintritt. Dieses wird aber vielleicht doch überhaupt niemand zu behaupten wagen. Sodann war die Forderung der IG Metall begründet aus der Notwendigkeit, die allgemeine Inflationsrate für alle auszugleichen, im unteren Bereich der Lohnskala, wo ein überdurchschnittliches Wirken der Inflation anzunehmen sei, jedoch einen deutlich höheren Betrag zu erzielen. Demgegenüber war das Ziel der Kapitalisten, einen Abschluß möglichst weit unter der Inflationsrate zu erzielen, und zwar ohne daß von ihnen ein Nachweis sinkender Kapitalerträge verlangt werden könnte. Die Kapitalisten wollten neben dem wirtschaftlichen auch einen ideologischen Erfolg erzielen: Sie wollten ihr Recht behaupten, den Lohn zu senken selbst bei gestiegenen und steigenden Profiten.

Merkwürdigerweise finden sich nach dem 4,9%-Abschluß Kräfte, die einen Inflationsausgleich zumindest für die unteren Lohn- und Gehaltsklassen berechnen, weil nämlich für die ersten zwei Laufzeitmonate pro Monat 160 DM für alle gleich vereinbart wurden. Abgesehen von den besonderen Steuerkosten, die eine solche Blockzahlung verursacht, abgesehen auch davon, daß alle Überstunden z.B. dann in diesen zwei Monaten zum alten Tarif geleistet wurden, es ist doch festzuhalten, daß für den 1. Februar 1982, wenn also um neue Tarife gehandelt werden muß, die Basis, auf der verhandelt wird, keineswegs um 5,2%, 5,5% oder auch um andere Schnapszahlen angehobene Tarife sein werden, sondern eben um exakt 4,9% gegenüber dem Vorjahr gestiegene. Um zu verdeutlichen, was los ist: Freilich kann für eine Arbeiterin, sie soll in der Lohngruppe zwei genau Tarif verdient haben, also im Januar 1981 7,67 DM die Stunde oder 1327 DM im Monat, ausgerechnet werden, daß ihre Lohnerhöhung „in 1981“ 6,1% betragen hätte. Wenn aber z.B. 1982 dann sagen wir einmal 5% abgeschlossen würden, ohne irgendwas dazu oder weg oder was, dann müßte man schon mit derselben Energie behaupten, daß die Steigerung für diese Arbeiterin bloß 3,8% betrage. Da nun schon im vorigen Jahr bekanntlich ein Einmalzuschlag von 165 DM gezahlt worden ist, sollte man, wenn man schon derartige Ansätze machen will,

Aus neueren tarifpolitischen Entschlüssen der DGB-Gewerkschaften

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund, 11. o. Bundeskongress, Mai 1978

Hamburg

„Zu den Schwerpunkten künftiger aktiver Tarifpolitik gehören u.a. nach wie vor:

- die weitere Verbesserung der Arbeitnehmerinkommen,
- die Beseitigung immer noch vorhandener ungerechtfertigter Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen,
- die tariflichen Arbeitszeitverkürzungen, Urlaubsverbesserungen,
- die Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes,
- bezahlter Bildungsurlaub,
- Sicherung der Effektivverdienste,
- Schutzmaßnahmen bei Rationalisierung, technischem Wandel, Strukturveränderungen und konjunkturellen Beschäftigungsschwankungen,
- vermögenswirksame Leistungen,
- Erweiterung der Mitbestimmung im Betrieb durch Tarifverträge.“ (beschl. Antrag Nr. 259)



Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, 11. o. Gewerkschaftstag, Sept. 1977

„Der in den letzten Jahren größer gewordene Abstand der Bruttoarbeitseinkommen der Landarbeiter zu vergleichbaren Arbeitnehmern der Industrie ist untragbar. Überlange Arbeitszeiten müssen abgebaut werden.

Die Bruttoarbeitseinkommen der Forstarbeiter, welche mit denen industrieller Arbeitnehmer vergleichbar sind, resultieren aus überhöhter Leistungshergabe aufgrund noch bestehender Akkord-Lohnsysteme. Der Leistungsdruck wird durch Anwendung von neuen Arbeitsverfahren mit dem Ziel, Arbeitskräfte einzusparen, ständig verstärkt.

Es ist dringend notwendig, Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe so zu gestalten, daß Gesundheitsgefährdungen der Arbeitnehmer auf ein Mindestmaß beschränkt werden.“ (Entschlußung D)



Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, 8. o. Gewerkschaftstag, September 1978

„Der Gewerkschaftstag ... geht davon aus, daß sich die tarifpolitischen Auseinandersetzungen in der Zukunft noch verstärken werden ... Alle Versuche, den Entscheidungsraum der Tarifvertragsparteien einzuschränken durch Orientierungsdaten, Lohnleitlinien oder eine abschließliche Koppelung der Entwicklung von Löhnen und Gehältern an das Produktivitätswachstum werden zurückgewiesen ... fordert die Gewerkschaft NGG:

- tarifvertragliche Schutzbestimmungen gegen negative Folgen des technischen Wandels, von Strukturveränderungen und konjunkturellen Beschäftigungsschwankungen
- weitere Arbeitszeitverkürzungen in den verschiedensten Formen zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Erleichterung der Arbeit
- gemeinsame Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte
- 6 Wochen Urlaub unter Beseitigung noch vorhandener Staffelung nach der Betriebszugehörigkeit, Verbesserung des Urlaubsgeldes
- eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen zur Sicherung und Verbesserung der Reallohnposition der Arbeitnehmer
- Beseitigung von Ortsklassen- und Altersklassenregelungen
- die Vereinbarung eines 13. Monatseinkommens
- Abbau unbegründeter Entgeltendifferenzierungen
- Berücksichtigung der AT-Angestellten und der Angestellten in Leitungsfunktionen bei der Regelung von Arbeits- und Entgeltbedingungen.“ (ang. Antrag Nr. 67)



Gewerkschaft Textil-Bekleidung, 13. o. Gewerkschaftstag, Oktober 1978

Mannheim

„Der Hauptvorstand wird beauftragt:

1. den Gesetzgeber aufzufordern, das Tarifvertragsgesetz in der Weise zu ändern oder zu ergänzen, daß in Zukunft wieder Effektivklauseln vereinbart werden können,
2. durch Abschluß von Effektivklauseln erneut der Rechtsprechung Gelegenheit zu geben, sich zu dem Problem der Effektivklauseln zu äußern und die Rechtskraft wieder herzustellen, wie sie vor dem 14.2.1968 bestand.“ (ang. Antrag A/Ta/3)



Gewerkschaft Leder, 12. Gewerkschaftstag, Mai 1980 Düsseldorf

„Die Delegierten erwarten auch für die Zukunft eine Tarifpolitik, die der ständigen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in der Lederwirtschaft dient. Hierzu zählen vor allem:

- Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen;
- 6 Wochen Urlaub;
- Verbesserung der Rationalisierungsschutzabkommen;
- 13. Monatseinkommen für alle Arbeitnehmer;
- Verbesserung des Kündigungsschutzes und der Dienststsicherung für ältere Arbeitnehmer.

Die in den letzten vier Jahren festzustellenden Auseinandersetzungen, die in einigen Tarifbereichen von spontanen Arbeitsniederlegungen und Protestaktionen der Arbeitnehmer begleitet waren, sind ein deutlicher Beweis dafür, daß die tariflichen Auseinandersetzungen härter geworden sind. Die Delegierten gehen davon aus, daß sich die tarifpolitischen Auseinandersetzungen

in der Zukunft noch weiter verschärfen werden.“ (Entschließung II/1. Tarifpolitik)



Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, 9. Gewerkschaftstag, Juni 1980 Westberlin

„II. Einkommen. Der Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der Wirtschaft muß erhöht werden. Die Einkommen müssen den Wert der erbrachten Arbeit gerecht abgeben. Sozialen Erfordernissen ist Rechnung zu tragen.

Die Tarifpolitik darf sich nicht an Lohnleitlinien, Orientierungsdaten, Sachverständigengutachten oder anderen statistischen Meßziffern orientieren.

Notwendig ist insbesondere:

- Die begonnene Verbesserung der Lohngruppenverzeichnisse und Tätigkeitsmerkmale in Anpassung an die technische Entwicklung, gestiegene Anforderungen und strukturelle Änderungen fortzusetzen;
- die Abhängigkeit der Eingruppierung in bestimmten Vergütungsgruppen von Verwaltungsprüfungen zu beseitigen;
- das Vergütungsrecht der Angestellten von Bund, Ländern und Gemeinden zu vereinheitlichen und dabei weiterzuentwickeln;
- die vollen Anfangsbezüge von der Vollendung des 18. Lebensjahres ab zu zahlen und danach systementsprechend zu steigern;
- den Ortszuschlag in die Grundvergütungen der Angestellten einzubauen; die familienbezogenen Bestandteile als Familienzuschlag an alle Arbeitnehmer zu zahlen;
- die allgemeinen Zulagen in die Vergütungen und Monatslöhne einzubauen;
- Zulagen, Zuschläge, Überstundenvergütungen, Bereitschaftsdienstvergütungen usw. weiter anzugleichen und anzuheben;
- die Belastungen der Schicht-, Wechselschicht- und anderer unregelmäßiger oder gesundheitsgefährdender Arbeiten noch stärker zu berücksichtigen ...

IV. Gleiches Recht für Angestellte und Arbeiter. Alle noch bestehenden tarifrechtlichen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten sind zu beseitigen. Für Angestellte und Arbeiter ist ein einheitliches Tarifrecht zu schaffen. Im öffentlichen Dienst ist dies ein Schritt zum einheitlichen Personalrecht. Für vergleichbare Tätigkeiten sind unter Berücksichtigung sozialer Gegebenheiten gleiche Einkommen zu zahlen. Besondere Arbeitsumstände sind für alle in gleicher Weise abzugelten ...

VI. Arbeitszeit/Urlaub. Die Arbeitszeit muß bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich weiter verkürzt werden. Der Mindesturlaub soll sechs Wochen betragen. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf nicht zu einer höheren Belastung für den einzelnen Arbeitnehmer führen. Die Urlaubsdauer hat sich ausschließlich nach dem Lebensalter zu richten. Bezahlter Bildungsurlaub ist tarifvertraglich zu vereinbaren.

Schichtarbeit – insbesondere Nachtarbeit – darf nur da geleistet werden, wo es gesellschaftlich notwendig ist. Die Möglichkeiten, von Arbeitnehmern Mehrarbeit oder Überstunden zu verlangen, sind einzuschränken. Für Schicht- und Nachtarbeit sowie für gesundheitsgefährdende und besonders schwere Arbeiten sind zusätzlich

Freizeit oder Urlaub zu vereinbaren.“ (ang. Antrag 359)



Industriegewerkschaft Metall, 13. o. Gewerkschaftstag, September 1980 Westberlin

„Die IG Metall fordert:

1. Die Sicherung und Erhöhung der Realeinkommen durch:

- Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen;
- Erhöhung des Urlaubsgeldes;
- ein volles 13. Monatseinkommen für alle Arbeitnehmer.

2. Angleichung der Tarifbestimmungen für Arbeiter und Angestellte durch:

- die Vereinbarung eines Monatsentgeltes für Arbeiter, entsprechend den Gehaltsbestimmungen für Angestellte;
- gemeinsame Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte über Arbeitsbedingungen und Entgeltbestimmungen ...

5. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit dem Ziel der Humanisierung der Arbeit erfordert:

- Bestimmungen gegen überhöhte Arbeitsbeanspruchung und steigenden Leistungsdruck durch:

– Beseitigung des einseitigen, undemokratischen Bestimmungsrechtes der Arbeitgeber über die abgeforderte Leistung bei Zeitlöhnen und Angestellten;

– Durchsetzung des Grundsatzes, daß die verlangte Leistung im Rahmen der Zumutbarkeit bleibt und nach dem heutigen Stand der Erkenntnisse keine vermeidbaren gesundheitlichen Risiken in sich birgt ...

7. Die zunehmende Schicht- und Nachtarbeit und die damit verbundene soziale und gesundheitliche Beanspruchung erfordern besondere Tarifbestimmungen für Schicht- und Nachtarbeit:

- Strengere Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Nacht-/Wechselschichtarbeit;
- kürzere Schichtarbeitszeit;
- zusätzlicher Urlaub bzw. Freischichten;
- Festlegung der Leistungsnormen unter Berücksichtigung der biologischen, sozialen und sonstigen Bedingungen der Schichtarbeit;

● Anpassung der Schichtpläne an die sozialen und gesellschaftlichen Bedürfnisse der Schichtarbeiter; ...“ (Entschließung 12. Tarifpolitik, im Forderungsteil vollständig dokumentiert: Pol. Ber. Nr. 4/80, S. 5)



Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, 11. o. Gewerkschaftstag, Sept. 1980 Mannheim

„1. Die Entgeltfindung soll sich an den Anforderungen des Arbeitsplatzes orientieren.

2. Die integrierten Entgeltgruppen sollen so aufgebaut sein, daß für alle Arbeitnehmer, unabhängig vom Geschlecht, bei entsprechendem Zuwachs an Wissen, Können und Anforderungen die Durchlässigkeit der Entgeltgruppen gewährleistet ist.

3. Bei der Erstellung von Entgelttarifverträgen ist unbedingt darauf zu achten, daß nicht erneut Leichtlohngruppen entstehen ...

5. Für gleichwertige, vergleichbare Arbeiten müssen gleiche Entgelte gezahlt werden.

6. Monatslohn ist obligatorisch zu vereinbaren. Dabei ist festzulegen, welche Einkommensbestandteile pauschaliert oder periodenkonstant abzugelten sind.

7. Die in den jetzigen Tarifverträgen enthaltene unterschiedliche Bezahlung nach Alter, Berufs- oder Gruppenzugehörigkeit ist durch die Einführung begründbarer Übergangszeiten bis zur Erreichung der Endstufe abzulösen.

8. Die Leistungsvergütungsgrundsätze sind für gewerbliche und angestellte Arbeitnehmer einheitlich zu regeln.

9. Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand sollte in großflächigen Tarifverträgen die summarische Eingruppierung Vorrang haben.

10. Für entstehende Härtefälle bei der Einführung und Anwendung von Entgelttarifverträgen sind für die davon betroffenen Arbeitnehmer Absicherungen zu treffen ...

12. In der allgemeinen Tarifpolitik darf während der Verhandlungen über einen Entgelttarifvertrag kein Stillstand eintreten ...“ (ang. Antrag 421)



Industriegewerkschaft Druck und Papier 12. o. Gewerkschaftstag Oktober 1980 Augsburg

„B. Schwerpunkte der tarifpolitischen Zielsetzung. Die Industriegewerkschaft Druck und Papier hält die Sicherung und Verbesserung der Realeinkommen für unabdingbar. Außerdem verfolgt sie für alle Tarifbereiche folgende Schwerpunkte:

- Schaffung von gleichen und einheitlichen tariflichen Ansprüchen und Leistungen für Arbeiter und Angestellte.

- Verbesserung der Tarifstrukturen.

- Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich.

- Tarifliche Regelung der Aus-, Fort- und Weiterbildung, um berufliche Qualifikation zu ermöglichen, zu erhalten und zu fördern.

- Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Durchsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.“ (ang. Antrag 1)



Industriegewerkschaft Bergbau und Energie 12. Gewerkschaftskongreß, November 1980 Aachen

„Der Hauptvorstand wird beauftragt, seine Bemühungen weiterhin fortzusetzen, daß alle im Bergbau Beschäftigten an die Spitze der Lohnskala kommen.

Begründung: Die Bergbautätigkeit ist mit keiner anderen Arbeit vergleichbar. Neben der Schwere der Arbeit sollte auch die Verantwortung jedes Belegschaftsmitgliedes im mechanisierten Bergbau entsprechend honoriert werden.“ (ang. Antrag Nr. 80)

„Der Hauptvorstand wird beauftragt, sich für die Einführung eines garantierten Monatslohns für die Arbeiter einzusetzen. Gleichzeitig sollte die Auszahlung zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen.

Begründung: Es kann nicht länger hingenommen werden, daß die Arbeiter-Kollegen über drei Wochen auf die Auszahlung ihres Lohnes warten müssen und daß dieser Lohn von Monat zu Monat unterschiedlich hoch ausfällt.“ (Antrag Nr. 84, einstimmig als Material an den Hauptvorstand überwiesen)

auch von dieser Vorjahresbasis aus rechnen. Also folgendermaßen: 1979 stand dieser Tarif auf 7,18 DM. Das Erhöhungsvolumen 1980 hat auf diese Lohngruppe, die Einmalzahlung eingerechnet, 7,9% betragen. Die jetzige Steigerung ist deswegen, berechnet auf das Vorjahr, keineswegs 6,1% wert, sondern eben nur 5,0%.

Wie aus dem Rundfunk zu hören

war, haben sowohl die IG Metall wie auch Unternehmerverbände erklärt, von weiteren Volumenberechnungen Abstand nehmen zu wollen. Verständlich, vom Standpunkt der Kapitalisten aus. Denn diese Volumenrechnungen können nur ergeben, daß eine reine Prozenterhöhung der nächsten Tarife nach der reaktionären Formel $X\% - (\text{minus!}) y \text{ DM}$ wirksam würde.

Dieser Sachverhalt ist nicht eigentlich kompliziert, sondern bloß ein bißchen verwickelt. Unverrückbar fest steht aber, daß ein reiner Prozentabschluß für 1982 für die unteren Ränge der Lohnskala unterproportional ausfallen würde. Insofern steht ein Teil der Forderung, die für 1982 zu erheben ist, auch schon fest: nämlich der tariflichen Absicherung der für 1980 und

Statistisches zur Preisrate

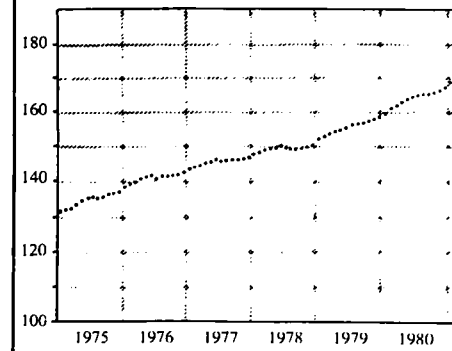
Noch bis in den März hinein waren fallende Preissteigerungsraten ein Tarifargument der Kapitalisten. Was besagen amtliche Teuerungsraten, die in so handfesten Widerspruch zu aktuellen Einkaufs- und Verbrauchserfahrungen geraten?

Gewöhnlich werden zum Monatsende hin mitgeteilt die Veränderung der Lebenshaltungskosten (Bilder A1 – A3) und die Veränderung der Einzelhandelspreise (B1 – 3). Beide Veränderungen werden als monatlicher Index durch das Statistische Bundesamt festgestellt (A1, B1). Für die Messung der Veränderung wird eine gleiche Warenmenge monatlich in ihrem Gesamtpreis erfaßt. Dieser wird in % des Preises im Jahr der Festsetzung des benutzten Warenkorbes oder der Umsatzstruktur angegeben, z.B. unter Bezug auf 1970 = 100%.

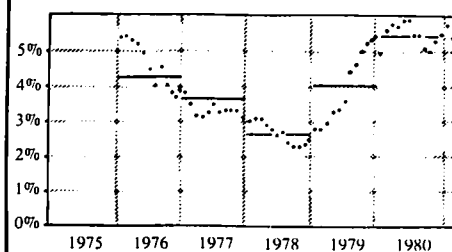
Die monatlich mitgeteilte Rate der Veränderung der Lebenshaltungskosten oder der Preise (A2, B2) nimmt gewöhnlich Bezug auf das Niveau des gleichen Monats im Vorjahr. Z.B. der Index für die Lebenshaltungskosten wurde im März 1981 auf 171,3 (% von 1970) festgestellt. Im März 1980 stand dieser Index auf 162,4. Also errechnet sich für den Zeitraum von Mitte März 1980 bis Mitte März 1981 eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 5,5%. Die offiziellen Angaben über die Veränderung der Lebenshaltungskosten eines bestimmten Jahres werden durch Vergleich der jeweiligen einfachen Index-Durchschnitte mit denen des Vorjahres ermittelt.

Jedoch diese Vergleiche zum Vorjahr ergeben nur eine ganz begrenzte Auskunft über die Bewegung der Preise, über die spürbare Teuerung. Stehen z.B. die Indexwerte im Januar des Jahres xy und des Jahres xy + 1 gleich und tritt in beiden Jahren eine gleiche Teuerung auf den Februar von 1% ein, so ergäbe die im Februar auf den Vorjahrs-Februar berechnete Preissteigerungsrate 0,0% Preissteigerung. Unterstellt man den gleichen Vorgang für alle 12 Monate des Jahres, so würde die auf den Vorjahrsmonat berechnete Rate fortwährend

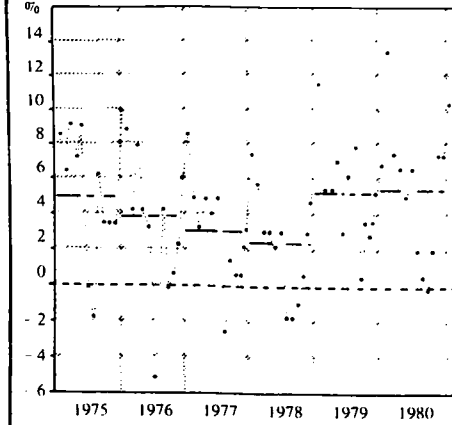
A1 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
1970 = 100



A2 Teuerungsrate der Lebenshaltungskosten monatlich gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsmonat (Punkte) und jährlich (Linie)



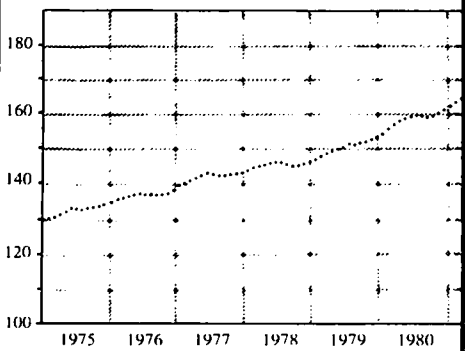
A3 Teuerungsrate der Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vormonat, jeweils berechnet auf das ganze Jahr (Punkte); Jahresdurchschnitt dieser Teuerungsrate (Linie)



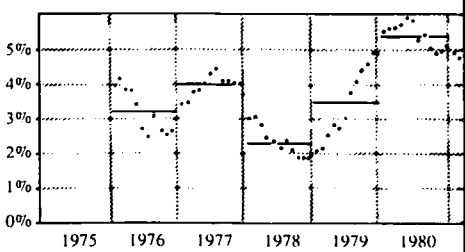
„0,0“ ergeben, während die Preise zum Jahresende doch immerhin um 12,7% über dem Niveau zu Jahresbeginn stehen. In allen auf den Vorjahrsmonat bezogenen Raten spielt also auch die Preisbewegung im Vorjahr mit.

In den Bildern A3, B3 sind die Veränderungen zum Vormonat jeweils als

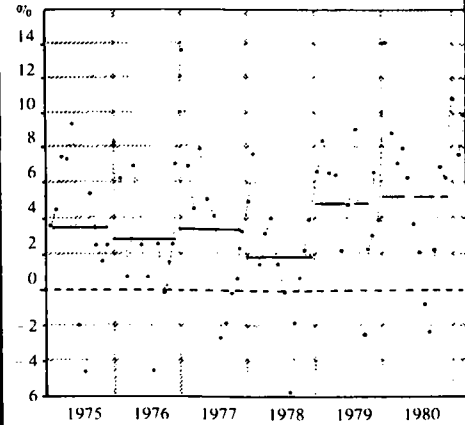
B1 Index der Einzelhandelspreise
1970 = 100



B2 Teuerungsrate der Einzelhandelspreise monatlich gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsmonat (Punkte) und jährlich (Linie)



B3 Teuerungsrate der Einzelhandelspreise gegenüber dem Vormonat, jeweils berechnet auf das ganze Jahr (Punkte); Jahresdurchschnitt dieser Teuerungsrate (Linie)



mögliche Rate für alle Monate des Jahres behandelt und somit als Jahresrate ausgedrückt worden. Das gibt eine Vorstellung über die Verteuerung der Lebenshaltungskosten von Februar auf März 1981 um 0,65% würde für das ganze Jahr angenommen eine Teuerung von 8% bedeuten.

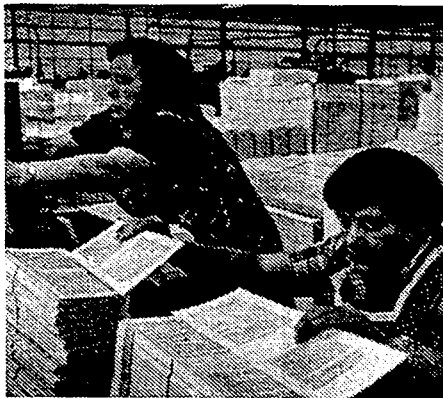
1981 gezahlten Zu-, Ab- und Umschläge, die noch genau ausgerechnet werden müßte. Wollte man unbedingt etwas Positives zu diesem Abschluß sagen, dann vielleicht, daß immerhin dieses Problem jetzt auf der Tagesordnung steht.

Die Kapitalisten, die ihren Anspruch auf wachsende Profite durch Lohnsenkung behauptet haben, planen jetzt weiter an einer gewaltigen Rationalisierungswelle. Bis auf anderthalb, manche sagen sogar zwei Millionen soll die Arbeitslosenzahl in diesem Jahr noch anschwellen. Das heißt im Klartext: Sowohl werden Arbeitskräfte durch Rationalisierung freigesetzt, wie Arbeitskräfte freigesetzt werden durch Stilllegungen ganzer Produktionsabteilungen. Nachdem das Kapital als sein gutes Recht durchgeboxt hat, die Profite durch Senkung der Reallöhne zu steigern, beansprucht es jetzt das Recht, die Profite auf Basis schrumpfender Produktion zu steigern. Wie sollen die Gewerkschaften, die bereits jetzt schwach wurden, dann noch auf irgendeiner Sicherung des Reallohns bestehen?

Man kann nur hoffen, daß sich noch im Laufe dieses Sommers die DGB-Gewerkschaften zu einer vereinheitlichten Taktik zusammenfinden und einen Katalog von Interessen aufstellen, von denen sie nicht abrücken. Wie müßte ein solcher Katalog aussehen?

1.) Die ruhige Bereitwilligkeit, mit der die Gewerkschaften in diesem Jahr die Steueranhebungen geschluckt haben, müßte klaren Forderungen vor allem gegen die Steuerprogression weichen.

2.) Die Gewerkschaften dürften sich auf der kommunalen Ebene nicht ferner dafür hergeben, die Erhöhung aller Sorten Abgaben auch noch mit zu begründen. Sie müßten diesem Treiben durch Unterstützung der Bewegungen, die es fast überall gibt, ein Ende setzen und die Bereicherung der Kapitalisten



Erhöhung der Tarife um 5% ab 1.4. in der Druckindustrie

durch kommunale Begünstigungen abstellen.

3.) Die Gewerkschaften müßten verlangen, daß die Kapitalisten direkt zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung herangezogen werden. Der gegenwärtige Zustand, nach dem die Einzahlungen halbe/halbe erfolgen und Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt zur Begründung der Steueranhebungen herangezogen werden, ist unerträglich und geeignet, die Kapitalisten zur brutalen Frechheit direkt aufzureizen.

4.) Vielleicht wäre auch eine Kampagne für das gesetzliche Verbot von Überstunden am Platze, denn zu erwarten ist, daß die Abwechslung von Kurzarbeit und Überstunden sowie von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zu Überzeiten mit steigender Arbeitslosigkeit immer verrückter wird.

5.) Vor allem aber müßte eine Erörterung einsetzen, ob die Lage sich nun wirklich dahin entwickelt hat, daß die Reallöhne und der große Teil der realen Gehälter sinken oder nicht. Selbstverständlich kommt es im kapitalistischen Wirtschaftsleben zu solchen Situationen. Dies ist immer dann der Fall, wenn die gewerkschaftliche Organisation unter dem Druck der Arbeitslosigkeit nicht mehr standhalten kann,

nicht mehr streikfähig ist, den massenhaften Streikbruch nicht mehr abwenden kann. Aber besteht eine solche Lage in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin? Dies ist gegenwärtig nicht der Fall und würde wahrscheinlich auch bei zwei Millionen Arbeitslosen nicht der Fall sein. Eine solche Gefahr würde ernsthaft wirksam werden, wenn eine weitere Senkung der Arbeitslosenversicherungsgelder einsetzte und nicht aufgehalten werden könnte.

Zu bedenken ist auch dies: Aller Vermutung nach werden die Kapitalisten nach diesen Abschlüssen sich ermutigt finden, den Effektivlohn um weniger als die tarifierten 4,9% zu heben. Das wird in anderen Branchen auch zu spüren sein. In der Folge werden sich die Steuerschätzungen, die ihrerseits auf einer ausgeglichenen Entwicklung von Löhnen und Preisen basieren, als fehlerhaft erweisen. Folglich werden sich weitere Löcher in den öffentlichen Haushalten auftun. Folglich wird die Tendenz stark sein, über öffentlich rechtliche Maßnahmen, seien es nun die Steuer oder die Abgaben an die Gemeinden, gerade deswegen auf den Lohn durchzugreifen, weil die Erhöhung unterhalb der Inflationsrate gelegen hat.

Ohne jeden Zweifel wird die Bundesregierung versuchen, die Arbeiterbewegung mit Versprechungen auf die Neuordnung der Arbeitszeitordnung zu befrieden. Ohne jeden Zweifel werden die Forderungen der Arbeiterbewegung, die gerichtet sind auf Verbot der Arbeit bei Nacht und in Schichten, Verbot der Überstunden, Verkürzung der Arbeitszeit, im Laufe dieses Jahres verstärkt vorgetragen werden. Jedoch ist naiv zu erwarten, daß die Arbeiterbewegung ihre Position, die in der Verteidigung des Reallohnes nun doch jahrelang bestanden hat, einfach räumen kann und – quasi zum Ausgleich – dafür verbesserte Arbeitsbedingungen auszuhandeln imstande wäre. Ganz im Gegenteil: Nachgeben bei den Löhnen wird bestraft werden mit stärkerer Besteuerung der Löhne. Nachgeben bei den Löhnen wird bestraft werden mit beschleunigtem Rationalisierungstempo. Nachgeben bei den Löhnen wird zum Einsatz von menschlicher Arbeit unter immer schlechteren Arbeitsbedingungen zwangsläufig führen. Nachgeben bei den Löhnen wird die Kluft zwischen Akkordarbeitern und Zeitlöhnern weiter aufreißen, wird dazu führen, daß sich zunehmend welche um Überstunden bewerben müssen, Nachgeben bei den Löhnen wird, das wird sich umfassend zeigen, umfassend schlechte Folgen haben. Die Vorstellung, im komplizierten Gefüge der Wirtschaft der BRD die Lohnfrage umschiffen zu können, ist hoffnungslos naiv. Fällt der Lohnstandard, so fällt alles andere mit.



Für März und April 120 DM jeweils für alle, ab 1.5. 4,3%: erneut niedrigerer Abschluß im öffentlichen Dienst. – Die Große Tarifkommission der HBV lehnte den Abschluß der DAG mit den Banken (4,8%) ab. Die HBV rief die Bankangestellten zu Protest- und Streikaktionen auf.

Wahlrecht für Ausländer abgelehnt

Eine Klage des 19 Jahre in Hannover lebenden Türken Atalay, Mitglied des DGB-Vorstands Hannover, hat das Verwaltungsgericht abgewiesen. Eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes durch §34 der Niedersächsischen Gemeindeordnung, der Ausländer vom Kommunalwahlrecht ausschließt, sieht das Gericht nicht, da der §34 all jene mit einbeziehe, die nicht wie Atalay selbst voll integriert und damit als gleichberechtigt anzusehen sind. Die Notwendigkeit der Gesetzlockerung für Personen wie Atalay ist im Urteil selbst angelegt. Bleibt abzuwarten, wie die nächste Instanz entscheidet.

18,7% für Thatcher, 7% für Angestellte

Einen einwöchigen Vollstreik planen die Gewerkschaften der britischen Regierungsbeschäftigten für Anfang Juni. Die Entschlossenheit, die bisherigen Warn- und Teilstreiks (z.B. bei den Fluglotsen) auszuweiten, wurden durch eine Regierungserklärung in der vorletzten Woche gestärkt: Die Regierung gab sich selbst und

In Leer (Ostfriesland) besetzten am 12.5.1981 1500 Beschäftigte des dortigen Olympia-Werks, der Maschinenfabrik Cramer und andere Metallarbeiter das Rathaus, nachdem sie eine Straßenkreuzung in der Innenstadt besetzt hatten. Die Aktionen richteten sich gegen den Plan von AEG, 750 Beschäftigte des Olympia-Werkes zu entlassen. Der IG-Metall-Bevollmächtigte Bollen warnte Konzernleitung und Politiker davor, die Region zum Armenhaus verkommen zu lassen. Der Bürgermeister sicherte eine Ratsondersitzung für den 22.5. zu.

den Parlamentsabgeordneten Gehaltserhöhungen von 18,7%. Außerdem wird der Sold der britischen Berufsarmee um 7,3% erhöht. Für die 530000 Regierungsangestellten aber, von denen ein Drittel sogar bei der Armee bzw. im Verteidigungsministerium angestellt ist, bietet die Regierung weiterhin nur 7% Lohnerrhöhung. Die Gewerkschaften fordern 15% und führen jetzt in der zwölften Woche Streikaktionen gegen das Angebot durch. Die Flughäfen, Munitionswerke und Radarstationen sind bevorzugte Streikziele.



Frankreich: Streik der Seeleute

Cannes. Vom 13. bis 15. Mai haben die Beschäftigten der französischen Marine gestreikt. Sie wurden unterstützt von Besatzungen der Fischereiflotte, der Fähren und den Hafenarbeitern. Der Fährverkehr nach Korsika, Großbritannien und Irland kam zum Erliegen. Die Gewerkschaft CFDT hatte am 7. April zu dem Streik aufgerufen, um gegen die beabsichtigte Kürzung der Pensionen für die Seeleute um rund 40% zu protestieren. Zuvor waren drei Verhandlungen mit dem Transportminister gescheitert. Für den Streik sprachen sich die Besatzungen von 138 Kampfschiffen aus. 27 stimmten dagegen. Die beabsichtigte Pensionskürzung wird damit begründet, daß die Rentenkasse leer sei, weil 77000 Beschäftigten 105000 Rentner gegenüberstehen, für die Zahlungen fällig sind. Die durchschnittliche Pension liegt zur Zeit bei 910 DM im Monat. Die CFDT fordert, daß die neue Regierung die Pensionen gesetzlich absichert.

Die DAG spaltet bei Lohntarifabschlüssen

Der diesjährige Tarifikampf sollte nach den Vorstellungen der HBV dazu führen, endlich dem Ziel, die Lohn- und Gehaltsgruppen im Handel denen der Industrie mehr anzugleichen, näherzukommen. In Bayern stellte die Gewerkschaft für den Groß- und den Buchhandel eine Forderung von mindestens 9,5%, mindestens 160 DM auf, im Einzelhandel liegt die Forderung für die einzelnen Gehaltsgruppen zwischen 165 und 240 DM. Die DAG machte bis jetzt der HBV sowohl beim Buchhandel

als auch beim Großhandel einen Strich durch die Rechnung: Sie schloß für den Buchhandel unter 5% und beim Großhandel um die 5% ab. Im Buchhandel liegt jetzt auch ein Abschluß der HBV vor (5,4%), der unter dem Druck des Abschlusses durch die DAG zustande gekommen ist. Der Abschluß der DAG im Großhandel: Bei den Gehaltsgruppen II und III 5,3% und bei I, IV, V und VI jeweils 4,8%. Im Einzelhandel liegt von den Kapitalisten bis jetzt ein Angebot von ca. 4% vor, die Verhandlungen sollen am 27. Mai weitergeführt werden. Auf das Angebot der Bankkapitalisten von 4,8% wurden in einigen Städten der BRD Warnstreiks von der HBV durchgeführt, die mindestens einen Teuerungsausgleich will. Die DAG schloß dabei ab.

Banken: Lage nach 4,8% DAG-Abschluß

Sollen sich die Bankangestellten Lohnabschlüsse von den Bankkapitalisten mittels DAG diktieren lassen? Müssen sie eine Lohnsenkung um weitere 0,1% hinnehmen, wo ihr Durchschnittslohn schon um 200 DM unter dem der Versicherungsangestellten liegt? Sollen sie auf Freischichten im 2-Schichtbetrieb verzichten? Keine Maßregelungsklausel? Die Große Tarifkommission der HBV berät am 22. Mai weitere Aktivitäten auf der Grundlage einer Befragung der Beschäftigten. Die Tarifkonferenz der Ortsverwaltung Frankfurt hat wie die Vertrauensleutevollversammlung Saarland die Fortführung des Lohnkampfes gefordert. Derzeit sind ca. 60000 der 315000 Bankangestellten in der HBV organisiert, 30000 in der DAG.



Über 25000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Belgien, darunter auch Angehörige der Polizei und der Reichswache, demonstrierten am 16.5. auf Aufruf der Gewerkschaften durch Brüssel. Sie wenden sich vor allem gegen die Absicht der Regierung, die Pensionen im öffentlichen Dienst zu kürzen. Danach sollen die Beschäftigten, statt wie bisher 75% des Lohns auf Basis der letzten fünf Jahre, 75% auf Basis aller Beschäftigungsjahre als Pension erhalten. Zum zweiten wenden sie sich gegen die Regierungspläne, den Lohn durch Außerkraftsetzung bzw. Einschränkung der Indexierung noch weiter zu senken. Ohnehin haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes seit sieben Jahren keine tarifliche Lohnerhöhung mehr erhalten. Drittens fordern sie die feste Einstellung auch der 200000 im öffentlichen Dienst, die, da ohne Arbeitsvertrag, bisher jederzeit gekündigt werden können. Stattdessen will der Dienstherr Entlassungen im öffentlichen Dienst durch ein neues Statut erleichtern.

Niedersachsen

Statt Kindergartenplätzen – Babyprämie

Die niedersächsische Landesregierung hat angekündigt, in diesem Jahr zusätzliche 86 Mio. DM für die Förderung der Familie auszugeben; im nächsten Jahr sollen es 120 Mio. DM sein. Drei Maßnahmen verbergen sich hinter diesem Millionenbetrag, der 0,8% bzw. 1,1% des niedersächsischen Lohnsteueraufkommens ausmacht.

– Erstens sollen Familien mit einem Familieneinkommen unter 36000 DM und alleinstehende Mütter mit einem Einkommen unter 24000 DM ab Oktober 81 für die Geburt eines Kindes mit einem Tausendmarkschein ausgezeichnet werden. Wegen der Einkommensgrenzen wird diese Regelung bei etwa der Hälfte aller Geburten zur Anwendung kommen.

– Zweitens sollen Familien und alleinstehend Erziehende – bis zu denselben Einkommensgrenzen – zwischen 30 und 50 DM Zuschuß pro Schuljahr für die Beschaffung von Schulbüchern erhalten.

– Drittens wird für jedes fünf- und sechsjährige Kind die Gebühr für den Kindergarten erstattet, soweit sie 10 DM übersteigt.

Dieses Programm – von der Landesregierung als warmer Geldregen für die Familie ausgegeben – ist in Wirklichkeit eine erneute Ablehnung von Forderungen, die die Gewerkschaften zur Frage der Kindererziehung und der Ausbildung erheben.

Die Lernmittelfreiheit wird durch dieses Programm erneut abgelehnt. Die angekündigte Lernmittelhilfe ist so erbärmlich, daß Albrecht damit sogar unter seinen christdemokratischen Amtskollegen als Geizkragen dasteht.

Genausowenig ist der 1000-DM-Babyscheck eine großzügige Geste. Man tut gut, ihn daran zu messen, was die Landesregierung den Familien vorenthält. Das „Landesentwicklungsprogramm Niedersachsen 1985“ (Stand Sommer 1973) gibt als Zielvorgabe an: Es „sollen für 70% der Drei- und Vierjährigen ab 1980 Plätze in Kindergärten und für 85% der Fünfjährigen bis 1980 und für 100% bis 1985 Plätze in Kindergärten oder Vorklassen bereitgestellt werden“. Die Erfüllung dieser Zielvorgabe würde heute 159500 Kindergartenplätze erfordern; vorhanden sind aber ganze 118000. Seit Albrechts Regierungsantritt im Jahre 1976 ist in Niedersachsen kein einziger Kindergartenplatz neu geschaffen worden. Gegenwärtig fördert die Landesregierung

jeden vorhandenen Kindergartenplatz mit 940 DM jährlich. Durch Unterschreitung der Zielvorgabe des Landesentwicklungsprogramms um 41500 Plätze spart die Landesregierung somit 39 Mio. DM in diesem Jahr. Für den Babyscheck veranschlagt die Landesregierung einen jährlichen Kostenaufwand von 40 Mio. DM.

Babyscheck statt Kindergartenplätze, das ist das Programm, das Albrecht diktieren will. Mit 1000 DM die Verweigerung eines Kindergartenplatzes ausgleichen zu wollen, ist unverfroren. Durch Nacht- und Schichtarbeit, durch Einbeziehung der Frau in die Produktion oder die vielbeschworene Mobilität der Arbeitskraft werden die Arbeiterfamilien auseinandergerissen, und sie sind deshalb auf öffentliche Einrichtungen zur Erziehung der Kinder angewiesen. Die Arbeitskraft, die die Eltern unter diesen Bedingungen anstelle der Kindergärtnerin für die Kindererziehung aufbringen müssen, weil kein Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt wird, ist nicht mit einem Tausendmarkschein abzutun.

„Wenn's wegen Krisen fröstelt, dann bekommt das Wort Familie für die Konservativen wieder etwas Wärmeres“, so kritisierte Gisela Kessler, Frauensekretärin der IG DruPa auf dem letztjährigen Gewerkschaftstag diese Strickart christdemokratischer Familienpolitik. Stärkung und Förderung der Familie, das ist die christlich-reaktionäre Umschreibung für den Abbau öffentlicher Einrichtungen und das Aufbürden neuer Lasten auf den Rücken der Arbeiterklasse.

SKF Schweinfurt Streik gegen Einführung der dritten Schicht

Schweinfurt. Am 13.4. streikten ca. 300 Arbeiter aus dem Werk III von SKF Schweinfurt eine Stunde lang und sandten eine Delegation zum Verwaltungshochhaus. Mit ihrem Streik antworteten die Arbeiter auf eine Provokation des Vorsitzenden der Geschäftsleitung Westphal. Westphal war in der vorangegangenen Woche trotz Einladung nicht auf einer Abteilungsversammlung erschienen, auf der er Stellung beziehen sollte zu den Forderungen, die der Betriebsrat bezüglich der



16000 Schweinfurter Metaller bei Warnstreik, Sternmarsch und Kundgebung am 6.4. – die größte Streikaktion seit 1954. Bei SKF, wie schon seit 1977, bei FAG Kugelfischer, wie bereits 1980, werden die 4,9% nur auf den Tariflohn bezahlt. Nur bei Fichtel & Sachs konnte die effektive Auszahlung durchgesetzt werden.

Einführung der Drei-Schicht-Arbeit aufgestellt hatte. (Vergl. Politische Berichte Nr. 5/81)

Nachdem die Geschäftsleitung zunächst für 400 Arbeiter die dritte Schicht neu einführen wollte, hatte der Betriebsrat der Einführung der Schicht für 60 Arbeiter vorbehaltlich der Bedingung zugestimmt, daß bis Ende März die Geschäftsleitung auf folgende Forderungen des Betriebsrates eingeht: Arbeitsplatzsicherung im Zusammenhang mit geplanten Rationalisierungen bis 1985, Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf vollen Lohn und ein Investitionsprogramm bis Ende des Jahres, das bis ca. April nächsten Jahres Überstunden in einzelnen Produktionsbereichen und die vor kurzem begonnene dritte Schicht beseitigen soll.

Die SKF-Geschäftsleitung hat diesen gesetzten Termin ohne Kommentar verstreichen lassen. Daraufhin hat der Betriebsrat seine Zustimmung zur dritten Schicht zurückgezogen.

Westphal hat den Streik der SKF-Arbeiter dadurch provoziert, daß er unmittelbar nach der Abteilungsversammlung, wo er nicht erschienen war, erklärt hat, daß er in Zukunft keine Abteilungsversammlung mehr dulden werde und in dieser Sache keine Verhandlungen mehr mit dem Betriebsrat führen werde. Die Delegation der streikenden Arbeiter überbrachte am 13.4. das Ultimatum, daß Westphal am folgenden Tag auf einer Abteilungsversammlung erscheinen soll. Sie legte einen Fragenkatalog vor, der neben den Forderungen zur dritten Schicht die Offenlegung geplanter Investitionen und Verlagerungen von Produktions-

bereichen in andere Werke, insbesondere in das neuerrichtete in Singapur, beinhaltete. Bei SKF ist die Rede davon, daß im Zusammenhang mit den geplanten Verlagerungen ca. 500 Arbeiter wegrationalisiert werden sollen.

Tags darauf mußte Westphal aus seinem Auslandsurlaub zurückkehren und auf der Abteilungsversammlung erscheinen. Dort konnte er nur be-

schwichtigen und keine konkreten Auskünfte erteilen. Jedoch mußte er sich bereit erklären, mit dem Betriebsrat neu über die dritten Schicht zu verhandeln. Sollte es bei diesen Verhandlungen zu keiner Einigung kommen, hat der Betriebsrat angekündigt, zur Einigungsstelle und vor das Arbeitsgericht zu gehen. Die Verhandlungen dauern an.

Graubremse Heidelberg

Kampf um günstigere Betriebsvereinbarungen

Heidelberg. Seit 31.12.80 hat der Kapitalist Grau die betriebliche Arbeitszeit-Regelung gekündigt. Für etwa 300 (77%) der ca. 390 gewerblichen Beschäftigten im Stammwerk Heidelberg der Graubremse beträgt sie laut Schicht-Betriebsvereinbarung acht Stunden *einschließlich* drei bezahlter Pausen von zweimal 20 und einmal 30 Minuten. Über die Einstellung der Nachtschicht will Grau für die 1. und

Monate befristet wird und Grau allen unter 2000 DM Brutto-Monatsverdienst den Unterschied zwischen Kurzarbeitergeld und vollem Nettolohn ausgleicht. Am 13.5. haben die Kapitalisten für Heidelberg Verlängerung der Kurzarbeit und zusätzlich 29 Entlassungen (4,6%) verlangt.

Die eingangs genannte, in der Metallverarbeitung wohl einmalige Betriebsvereinbarung konnte die Belegschaft

zeit von 6 Stunden und 50 Minuten gesichert.

Die Graubremse mit insgesamt rund 900 Beschäftigten ist Bremsen- und Zuggabel-Zulieferer für die Nutzfahrzeugindustrie. Nach einem Rekord von 82 Mio. DM und 40 Neueinstellungen 1979 ist der Umsatz 1980 auf 81 Mio. DM gesunken. Derzeit hocken die Kapitalisten auf 26 Mio. DM Lagerbestand und laufen Gefahr, gegenüber ihren Konkurrenten Knorr, Westinghouse, Bosch weiteren Boden zu verlieren. Im 1. Quartal 81 soll der Umsatz nochmals um 7,7% gefallen sein. Auftragseingang und -bestand seien um 20 bzw. 29,2% niedriger als im Vorjahr. Klöckner wolle z.B. 1981 5000 LKW weniger bauen.

Den immer stärkeren Druck, den Abnehmer wie MAN, IVECO, KHD ausüben, versucht der Kapitalist Grau auf die Belegschaft abzuwälzen. Die Banken würden ihm Ende des Jahres die Kredite versagen, falls er nicht „unpopuläre Maßnahmen“ ergreife: „Für betriebliche Vergünstigungen ist kein Spielraum mehr!“

Die 4,9%-Tariferhöhung hat Grau, abgesehen in Bezug auf die 1 DM betriebliche Nachtzulage, ins Effektive überwälzen müssen. Obwohl mit den durchschnittlich je 22,5% Leistungszulagen in den Zeitlohngruppen II bis VI bzw. VII bis XII diese um 6,5% über Tarif liegen und auch zu 2,2 bzw. 0,4% ausdrücklich „freiwillig“ sind. Durch die Kurzarbeit jedoch Nettolohnverluste z.B. im März von bis zu 172 DM (Dreierschicht, Steuerklasse III/2) entstanden. Auch die Tarif-Nachzahlung für Februar/März betrug statt 320 nur 282 DM brutto. Bei direkter Fortsetzung würde analog Lohnfortzahlungsgesetz das Kurzarbeitergeld weiterhin wie bisher auf den alten Lohn 1980 berechnet. Der Betriebsrat fordert deshalb vier Wochen Kurzarbeitsunterbrechung oder Nettolohnausgleich zum entsprechenden Kurzarbeitergeld bei um 4,9% erhöhten Löhnen. Entlassungen lehnt er völlig ab. 1 DM Zulage ab 19 Uhr und Fahrtzuschuß sollen bleiben.

Bei der Arbeitszeit hofft er bis zu einer besseren tariflichen Regelung die bisherige Vereinbarung zumindest für die 2. Schicht halten, bzw. bei Beibehaltung der Nachtschicht deren Verkürzung auf sieben Stunden erreichen zu können. Durch die Kurzarbeit ist die Arbeitszeit um 16% verkürzt. „Mindestens 10%“ sind auch laut Arbeitsförderungsgesetz Voraussetzung, damit die Kapitalisten Kurzarbeitergeld aus der Arbeitslosenversicherung kassieren können.

Da andererseits die geplante Änderung der Arbeitszeit diese in der Graubremse um 7,3% verlängern würde, haben die Kapitalisten Probleme. Am 20.5. soll erneut verhandelt werden.



Seit den 60er Jahren ist die für einen Mittelbetrieb als kampfstark bekannte Graubremse-Belegschaft in Tarifstreiks einbezogen. In mehreren erfolgreichen innerbetrieblichen Streiks konnten vorteilhafte Betriebsvereinbarungen zu höheren Leistungszulagen, Fahrtzuschuß, Arbeitszeitverkürzung erreicht werden. Bild: Streikposten im Lohntarifstreik Frühjahr 1978.

2. Schicht die Bezahlung der Mittagspause streichen und so zu 8½ Stunden kommen.

Ebenso sollen die 1 DM pro Stunde „freiwillige“ Nachtzulage ab 19 Uhr und der betriebliche Fahrtkostenzuschuß weg (für Entfernungen um 25 km wie Mannheim 132 DM im Monat). Eine Kantinenessenserhöhung von 1,50 auf 2 DM ist beantragt. 28 Arbeiter ab 59 Jahren sollen mit 15000 DM frühverrentet werden. Seit 27.2. ist ein Tag pro Woche Kurzarbeit, im Zweigwerk Regensburg zwei Tage. Der Betriebsrat in Heidelberg hat nur zugestimmt unter der Bedingung, daß sie auf drei

1976 erstreiken. Damals hatte Grau eine Steigerung des Umsatzes pro Beschäftigten um 25,9% zu verzeichnen und wollte von Zwei- auf Dreischichtbetrieb. Ungefähr ein Drittel der 300 unter die Vereinbarung fallenden Arbeiter muß Schicht schaffen, davon Dreierschicht momentan 13 Mann. Rund 220 (73%) arbeiten Akkord, ca 70 (23%) Akkord und Schicht. 200 schaffen also ständig von 6.30 bis 14.30 Uhr, 80 im Zeitlohn und 50 sowohl nur in der ersten Schicht als auch im Zeitlohn.

Tariflich ist nur für Dreischicht-Arbeiter im Akkord diese reine Arbeits-

Datenverarbeitung Ernüchterung bei Versicherungen

Nordrhein-Westfalen. Es ist schon beinahe verdächtig, wie bereitwillig die Versicherungskapitalisten der überproportionalen Erhöhung der Tarifgruppen I bis IV (9,5%) zugestimmt haben. Immerhin befinden sich in TG IV die Masse der gelernten Versicherungskaufleute. Und immerhin haben sich ihre Klassenkameraden von Gesamtmetall heftig der stärkeren Anhebung der unteren Lohngruppen widersetzt. Sicherlich ein Erfolg für die Hartnäckigkeit der HBV, die seit Jahren eine Tarifpolitik auf Verdrängung der Gehaltsstruktur hin betreibt, ist der neue Tarif zugleich auch Ergebnis der Bewegung auf dem Arbeitsmarkt. Der Bedarf der Versicherungskapitalisten an Versicherungsfachleuten und qualifiziertem Hilfspersonal ist in der derzeitigen Phase des Aufbaus von Datenbanken groß.

Mit Zähnen und Klauen wehren sie sich daher gegen „irreparable Korrekturen“ der Gehaltsstruktur, wie die von der HBV geforderte, aber nicht durchgesetzte Streichung der TG I (0,9% der Beschäftigten).

Sie wollen freie Hand haben, um die Gehälter langfristig und auf Dauer deutlich zu drücken mittels der jeweiligen Ein-, Um- oder Abgruppierung. Die Versicherungskapitalisten haben gerade jetzt – im Zuge der allenthalben stattfindenden Arbeiten zum Jahresabschluß '80 – entdeckt, daß die Kostenersparnis durch die computerunterstützte Sachbearbeitung längst nicht so kostensenkend profiterrhöhend ist wie erhofft.

Die Kosten für die eigentliche Maschinerie sind zwar weniger hoch, horrend aber im Bereich Programmierung, Betreuung der Programme und Wartung. Nach ihrem „Das-papierlose-Büro“-Rausch und der Hymne „Bildschirm, Bildschirm über alles!“ hat man in den Vorstandsstäben jetzt einen dicken Kopf.

Verkatert bemerkt das Zentralorgan „Versicherungswirtschaft“: „Produktivität und Kosten einer computergestützten Vertragsverwaltung scheinen demnach mit zunehmender Technisierung des Arbeitsplatzes und nach Erreichen einer bestimmten Qualität der Verarbeitungsprogramme in eine Grauzone zu geraten.“

Ob sich an dieser Stelle bereits die Grenzen einer Rationalisierung in der Vertragsverwaltung abzeichnen, weil die Substitution menschlicher Arbeitskraft durch die Maschine nicht mehr zu einer Kostenverringering, sondern

zu einer Kostenverlagerung führt, ist offen“ (VW 7/81).

Die innerbetriebliche Kosten-Nutzen-Rechnung bei Schaffung elf neuer Bildschirmarbeitsplätze bei einer Kölner Versicherungsgesellschaft weist erst nach anderthalb Jahren eine Kostenersparnis aus. Sie beträgt rd. 40000 DM.

Justiz Urteil im Böse-Prozeß gesprochen

Freiburg. Am Freitag, dem 8. Mai, fand vor dem Freiburger Landgericht die Urteilsverkündung gegen den Krankenpfleger R. Böse statt. Reinhard Böse wurde wegen Körperverletzung mit Todesfolge in sieben Fällen zu sieben Jahren Freiheitsstrafe und lebenslangem Berufsverbot verurteilt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Einen Tag später schreibt die „Badische Zeitung“ (BZ) unter der Überschrift „Überzeugendes Urteil“: „Körperverletzung mit Todesfolge, das ist, wenn man davon ausgeht, daß Böse ‚es‘ war, eine einleuchtende Wertung ... deshalb ist dieses Urteil auch für ihn annehmbar, weil es ihm, trotz aller schrecklichen Folgen, gute Motive zubilligt ... Er könnte mit ihr (der Urteilsbegründung, d. Verf.) leben“.

Der Schreiberling der BZ drückt den Sachverhalt vorsichtig aus. Tatsächlich ist es dem Gericht im zweiten Verfahren genauso wenig wie im ersten gelungen nachzuweisen, daß R. Böse die Herzmittel gespritzt hat. Vielmehr wurde im Prozeß deutlich, daß die Zustände im Rheinfeldener Krankenhaus – so gab es z.B. keinen festangestellten Anästhesisten am Krankenhaus, keinen Stationsarzt für die Intensivstation usw. usf. – für die Todesfälle verantwortlich sind.

Der Auftrag des BGH an das Landgericht Freiburg lautete: Juristischer Flankenschutz für die Kostendämpfung in den Krankenhäusern, Aburteilung Böses. Und das Gericht kam diesem Auftrag mit der Verurteilung R. Böses wegen Körperverletzung mit Todesfolge nach. Aburteilung wegen vorsätzlicher Tötung war nicht mehr möglich, da Böse aufgrund zahlreicher Zeugenaussagen, Patienten wie Schwestern, immer alles in seinen Kräften Stehende getan hatte, um trotz übelster Bedingungen den Patienten zu helfen.

Die Körperverletzung mit Todesfolge beruht auf einer eigenartigen Begründung. Hinsichtlich der Körperverletzung hatte der Richter bedingten Vorsatz angenommen – „Böse habe nur die giftigen Nebenwirkungen der

Überdosen in Kauf genommen“ – und hinsichtlich der Todesfolge bewußte Fahrlässigkeit, was heißt, daß Böse nur die Verwirklichung der Todesfolge als Gefahr seines Handelns erkannte, wohl aber auf das Ausbleiben dieser Folge vertraute.

Jemandem helfen wollen, ihm aber vorsätzlich Vergiftungen beibringen, den Tod verhindern wollen, ihn aber als Folge seines Handelns ins Auge fassen und lediglich auf sein Ausbleiben vertrauen, das sind unlösbare Widersprüche in der Urteilsbegründung. Böse hat erklärt, daß er dieses Urteil nicht annimmt und Revision einlegt.

Brokdorf-Demonstration Ermittlung gegen Landtagsabgeordnete

Baden-Württemberg. Der Landrat des Kreises Steinburg in Itzehoe kündigte den vier baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Elsbeth Morodo, Hans-Dietrich Erichsen, Helgo Bran und Wolf-Dieter Hasenclever mit Schreiben vom 23.4.81 ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz an. Sie hatten sich, wie die Tageszeitung in Wilster dies damals namentlich vermerkte, an der Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf am 28.2.81 beteiligt. Bekannt ist auch, daß schon mehrere Demonstrationsteilnehmer Bußgeldbescheide erhalten haben.

Mit Verfahren und Bußgeldbescheiden die Kosten der Auswirkungen des gigantischen Polizeiaufgebotes auf Einzelne abzuwälzen, um spürbar zu machen, was das persönliche Risiko, an einer verbotenen Demonstration teilzunehmen, kostet, das ist eine Seite. Eine andere ist, daß es der Reaktion insbesondere behagt, Parlamentsvertretern den Prozeß zu machen, die ausdrücklich in Opposition zu den bürgerlichen Parteien gewählt wurden. Zu Recht verweisen die vier Abgeordneten in ihrer Stellungnahme darauf, daß die Teilnahme an der Demonstration in Brokdorf in Ausübung ihres politischen Mandates geschah, das sie durch 240000 „grüne“ Stimmen erhalten haben. „Wir sind angetreten, den Ausbau der Atomkraft mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln zu verhindern.“ Sie fordern den Landrat auf, alle Verfahren sofort einzustellen und bereits erlassene Bußgeldbescheide zurückzunehmen.

Inzwischen haben sie Schützenhilfe von einem anderen Landtagsmitglied, dem Stuttgarter SPD-Abgeordneten Jo Schröder erhalten, der beim Landratsamt Steinburg Selbstanzeige erstattet hat.

Medizin im Gefängnis

„Der Gefangene hat die Behandlung durch den Anstaltsarzt zu dulden“

Am 27. November 1979 entlud sich die Wut der Gefangenen aus dem Westberliner Frauengefängnis Lehrter Straße. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit Wärtern, wo auch Eier und Obst geflogen sein sollen. Der Senat ließ diesen Aufstand mit Unterstützung von 20 Polizisten unterdrücken. Unmittelbarer Anlaß war, daß sich nicht um die starken Zahnschmerzen einer Gefangenen gekümmert wurde. Zum Ausbruch kam die Wut über die allgemein elenden Gefängnisverhältnisse und vor allem die völlig mangelhafte ärztliche Versorgung. So gibt es nach dem Bericht einer Gefangenen nachts überhaupt keinen Arzt. Wird eine Gefangene krank, läßt sich eine Beamtin telefonisch von dem Arzt aus

dem Gefängnis Moabit beraten, meist gibt es dann Beruhigungstabletten, wie Neurocil. Geändert worden ist seither nichts. Stattdessen sollen jetzt zehn Frauen wegen Gefangenenmeuterei mit mindestens drei Monaten Gefängnis abgestraft werden. Der Prozeß läuft noch.

Die medizinische Versorgung von Gefangenen ist nach Berichten überall ähnlich schlecht, aus allen Gefängnissen wird über ständige Verabreichung starker Beruhigungsmittel berichtet. Nach dem Strafvollzugsgesetz von 1977 wird bei den Gefangenen auch die medizinische Versorgung durch Zwang bestimmt. Behandelt wird durch in den Gefängnissen angestellte oder durch

Vertragsärzte. Nach §101 ist bei Lebensgefahr oder schwerwiegender Gefahr für die Gesundheit des Gefangenen oder anderer Personen zwangsweise Behandlung zulässig, z.B. zwangsweise Spritzen von Beruhigungsmitteln oder Zwangsernährung.

Gefangene haben derzeit kein Recht auf einen Arzt ihrer Wahl. Dazu führte das Oberlandesgericht München 1979 aus, „der Strafgefangene hat die Behandlung durch den Anstaltsarzt sowohl zu beanspruchen als auch zu dulden“. Entsprechend soll der Gefangene kein Recht auf Kontrolle der ärztlichen Leistung und Diagnose haben. Das OLG verweigert ausdrücklich jedes Einsichtsrecht in die Arztunterlagen. Dies sollte nur der Ausforschung auf Kunstfehler oder Irrtümer dienen, die meisten Gefangenen würden dies nur zu querulatorischen Beschwerden nutzen. Ebenso verneinten Oberlandesgericht Hamm und Kammergericht Berlin 1978 das Arztwahlrecht. Nach diesen Entscheidungen steht es im Belieben des Anstaltsarztes, einen Gefangenen an einen Facharzt zu überweisen, durchsetzbar ist dies außer bei offenkundigen ärztlichen Fehlern nicht. Selbst bei eigener Kostentragung lehnt das Kammergericht das Wahlrecht ab. Nach §60 haben Gefangene während des Urlaubs auch nur ein Recht auf Behandlung durch einen Anstaltsarzt. Die für 1981 geplante Eingliederung der Gefangenen in die gesetzliche Krankenversicherung – diese besteht schon in der Arbeitslosenversicherung – wurde nicht durchgeführt, sie sollte auch nur für die Leistungen, nicht für die Rechtslage gelten.

Nach einer Entscheidung des Landgerichts Regensburg von 1977 soll der Anstaltsarzt medizinisch nicht dem Dienstherrn, sondern sich selber verantwortlich sein. Tatsächlich ist unter diesen Gefängnisverhältnissen folgender Vorfall typisch: Der Vechtaer Gefängnisarzt Dr. Jaksch verweigerte 1980 einer Gefangenen wegen Spuren von Mißhandlung durch Beamte ein Attest „im Hinblick auf die Loyalität dem Dienstherrn gegenüber“. Unterwerfen sich einzelne Ärzte dem Dienstherrn nicht, gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, ihnen das Leben schwer zu machen. Weigern sie sich, medizinische Zwangsmaßnahmen nach §101 zu ergreifen, wird mit Strafverfahren gedroht, z.B. wegen fahrlässiger Tötung bei Nichtdurchführung von Zwangsernährung, wenn der Gefangene stirbt, wie gegen die Berliner Ärzte beim gerade abgebrochenen Hungerstreik. Notwendig sind das Recht auf freie Arztwahl, Einsicht in die Arztunterlagen, volle Einbeziehung in die gesetzliche Krankenversicherung auf Kosten der Staatskasse.

Interview mit höheren Gefängnisbeamten

Reporter: Herr Höflich, Sie sind Direktor der Frauenhaftanstalt in der Lehrter Straße, und in Ihrem Gefängnis sitzen einige der Angeklagten in dem Prozeß ein ... Und eine der Frauen wollte uns ein Interview geben, oder auch alle drei wären dazu bereit gewesen ... Nun meinen Sie aber doch, das ginge nicht. Warum?

Anstaltsleiter Höflich: Meine Einschätzung sieht so aus: die Frauen haben sich hier ... auf eine Weise mit der hiesigen Situation auseinandergesetzt, auch sehr handgreiflich auseinandergesetzt, die, glaube ich, kein Mensch akzeptieren kann. Ich bemerke, daß die Frauen von einer Reihe von Menschen zur Zeit eine Rolle zugeschrieben bekommen, die ihnen, so meine ich jedenfalls, schadet. Sie werden sozusagen ... zu modernen Robin Hoods hier aufgebaut, die sich zu Recht, so wie sie sich verhalten, verhalten. Und das ist, was ich so nicht dulden kann.

Reporter: Sie haben in Ihrer Vernehmung vor Gericht gesagt, der Vorgang, um den es da ging, sei ein völlig irrationaler, chaotischer und im Grunde damit auch unerklärlicher Vorgang gewesen, eine Eruption sozusagen. Während die Angeklagten und ihre Anwälte meinen, daß es sich dabei um eine gar nicht erstaunliche Folge der hier herrschenden Zustände handelt.

Höflich: Völlig irrational und chaotisch war der Vorgang an sich, so wie er sich abgespielt hat ... Unerklärliche Ursachen meine ich allerdings nicht ... Man müßte miteinbeziehen, daß die Frauen hier in der Anstalt auch in sehr starkem Maße ermuntert werden ... sich zu wehren, wie man so sagt, und das verstehen sie offensichtlich auch so, daß sie sich also auch ganz handgreiflich wehren. Wir erleben also auch die Einflüsse, die hier in die Anstalt hineingehen. Und das alles führt natürlich dann auch hier zu einer Verschärfung und zu einer wachsenden Konfrontationsbereitschaft auch der Frauen.

Reporter: Herr Jetschmann, im Gefängnis stehen Wachpersonal und Gefangene auf verschiedenen Seiten, aber gibt es nicht auch eine Form von Solidarität, daß sie gemeinsam Forderungen vertreten müßten gegenüber der Justizverwaltung und dem Finanzsenator?

Jetschmann, Vorsitzender des Verbandes der Justizvollzugsbediensteten Berlin: Das ist sicher richtig, daß es gemeinsame Ansätze gibt. Gemeinsame Ansätze, daß ausreichend Haftplätze vorhanden sind; gemeinsame Ansätze auch, was die innere Gestaltung des Vollzuges angeht. Damit meine ich konkret die Verwirklichung des Strafvollzugsgesetzes.

(Aus der Fernsehsendung des NDR 3 „Hintergründe einer ‚Meuterei‘ im Berliner Frauengefängnis“, Sendung vom 26.4.1981)

Widerstand gegen Gefängnismedizin

Im Frauengefängnis Lehrter Straße, Westberlin, stellte sich eine Anstaltsärztin auf die Seite der Gefangenen – sie wurde entlassen. Im Frauengefängnis Vechta, Niedersachsen, fühlte sich der Anstaltsarzt ausdrücklich der Anstaltsleitung verpflichtet. Er legt jetzt sein Amt von sich aus nieder. Im Sommer 1980 hatte er einer Gefangenen über Verletzungen aus einer Absonderungsbehandlung ärztliches Attest verweigert. Die Gefangenenumitverantwortung (GMV) hatte in einer Resolution gefordert: sofortige Untersuchung durch einen Arzt außerhalb der Anstalt. Die höhnische Antwort der Anstaltsleitung war: der Anstaltsarzt sei für die Gefangenen da. In einem früheren Fall hatte dieser Arzt einer Gefangenen, ebenfalls über Verletzungen aus einer Absonderungsbehandlung, ein Attest ausgestellt.

Sich krank melden und damit von der Arbeit fernbleiben, bedeutete in Vechta automatisch eine Disziplinarstrafe: totale Freizeitsperre, d.i. kein Umschluß mit anderen Gefangenen, keine offene Tür. Fürsorge nannte das die Anstaltsleitung. Wer aber am „ruhigen“ Donnerstag (d.i. kein Umschluß usw.) krank war, erhielt die Freizeitsperre nachträglich am Freitag. Der GMV ist es jetzt gelungen, diese Sorte Fürsorge abzuschaffen. Eine Untersuchung über die Nichtbehandlung von Erkrankungen und Beschwerden über den Anstaltsarzt ist von der GMV eingeleitet worden. Wenigstens zwei Gefangene haben während eines Urlaubs aus der Haft wegen Nichtbehandlung Anzeige gegen den Anstaltsarzt erstattet. Häufige Ekelallergien der Gefangenen zum Beispiel, die sich in Juckreiz und Hautausschlägen äußern, werden grundsätzlich erst mal nicht behandelt und als haftbedingt abgetan. Nur durch Hartnäckigkeit der Gefangenen werden Untersuchungen durchgesetzt. Dabei stellte sich in einem Fall heraus, daß es die Röteln waren.

Nach dem StVollzG sollen in den Arbeitsbetrieben die Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften beachtet werden. Vorgetragen von der GMV hat sich die Anstaltskonferenz wohl erstmals drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes damit befassen müssen. Es mußte auf Antrag der GMV die Anschaffung von unfallsicheren Leitern und jetzt auch von „Gesundheitsstühlen“ zugesagt werden.

Kündigungsschutz Arbeitsplatzsicherung unzureichend

Hamburg. 1229 187 Arbeitern und Angestellten, das sind 7,4% der in der privaten Wirtschaft Beschäftigten, wurde 1978 von den Kapitalisten gekündigt. 77% aller Kündigungen wurden gegenüber Arbeitern ausgesprochen, die 56% der Gesamtbelegschaft stellten. Der Frauenanteil an den Gekündigten betrug 43% (38% der Gesamtbelegschaft); der Ausländeranteil 25% (10% der Gesamtbelegschaft). 67% der Kündigungen werden aus „Gründen in der Person“, 33% aus „betrieblichen“ Gründen, z.B. Rationalisierung oder Betriebsschließung, ausgesprochen. Die angeblich in der Person liegenden Gründe sind oft als Folge jahrelanger Ausbeutung auszumachen: 63% der Gründe sind „leistungs- und eignungsbezogen“ und bei 30% wird „Krankheit“ angegeben. Das sind einige Ergebnisse einer vom Max-Planck-Institut im Auftrag des Ehrenbergministeriums erstellten Studie.

97 164 Arbeiter und Angestellte, 8% der Gekündigten, haben vor dem Arbeitsgericht Klage erhoben. 47% der Kläger sind un- und angelernte Arbeiter, was darauf hindeutet, daß ihre An-



1. Mai-Demonstration in Hamburg.

zahl unter den Gekündigten noch höher liegt. Wegen der auf den ersten Blick geringen Zahl der Klagen vor dem Arbeitsgericht hat der „Stern“, was auch die Studie ein wenig nahelegt, eine heftige Attacke gegen die Betriebsräte gefahren. Allein 21% der von den Kapitalisten Geschädigten aber arbeiten in Betrieben mit ein bis fünf Beschäftigten, die nicht im Geltungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes liegen. 61% der Kündigungen über-

haupt fallen auf Betriebe unter 50 Beschäftigte. Oder: jedem neunten Beschäftigten in Betrieben mit weniger als 50 Arbeitern und Angestellten wurde gekündigt; in Betrieben mit mehr als 2000 Arbeitern kam eine Kündigung auf 48 Beschäftigte. In Betrieben mit existenten Betriebsräten wurden rund 40% der Kündigungen ausgesprochen, dort arbeiten aber 66% der Lohnabhängigen. Aus Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten wurden knapp 50% der Klagen eingereicht. In 38,6% aller Kündigungen war der Arbeiter oder Angestellte noch keine sechs Monate im Betrieb, und dagegen kann ein Betriebsrat nur auftreten, wenn sich der Kapitalist böse Schnitzer erlaubt.

Der DGB fordert in seinem neuen Grundsatzprogramm: „Der Kündigungsschutz muß für alle Arbeitnehmer den Arbeitsplatz, die soziale Stellung in Betrieb und Verwaltung und den erreichten Lebensstandard sichern. Älteren Arbeitnehmern, Behinderten und anderen gefährdeten Arbeitnehmergruppen ist ein besonderer Schutz zu gewähren. Die Arbeitnehmer, die einen Kündigungsschutzprozeß führen, müssen während der Dauer dieses Prozesses weiterbeschäftigt werden.“ Kündigungsschutz für alle Lohnabhängigen und die Festlegung, bis zum Gerichtsentscheid am Arbeitsplatz verbleiben zu können, ist nötig. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz ist die Möglichkeit weiterzuarbeiten an die Existenz eines Betriebsrates gebunden. Bei Betrieben unter 20 Beschäftigten gibt es zu mehr als 90% und bei Betrieben von 20 bis 50 Beschäftigten zu 70% keine Betriebsräte. In 3033 Fällen, das sind 16% der von den Betriebsräten eingelegten Widersprüche gegen ordentliche Kündigungen, wurde aus Betriebsratsbetrieben heraus Klage gegen ordentliche Kündigungen (dagegen richten sich 60% aller Klagen) erhoben. 902 Beschäftigte haben vorläufige Weiterbeschäftigung verlangt, in nur 522 Fällen konnte das auch durchgesetzt werden.

Weil fast alle Gekündigten den Arbeitsplatz verlassen und sich bis zum Prozeßtermin z.B. schon neue Arbeit suchen mußten, kommt es in den meisten Fällen zum Vergleich. Bei über 40% der Klagen beträgt die Abfindungssumme unter 2000 DM. Wer nicht in der Gewerkschaft ist, für den kann der Prozeß wegen der Anwaltskosten leicht zum Prozeßrisiko werden; ein weiterer Grund für die niedrige Klagequote. Bei 14% der Klagen kommt es zu Gerichtsurteilen. 9% der Kläger kommen tatsächlich – durch Vergleich oder Urteil – an den alten Arbeitsplatz zurück. Dort werden sie von den Kapitalisten oft so niederträchtig behandelt, daß mehr als ein Drittel von ihnen kurz darauf dann doch gehen bzw. gegangen werden.

Nordrhein-Westfalen Haushaltskürzung im Schulbereich

Bielefeld. Gegen die Kürzung des Kultusministeretats im nordrhein-westfälischen Haushalt 1981 protestierten Schüler und Lehrer in vielfältigen Aktionen. Z.B. demonstrierten am 2.4. Schüler in Bielefeld u.a. gegen die als Folge der Kürzung drohende Schließung einer Realschule und für mehr Lehrer. Zum ersten Mal werden in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen nicht alle ausgebildeten Lehrer eingestellt: Für 9200 Bewerber bietet die Landesregierung 7800 Stellen, wobei davon auszugehen ist, daß sie wie bisher nicht alle Stellen besetzen wird.

Personalausgaben/Schülerzahl
NRW Haushaltsentwurf 1981

Schulform	Personal- ausgaben	Schüler- zahl	Ausgaben je Schüler
Hauptschule	37,4%	39,4%	2466 DM
Realschule ..	17,9%	21,4%	2162 DM
Gesamtsch. .	3,3%	3,3%	2621 DM
Gymnasium .	41,2%	35,9%	2967 DM

Die Lernmittel sind ähnlich wie die Personalausgaben gestaffelt. Der Bielefelder Elternrat, Gruppe Hauptschulen, fordert gegen die Haushaltskürzung bessere räumliche, finanzielle und personelle Ausstattung der Hauptschulen gegenüber den weiterführenden Schulen.

Anfang des Jahres entwarf die nordrhein-westfälische Landesregierung eine Änderung des Schulverwaltungsgesetzes, mit dem sie den Status der Gesamtschule von der Versuchsin die Regelschule zwar änderte – wie von der GEW lange gefordert –, aber weder die Verpflichtung vorschrieb, sie bis zur Sekundarstufe II fortzuführen noch als Ganztagschule zu betreiben. Gleichzeitig sann Finanzminister Posser im Vorgriff auf die zu erwartenden und nun auch beschlossenen Kürzungen des Kultusministeretats im Landeshaushalt auf Rationalisierungsmaßnahmen und schlug zu diesem Zweck vor, die Pflichtstundenzahl der Gesamtschullehrer von 24 auf 26 zu erhöhen. Beides stieß auf großen Protest der Lehrer und Schüler, die am 24.2. und 17.3. in Düsseldorf und Köln mit nahezu 10000 Teilnehmern u.a. für eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde für alle Lehrer und für die Einstellung aller Lehrer demonstrierten; in

der Zeit vom 24.4. bis 1.5. führte der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher in der GEW unter den gleichen Forderungen im ganzen Land eine Aktionswoche durch. Die Landesregierung sagte daraufhin zu, die Arbeitszeit der Gesamtschullehrer nicht zu erhöhen und die Sekundarstufe II in die Gesamtschule aufzunehmen.

„Durch das Gesetz zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes entstehen unmittelbar keine Kosten“, heißt es im Gestzentwurf, der bis zum Beginn des neuen Schuljahres beschossen sein soll. 1. wird die Gesamtschule nicht als Ganztagschule betrieben. 2. wird ihre Neueinrichtung an ausreichende Schülerzahlen gebunden und daran, daß sie mindestens vierzig sein muß, was zusammen mit dem Gebot, daß andere weiterfüh-



Aktionswoche des AJLE in Düsseldorf

rende Schulen in erreichbarer Nähe sein müssen, in ländlichen Gebieten nicht oft erreichbar sein wird. Das Gesetz läßt sich also mit der Kürzung des Landeshaushalts gut vereinbaren.

Öffentlicher Dienst „Einigung“ über die Personalvertretung

Frankfurt. Bereits im März 1979 beklagte sich Oberbürgermeister Wallmann, er habe sich in Frankfurt „mit 59 Personalräten herumzuschlagen“. Folgerichtig übergang er zukünftig die Personalräte, die dagegen klagten. Vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof erhielt Wallmann im Oktober 1979 ein Urteil, welches ihm die Auflösung der Personalräte der Stadtverwaltung ermöglichte, die bislang nach dem Grundsatz „für jedes Amt ein Personalrat“ gewählt worden waren.

Grundlage war die Feststellung des Verwaltungsgerichtshofs, daß die Stadtverwaltung eine Dienststelle sei, folglich für sie ein Personalrat, ein sogenannter „ungeteilter“, zu bilden sei. Dieses Urteil bedeutete indirekt, daß Versetzungen innerhalb der Stadtverwaltung ohne Zustimmung des Personalrats erfolgen konnten und können, da nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz Versetzungen innerhalb einer Dienststelle nicht mitbestimmungspflichtig sind. Direkt bedeutete es die Funktionsunfähigkeit des zu bildenden „geeinten“ Personalrats, dem im Jahre 1980 gegen 3200 Personalentscheidungen vorgelegt wurden, die, um die Rechte zu wahren, binnen 14 Tagen zu bescheiden waren: 1600 Stellenbesetzungsvorschläge, 1400 Eingruppierungsanträge, 150 Organisations- und Kündigungsmaßnahmen. Dies für 29 Mitglieder bei 14 freigestellten. Ergebnis: Von 15200 Planstellen 1979 sind mittlerweile 14500 noch besetzt, der Stellenplan wird laut Magistratsbeschluß „1982 ... grundsätzlich nicht ausgeweitet“.

ÖTV und „geeinter“ Personalrat widersprachen von Anfang an der Einrichtung dieses Personalrats. Im November 1980 wurde eine von 10000 Beschäftigten besuchte Personalversammlung der Stadtverwaltung durchgeführt, auf der der ausgepiffene Wallmann die „Unrechtmäßigkeit“ der alten „geteilten“ Personalräte mit seinem bestellten Urteil darlegen wollte. SPD-OB-Kandidat Berg erklärte nach Befragen, er sei für das „alte Modell“. Vor der Kommunalwahl war diese *persönliche* Aussage von Berg ebenso angebracht wie das Angebot von Wallmann und Personaldezernent Brück, doch wieder 28 Personalräte zuzulassen.

Gottier von der ÖTV beeilte sich vor der Kommunalwahl mit der Einschöpfung auf die eine bürgerliche Partei; sofern die bestehenden „Mehrheitsverhältnisse“ weiter bestünden, müsse der Personalrat zu einer Entscheidung kommen, da sein „Verhandlungsspielraum erschöpft ist“. Damit war es gelungen, die eindeutige Entscheidung der Personalversammlung für die Amtspersonalräte umzubiegen in eine diffuse Stellungnahme für die Wahl der SPD, ansonsten die CDU mit ihrem 28er Angebot auch wählbar blieb. Außerdem war der Boden schon vorbereitet für den Gegensatz „28 oder einer“. In der Abstimmung, die jetzt stattfand, sprachen sich trotzdem 3400 von 10700 gegen das „Angebot“ des Magistrats aus. Rund 4000 stimmten erst gar nicht ab. Wesentliche Bereiche der Stadtverwaltung wie Organisationsamt und Personalamt haben weiterhin keinen eigenen Personalrat.



Links: Sinti im KZ. – Mitte: In solchen Hütten mußten 30 Sinti 2 Jahre lang in München hausen, bis sie jetzt mit Hilfe des Verbandes deutscher Sinti ordentliche Wohnungen erhielten. – Rechts: Hungerstreik Ostern 1980 im ehem. KZ Dachau.

Roma-Welt-Kongreß

Roma und Sinti im Kampf für die Anerkennung als Nation – anhaltende Unterdrückung in der BRD

Zum 3. Welt-Roma-Kongreß trafen sich vom 16. bis 20. Mai in Göttingen 300 Delegierte von Sinti- und Roma-verbänden aus 28 Staaten West- und Osteuropas, Nordamerikas, Indiens, Australiens und Japans. Die Delegierten berieten die Arbeit in UNO, in der EG, Probleme des Nationalitätenstatus der Roma und über den Völkermord des NS-Regimes an den Sinti und Roma und seine Folgen bis heute.

Die internationale Roma-Bewegung hat in den letzten Jahren wichtige Erfolge erzielt. Nach vielen erfolglosen Versuchen seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts gelang es auf dem 1. Welt-Roma-Kongreß 1971 in London, den Aufbau einer internationalen Organisation der Roma vorzubereiten. Vertreter der Roma aus 14 Ländern verabschiedeten eine Deklaration, in der sie forderten, daß die Roma in allen Staaten als Volk anerkannt werden und die gleichen Rechte wie andere Minderheiten bekommen sollten. Auf dem 2. Weltkongreß 1978 in Genf gründeten die 120 Delegierten aus 26 Ländern die Romani-Union als Dachorganisation ihrer lokalen Verbände. 1979 wurden die Roma von der UNO als Nation anerkannt und die Romani-Union als konsultatives Mitglied in den ökonomischen und sozialen Rat der UNO aufgenommen. 1980 erhielten die Roma in Jugoslawien den Status einer nationalen Minderheit in indischen Ursprungs.

Die deutschen Sinti, soweit sie die Naziverfolgung überlebt hatten, aller Existenzmittel beraubt, viele schwer gesundheitlich geschädigt, wurden nach 1945 in der BRD auf den Weg individueller juristischer Durchsetzung von Wiedergutmachungsansprüchen verwiesen – Verfahren, die zum Teil heute noch nicht beendet sind, nachdem das Bundesverfassungsgericht

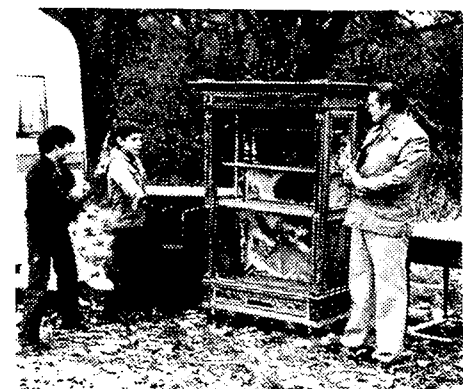
1956 eine „rassische Verfolgung“ der Sinti bis 1943 verleugnet hat. Nahtlos fortgeführt wurde in der BRD die alte Zigeunerpolizei, ab 1953 auf neuer gesetzlicher Grundlage die Landfahrerzentrale, die erst 1970 aufgelöst wurde.

Mit einer Gedenkkundgebung „In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt“ Oktober 1979 im ehem. KZ Bergen-Belsen machte der Verband deutscher Sinti zusammen mit der Romani-Union erstmals in der BRD auf die Ermordung Hunderttausender Sinti und Roma durch die Faschisten und die Fortsetzung ihrer Unterdrückung nach 1945 aufmerksam. Der Verband deutscher Sinti veröffentlichte ein Memorandum an die Bundesregierung und die Regierungen der Länder (siehe S. 26). Der DGB, SPD und FDP schickten Grußbotschaften an die Kundgebung.

Mit dem Hungerstreik Ostern 1980 im ehem. KZ Dachau erreichte der Verband deutscher Sinti weitere öffentliche Unterstützung für seine Forderung nach Vernichtung aller Akten der ehem. Landfahrerzentrale und nach öffentlicher Rehabilitation für die erlittenen Verfolgungsmaßnahmen. Der Hungerstreik wurde nach einer Woche abgebrochen, nachdem die bayerische Staatsregierung und Vertreter aller Parteien im Landtag zugesagt hatten, sich für „den notwendigen Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen gegenüber den Sinti“ einzusetzen. Die bayerische Staatsregierung hatte zunächst versucht, den Hungerstreik zu verbieten. In einem Bericht an den Landtag kam Innenminister Tandler Dezember 1980 zu dem Ergebnis: „Von einer rechtlichen Benachteiligung der Zigeuner kann gegenwärtig nicht gesprochen werden ... Ein rechtlicher Sonderstatus für Zigeuner ... ist nicht wünschenswert ... Es darf nicht verkannt werden, daß der

Erfolg aller Bemühungen (um eine Verbesserung der Lage der Zigeuner) wesentlich vom Verhalten der Zigeuner selbst abhängig ist“.

Angesichts solch offener Rechtfertigung der nationalen Unterdrückung der Sinti und Roma in der BRD gewinnt die Durchführung des 3. Welt-Roma-Kongresses in der BRD zusätzliche Bedeutung. Der Ministerpräsident von Punjab, einem Staat im Nordwesten Indiens, aus dem die Roma vor gut 1000 Jahren ausgewandert sind, in einer Grußbotschaft an den Göttinger Kongreß: „Es ist den gemeinsamen Anstrengungen der Roma zu verdanken, daß sie von der jugoslawischen Regierung als nationale Minderheit anerkannt worden sind. Es ist beglückend, jetzt zu erfahren, daß der 3. Welt-Roma-Kongreß seine Aufmerksamkeit darauf richten wird, dies auch in anderen Ländern zu erreichen.“



Viele deutsche Sinti leben vom Handel mit alten Möbeln.

M. Mamutowski, Vorsitzender des Romi-Clubs, eines Zusammenschlusses jugoslawischer Roma in der BRD, betonte auf einer Veranstaltung zum Jahrestag des Hungerstreiks am 4.4.81 in Dachau die Bedeutung des Kampfs um eine ordentliche Schulausbildung für



Reportage in der AIZ 1927 über das Elend der Zigeuner.

die Kinder der Sinti und Roma. „Die Kinder sind die Zukunft unseres Volkes“. In der BRD gibt es – im Unterschied z.B. zu den Niederlanden – keinerlei besondere schulische Einrichtungen für reisende Sinti. Die Kinder sesshafter Roma und Sinti werden zu meist von vornherein auf die Sonderschulen abgeschoben. Da für viele Sinti- und Romakinder, die zuhause Romanes sprechen, Deutsch Fremdsprache ist, können sie dem normalen Unterricht auch kaum folgen. Nach einer Untersuchung der Universität Erlangen-Nürnberg hatten 1977 91% der „nicht mehr schulpflichtigen Zigeuner und Landfahrer“ keinen Schulabschluß und nur 1% von ihnen eine abgeschlossene Berufsausbildung. 53% der „Zigeuner- und Landfahrerkinder“ waren auf einer Sonderschule.

Zwei Sinti-Großfamilien, die seit 1951 im Barackenlager Straubing-Hennenwöhrd in 3 Baracken zusammengepfercht leben müssen, haben Anfang dieses Jahres mit Hilfe des Verbandes deutscher Sinti und einer örtlichen Bürgerinitiative die Einrichtung einer Tagesstätte durchgesetzt, in der einige Erzieherinnen jetzt Schularbeitenhilfe für die Kinder und Lese-/Schreibkurse für die Erwachsenen machen. Von den 24 Erwachsenen konnte bisher ein einziger fließend lesen und schreiben. Alle 16 schulpflichtigen Kinder sind auf der Sonderschule.

Zur Vorbereitung des Göttinger Kongresses hatten sich am 9. Mai Vertreter verschiedener Verbände und lokaler Zusammenschlüsse der Sinti und Roma in der BRD getroffen, um den Aufbau eines einheitlichen Verbandes zu beraten. Sie einigten sich darauf, ihre Tätigkeiten auf Grundlage des Memorandums von Bergen-Belsen abzustimmen.

Memorandum der Romani-Union und des Verbandes deutscher Sinti an die Bundesregierung und die Regierungen der Länder (Oktober 1979)

(...) Wir halten folgende Schritte in der Bundesrepublik Deutschland für erforderlich:

1. Stellvertretend für die Bundesrepublik Deutschland muß die Bundesregierung eine Erklärung abgeben, die den Tatbestand des Völkermordes, begangen vom Dritten Reich an den europäischen Roma/Sinti, anerkennt. Die Bundesregierung muß sich verpflichten, eine besondere Verantwortung für den überlebenden Teil des Roma-(Sinti-)volkes zu übernehmen, wie sie auch die besondere Beziehung zum jüdischen Volk anerkannt hat. Analog zur materiellen Wiedergutmachung am jüdischen Volk, die neben der individuellen Wiedergutmachung eine Blockentschädigung an den Staat Israel vorsah, muß auch den europäischen Roma/Sinti eine Blockreparation geleistet werden. In Übereinstimmung mit der Romabewegung muß ein Wiedergutmachungsfonds eingerichtet werden, der von internationalen, unabhängigen, angesehenen Persönlichkeiten in Zusammenarbeit mit Vertretern der Roma-Welt-Union kontrolliert wird. (...) Dieser Fonds soll der nachwachsenden Romageneration zugute kommen, die zu der wohl unterprivilegiertesten europäischen Volksgruppe gehört. Angesichts der bisherigen weitgehend wider die Gutmachung gerichteten „Wiedergutmachungspolitik“ müssen die abgelaufenen Anspruchsfristen für individuelle Wiedergutmachung ausgesetzt, und die noch lebenden Roma/Sinti-Opfer endlich ihrem Schicksal angemessen entschädigt werden.
2. Die Bundesregierung soll sofort eine Kommission einsetzen, die die Staatsangehörigkeitssituation der in der Bundesrepublik lebenden Roma/Sinti überprüft, damit Schritte eingeleitet werden, daß deutsche Roma/Sinti, denen das Dritte Reich oder die Bundesregierung die Staatsangehörigkeit entzog, diese umgehend zurückerhalten können. Die Bundesregierung wird aufgefordert, seit längerem in der Bundesrepublik lebenden oder nach dem Krieg in die Bundesrepublik geflüchteten osteuropäischen Roma/Sinti die deutsche Staatsangehörigkeit zu gewähren.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Bundes- und Landesgesetze sowie Gemeindeverordnungen nach Bestimmungen zu untersuchen, die Roma/Sinti diskriminieren. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Tätigkeit der angeblich 1970 geschlossenen bayerischen „Landfahrerkzentrale“, die bei den Landesentschädigungsämtern negativen Einfluß auf Wiedergutmachungsverfahren genommen hat, aufzudecken sowie etwaige Verbindungen zu entsprechenden Stellen der NS- und Weimarer Zeit zu enthüllen und deren gesammelte Akten ins Bundesarchiv nach Koblenz zu überführen.
4. Die Bundesregierung und die Länder sollen dafür sorgen, daß die Vernichtung der europäischen Roma/Sinti als Thema in den Geschichtsunterricht einbezogen wird und die Erforschung des Schicksals der Roma/Sinti in der NS-Zeit gefördert wird.
5. Die Bundesregierung und die Länder sollen Zusammenschlüsse und kulturelle Aktivitäten deutscher Sinti und Roma als ethnische Minderheit mit eigener Sprache, Kultur und Tradition fördern und die Sinti und Roma als seit Jahrhunderten in Deutschland lebende Volksgruppe anerkennen. Diese Anerkennung würde keine Sonderstellung begründen, sondern wie im Falle der Anerkennung der dänischen Minderheit in Südschleswig einer Volksgruppe Möglichkeiten gewähren, die die deutsche Mehrheitsbevölkerung als Selbstverständlichkeit genießt.
6. Schließlich soll die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern ein Wohnungsbauprogramm für bedürftige deutsche Roma/Sinti finanzieren, das sich in Absprache mit ihnen an ihren kulturellen Traditionen orientiert. Derartige Programme sollen einerseits keinen Ghettocharakter haben, andererseits das Bedürfnis der Sinti und Roma auf Kommunikation respektieren.
7. Schließlich soll die Bundesrepublik Deutschland endlich die Empfehlungen des Europarats für die „Zigeuner und andere Nomaden“ aus dem Jahre 1969 verwirklichen:
 - a) die Verunglimpfung der Roma/Sinti in der Verwaltungspraxis abzuschaffen,
 - b) die erforderlichen Wohnwagenplätze, ausgestattet mit sanitären Anlagen und Gemeinschaftseinrichtungen für Roma/Sinti zu schaffen,
 - c) Schulumöglichkeiten zu schaffen, die der Lebensweise nomadisierender Roma/Sinti angemessen sind,
 - d) Berufsausbildungsmöglichkeiten zu schaffen,
 - e) Organe einzurichten, in denen neben Vertretern der Regierung Vertreter der nomadisierenden Roma/Sinti sitzen, die an der Vorbereitung zur Verbesserung ihrer Lage beteiligt sind,
 - f) Gesetze so zu ergänzen, daß Fahrende die gleiche soziale Sicherheit und Gesundheitsfürsorge wie Ansässige erhalten.
8. Die Bundesregierung und die Länder sollen dafür sorgen, daß deutsche und europäische Roma/Sinti auf deutschen Campingplätzen Zutritt haben und der weithin praktizierte Rassismus, Roma/Sinti den Zutritt zu Campingplätzen zu verwehren, ein Ende findet.
9. In allen Ausschüssen und Institutionen, in denen Entscheidungen über Roma/Sinti getroffen werden, sollen Angehörige dieser Volksgruppe paritätisch beteiligt sein.
10. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird aufgefordert, Sprecher der Romani-Union zu einem Gespräch in Bonn zu empfangen.

1867 – Gesetz über die Freizügigkeit (Norddeutscher Bund)

§1 (1) Jeder Bundesbürger hat das Recht, innerhalb des Bundesgebietes: 1. an jedem Ort sich aufzuhalten oder niederzulassen... 3. umherziehend oder an dem Ort des Aufenthalts, bzw. der Niederlassung, Gewerbe aller Art zu betreiben, unter den für Einheimische geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

§3 (1) Insoweit bestrafte Personen nach den Landesgesetzen Aufenthaltsbeschränkungen durch die Polizeibehörde unterworfen werden können, behält es dabei sein Bewenden. (2) Solchen Personen, welche derartigen Aufenthaltsbeschränkungen in einem Bundesstaate unterliegen, oder welche in einem Bundesstaate innerhalb der letzten zwölf Monate wegen wiederholten Bettelns oder wegen wiederholter Landstreicherei bestraft worden sind, kann der Aufenthalt in jedem anderen Bundesstaate von der Landespolizeibehörde verweigert werden.

1926 – Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen (Land Bayern)

Aus der Begründung des Gesetzes: „Diese Leute sind von Natur aus gegen jede Arbeit und vertragen besonders keine Beschränkung ihres Nomadenlebens; es trifft sie daher nichts schwerer als eine Freiheitsberaubung, die mit Arbeitszwang verbunden ist.“ Das Gesetz sah vor: Erlaubnispflicht des Umherziehens, Schulpflicht der Kinder, Verbot des Besitzes von Schusswaffen, Verbot des Reisens und Rastens in Horden, sofortige Anmeldung bei den Ortspolizeibehörden und Hinterlegung der Papiere, Aufenthaltsbeschränkungen und Reiseauflagen, Möglichkeit der Ausweisung von Personen ohne bayerische Staatsangehörigkeit, Möglichkeit der Einweisung von Personen über

16 Jahren ohne geregelte Arbeit ins Arbeitshaus.

1937 – Grunderlaß „über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“

„In polizeiliche Vorbeugehaft (d.h. KZ) kann genommen werden, wer ohne Berufs- und Gewohnheitsverbrecher zu sein, durch sein asoziales Verhalten die Allgemeinheit gefährdet.“

1938 – Runderlaß „Bekämpfung der Zigeunerplage“

„Die Regelung der Zigeunerfrage (ist) aus dem Wesen der Rasse heraus in Angriff zu nehmen... alle seßhaften und nichtseßhaften Zigeuner (sind) ... zu erfassen“, um „die Rassenzugehörigkeit ... festzustellen“. Dazu waren „alle Zigeuner ... erkenntnisdienstlich zu behandeln“. Neue Ausweispapiere „für Zigeuner“, für „Zigeunermischlinge“ und für „nach Zigeunerart umherziehende Personen“ wurden eingeführt.

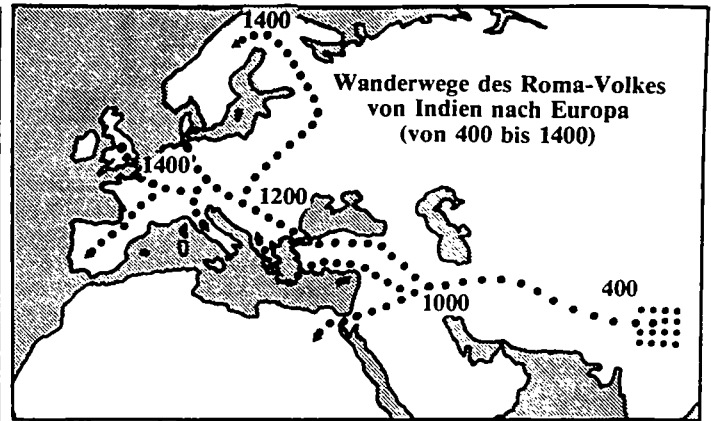
1939 – Festsetzungserlaß

Erfassung und Zählung aller „Zigeuner“ und „Zigeunermischlinge“ mit der Auflage, den jetzigen Wohnsitz oder Aufenthaltsort nicht zu verlassen unter der Androhung der Einweisung in ein Konzentrationslager. Einrichtung von Sammellagern „für Zigeuner“. Sämtliche Wandergewerbescheine werden eingezogen.

1949 – Grundgesetz der BRD

Art. 3 (Gleichheit vor dem Gesetz) (...) (3) Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Art. 11 (Freizügigkeit) (...) (2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen,



Zur Lage der Zigeuner in Europa

Empfehlungen des Europarats Nr. 563 vom 30.9.1969

1. Der Europarat stellt fest, daß die Lage der Zigeuner in Europa sich durch die schnellen Wandlungen der modernen Gesellschaft wesentlich verschlechtert. Den Zigeunern und anderen Nomaden werden viele Möglichkeiten für die Ausübung ihrer Berufe und überlieferten Handwerke genommen. Ihre Behinderungen in Bezug auf die Schulbildung und auf die Berufsausbildung werden immer schwerer. (...)

3. Der Europarat ist zutiefst betroffen von der Tatsache, daß oft Bemühungen um eine Verbesserung dieser Lage gescheitert sind an der Verunglimpfung der Zigeuner, weil sie einer besonderen ethnischen Gruppe angehören. Das widerspricht der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, (verkündet von den Vereinten Nationen am 10.12.1948).

4. Der Europarat beobachtet, daß das Fehlen von entsprechend ausgestatteten Wohnwagenplätzen oder Wohnhäusern sowie von Arbeitsplätzen und von schulischen Einrichtungen für Zigeuner und andere Nomaden häufig Zusammenstöße zwischen den Fahrenden und Seßhaften ausgelöst hat. (...)

6. Der Europarat sieht, daß der Bildungsmangel, der vor allem eine Folge des Umherziehens der Zigeuner und Nomaden ist, über deren wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse hinaus weitergehende Folgen für ihre Lebensführung und für ihr soziales Klima hat. Diese Rückwirkungen können langfristig die Eingliederung in die moderne europäische Gesellschaft und ihre Aufnahme als gleichberechtigte Bürger verhindern. (...)

len, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

1953 – Landfahrerordnung (Land Bayern)

Art. 1 (1) Landfahrer im Sinn dieses Gesetzes ist, wer aus eingewurzelterm Hang zum Umherziehen oder aus eingewurzelter Abneigung gegen eine Seßhaftmachung mit Fahrzeugen, insbesondere mit Wohnwagen oder Wohnkarren, oder sonst mit beweglicher Habe im Land umherzieht. (...)

Art. 2 (1) Landfahrer bedürfen zum Umherziehen mit Fahrzeugen, insbesondere mit Wohnwagen oder Wohnkarren, der Erlaubnis der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde. (...)

Art. 6 (1) Landfahrer, die im Familienverband oder in einer Horde umherziehen, müssen in einem gemeinsamen Landfahrerbuch eingetragen sein (...)

Art. 7 (1) Landfahrer dürfen nur an Plätzen, die ihnen vom Gemeinderat angewiesen werden, ... für die vom Gemeinderat bestimmte Zeitdauer unter freiem Himmel lagern oder ihre Fahrzeuge aufstellen... (3) In gemeindefreien Gebieten ist Landfahrern das Lagern und das Aufstellen von Fahrzeugen verboten. (...)

1980 Gewerbeordnung (Reisegewerbe)

§ 57a Weitere Versagungsgründe. (1) Die Reisegewerbekarte kann dem Antragsteller versagt werden, wenn er, ... 4. im Geltungsbereich des Vertrags zur Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 766) keinen festen Wohnsitz hat oder 5. ein oder mehrere Kinder besitzt, für deren Unterhalt und sofern sie im schulpflichtigen Alter stehen, für deren Unterricht nicht genügend gesorgt ist.

Neufassung (rrat am 1.3.80 in Kraft

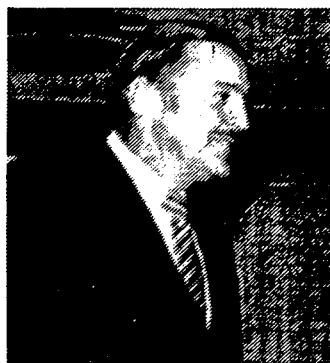


Kulturreform von oben in Afghanistan

Die Organe des Staates und der regierenden Demokratischen Volkspartei in Afghanistan sollen nach dem Muster der UdSSR umorganisiert werden. Ein Oberster Sowjet, ein Präsidium, ein Zentrales Komitee und ein Politbüro werden geschaffen, ein Zerrbild einer kommunistischen Partei wird aufgebaut. Schwerwiegend für die Zukunft ist, daß die Ausbildung der Jugend strikt nach den imperialistischen Interessen der UdSSR ausgerichtet wird. Die Lehrpläne werden völlig verändert. In der Grundschule z.B. treten an die Stelle von Heimatkunde Phrasen über die Solidarität von Studenten, Arbeitern und Bauern. Um die Auffassungen der nächsten Generation in Afghanistan zu beherrschen, sind bereits zahlreiche Jugendliche in die UdSSR verfrachtet worden. Sie sollen dort eine drei- bis vierjährige Ausbildung erhalten und nach ihrer Rückkehr als Agenten der Besatzungsmacht einsetzbar sein. Die afghanischen Lehrer wurden vor die Wahl gestellt, der Staatspartei beizutreten oder gefeuert zu werden. Der Versuch, Spezialisten aus der UdSSR als Lehrkräfte für Medizin einzusetzen, stieß auf heftigen Widerstand der Auszubildenden. Schlechte Aus-

USA: Neokolonialer Namibia-Plan

Demonstrativ bekundeten Reagan und Haig letzte Woche gegenüber dem südafrikanischen Außenminister Pik Botha (Bild) die US-Unterstützung für das Rassistenregime. Zweck seines US-Besuchs – des ersten seit 1978, als Carter unter dem Druck der Staaten der Dritten Welt offiziell Abstand gegenüber Südafrika nehmen mußte: Verstärkung der militärischen und atomaren Aufrüstung des Rassistenregimes und Ausarbeitung einer neokolonialen Lösung für Namibia, das Südafrika mit 30000 Soldaten besetzt hält. Entgegen der UN-Sicherheits-



ratsresolution, die den sofortigen Abzug der Truppen Südafrikas und die Durchführung von freien Wahlen in Namibia unter UN-Kontrolle vorsieht, verlangen die US-Imperialisten zusammen mit der BRD,

Frankreich, GB und Kanada zuerst Verfassungs- und Besitzgarantien für die weiße Minderheit (100000 von 1 Mio. Einwohnern) und die imperialistischen Bergwerkskonzerne. Die afrikanische Bevölkerung soll durch Verfassungsprivilegien für die Stämme gespalten, ein Wahlsieg der Befreiungsorganisation SWAPO so verhindert werden. Die westlichen Imperialisten wollen noch im Mai mit den Frontstaaten Angola, Botswana, Sambia, Tansania und Zimbabwe und mit Nigeria über diesen Plan verhandeln. Die USA erwägen, den Abzug kubanischer Truppen aus Angola zur Vorbedingung jeder Namibia-Lösung zu machen.

sichten für den sowjetischen Plan, das Gesundheitswesen mit dem in Tadschikistan zu verknüpfen.

Volksabstimmung zu EG-Austritt erst 1982

Die grönländische Regierung hat die Volksabstimmung über den Austritt aus der EG um ein Jahr auf Februar 1982 verschoben. Dänemark mußte dem als Kolonie mißbrauchten Land 1979 die innere Selbstverwaltung zugestehen, will sich aber Grönlands Fisch, Öl und Uran nicht entgehen lassen. Ministerpräsident Joer-

gensen erklärte, Dänemark werde das mit dem EG-Austritt in Grönlands Finanzen entstehende Loch nicht füllen. Ein Austritt sei frühestens 1984 möglich. Grönlands Vertreter Motzfeldt schlug Verhandlungen über Projekte vor, die durch den Austritt betroffen wären.

AKP-Staaten fordern höheren Zuckerpreis

Die der EG assoziierten Staaten verlangen „einen wesentlich höheren Preis“ für den Rohzucker, den sie an die EG liefern. Hugh Shearer, Außen-

minister Jamaicas und derzeitiger Sprecher der AKP-Staaten, kündigte „harte Verhandlungen“ im Juli mit der EG an. Jamaica z.B. erwartet allein für 1981 45 Mio. \$ Verlust in der Zuckerproduktion, obwohl der EG-Preis noch über dem Weltmarktpreis liegt. Von 230000 t Jahresproduktion liefert Jamaica 120000 t unter dem EG-Zuckerabkommen an Großbritannien, die frühere Kolonialmacht, während das Land selbst 95000 t verbraucht. Jamaicas Zuckerplantagen wurden ursprünglich von kolonialen Gesellschaften bzw. britischen Siedlern zur billigen Versorgung des britischen Marktes gegründet.

Arabische Staaten gegen Zionistenaggression

Die US-Presse unkt: Der Versuch, Saudi-Arabien, Jordanien und die Golfstaaten unter US-Flagge zu sammeln, sei gescheitert. Ohne die SU, seit Camp David von den USA aus allen Nahostverhandlungen ausgeschaltet, sei keine „Lösung“ möglich. – Dabei hatte sich der US-israelische Plan zur Teilung des Libanon und Vernichtung der PLO so gut angelenken: Die von den Zioni-

sten ausgerüsteten christlichen Milizen verstrickten syrische Truppen, die auf Beschluß der Arabischen Liga den Waffenstillstand im Libanon garantieren, in heftige Kämpfe. Zum „Schutz“ der Christen drohte Israel mit Eingreifen und schoß zwei syrische Hubschrauber über dem Libanon ab. Aber als Syrien daraufhin Flugabwehrraketen im Libanon stationierte, löste Israel

mit der offenen Kriegsdrohung gegen Syrien die Unterstützung der arabischen Staaten (Ausnahme Ägypten) für Syrien aus, die es gerade hatte verhindern wollen. In Israel selbst wächst der Widerstand gegen die Aggressionspolitik: 3000 demonstrierten am Wochenende (Bild). – Die SU, mit Syrien durch einen Freundschaftsvertrag verbunden, hat einen Hubschraubeträger vor die libanesische Küste geschickt. Die USA entsandten zwei Flugzeugträger und einen Sonderbotschafter. Syrien hat es abgelehnt, auf die US-israelischen Erpressungen zur „Lösung der Krise“ einzugehen: Abzug der syrischen Raketen, ungehinderte israelische Beobachtungsflüge und Bombardements gegen Palästinenserlager. Die arabischen Staaten – Saudi-Arabien finanziert die syrischen Waffenstillstandstruppen – wollen eine Konferenz der Arabischen Liga einberufen.

Zimbabwe: Kontrolle der Bergbaukonzerne

Die Regierung von Zimbabwe will die Tätigkeit der imperialistischen Bergbaukonzerne kontrollieren und den Bergarbeitern Mitsprache über Unternehmensentscheidungen und Anteil an den Gewinnen garantieren. Das erklärte Ministerpräsident Mugabe am 1. Mai in Salisbury vor 30000 Arbeitern. „Gegenwärtig ist die Regierung auf Berichte der Bergbaugesellschaften über Förderung und Verkäufe angewiesen ... Das ist nicht gut so. Wir wollen selbst sehen, ob es wahr ist, daß so viel Kupfer gefördert wurde. Wir wollen in dem Geschäft sein ... Die Arbeiter müssen in der Betriebsleitung vertreten sein. Sie müssen die Profite kennen, damit sie mit dem Management entscheiden können, welchen Gewinnanteil sie bekommen.“



Irland

Großbritannien fordert Irlands NATO-Mitgliedschaft

Mitglieder der Europäischen Menschenrechtskommission werden erneut die Haftbedingungen im britischen Maze-Gefängnis in Nordirland untersuchen. Das ist eine Auswirkung des seit dem 1. März geführten Hungerstreiks irisch-republikanischer Gefangener (s. Pol. Ber. 10/81, S. 30).

Die britische Labour-Partei hat sich in der letzten Woche zum erstenmal für eine grundlegende Änderung der Nordirland-Politik ausgesprochen. Tony Benn, Anführer der Labour-Linken, trat am 12. Mai für den Abzug britischer Truppen aus Nordirland und den Einsatz einer UN-Friedenstruppe ein. Der frühere Nordirland-Minister kritisierte Benn dafür, sagte aber selbst, die Labour-Partei werde sich nicht mehr an die Garantie für nordirische Protestanten gebunden fühlen. In dieser Garantie hatte die Labour-Partei den protestantischen Organisationen in Nordirland zugesagt, einer Wiedervereinigung Nordirlands mit der Republik nicht gegen ihren Willen zuzustimmen.

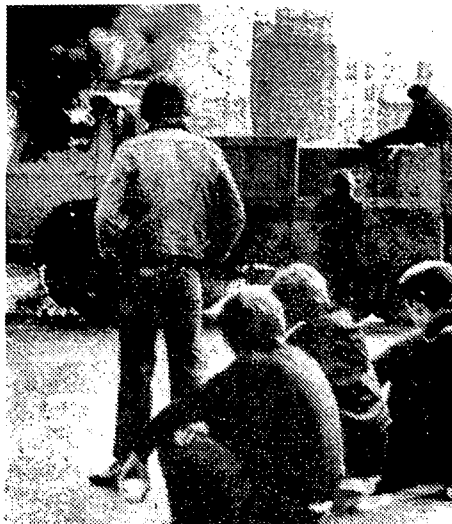
Die Labour-Äußerungen werden von diskreteren, aber trotzdem deutlichen Sorgen in der konservativen Regierungspartei und der konservativen Presse begleitet. Ulster sei unregierbar, bemerkte die „Financial Times“ und forderte irisch-britische Kooperation bei der Lösung des „Problems“.

Das „Problem“ ist für die britischen Imperialisten: die fortdauernde Besetzung des Nordens Irlands, des willkürlich und künstlich 1922 abgetrennten Teils des Landes, mit dem Großbritannien ganz Irland wirtschaftlich und politisch in Schach hält. Die Besetzung ist trotz der „loyalen“ protestantischen Mehrheit in Nordirland (66%) nur unter hohen Kosten mehr schlecht als recht aufrechtzuerhalten. Die Kosten sind nicht nur finanziell, die politischen Kosten in Europa und den USA durch die Unterdrückung des Befreiungskampfes sind beträchtlich. Außerdem wächst die Zahl der britischen Soldaten, die wegen Nordirland den Dienst quittieren, und das mit gutem Grund: Erst letzten Dienstag sprengte die IRA einen Armee-Panzerwagen mit fünf Soldaten in die Luft.

Andererseits kann Großbritannien nicht auf Irland verzichten. Die Kolonisierung Irlands bezweckte die Verwandlung des Landes zur „Viehweide Englands“, zum Lieferanten für billiges Rindfleisch, Milchprodukte und Arbeitskräfte. Noch immer ist England der Hauptabnehmer irischer Landwirt-

schaftsprodukte, und englisches Kapital ist an der Ausbeutung irischer Arbeiter führend beteiligt.

Seit 1972 ist Irland wie Großbritannien in der EG, und das bietet bereits eine Menge neuer Einmischungsmöglichkeiten. Gefährlich für die Imperialisten bleibt aber Irlands militärische Neutralität. Die Republik war während



Brennender britischer Panzerwagen. — Besatzungssoldaten verschießen Gummii- und Tränengasgeschosse.

des zweiten Weltkrieges neutral und mußte sich sogar auf britische Wiederbesetzungspläne vorbereiten, mit denen die USA und Großbritannien die Atlantikhäfen für die Nachschubkonvois öffnen wollten. Nach dem zweiten Weltkrieg versuchten die USA, Irland in die NATO zu drücken. Außenminister Sean McBride antwortete: „Jede militärische Allianz mit Großbritannien oder jedes Engagement, das uns zu gemeinsamen militärischen Aktionen mit dem Staat verpflichtet, der für die unnatürliche Teilung Irlands verantwortlich ist, der einen Teil unseres Landes mit seinen Streitkräften besetzt hält und der undemokratische Institutionen im Nordosten Irlands unterstützt, wäre dem irischen Volk vollkommen widerlich und inakzeptabel.“

Die Beendigung der Neutralität ist Ziel der gegenwärtigen britischen Irlandpolitik. Thatcher warf Premierminister Haughey bei ihrem Zusammentreffen im Dezember in Dublin den Köder hin: Eine irische Föderation unter Einschluß Nordirlands sei möglich, wenn es a) Garantien für die Protestanten gäbe und b) Irland entweder der NATO beitrete oder einen besonderen britisch-irischen Verteidigungspakt unterzeichnen würde.

In der irischen Bourgeoisie findet der Plan einige Unterstützung; Offiziere der (südirischen) Armee sagten schon vor einem Jahr jedem, der es hören wollte, bald sei man in der NATO. Premierminister Haughey ist den Plänen ebenfalls nicht abgeneigt.

Dagegen gibt es aber eine starke Opposition innerhalb Haugheys eigener Partei und außerhalb des Parlaments, vor allem bei den republikanischen Organisationen. Mehrere Parlamentsabgeordnete wie auch die Provisorische Sinn Fein lehnen Mitgliedschaft in der NATO und Bündnis mit Großbritannien strikt ab und fordern eine Orien-



tierung an der Dritten Welt und Mitgliedschaft in der Blockfreienbewegung. Die gegenwärtigen schweren Kämpfe in Nordirland und die viehische Behandlung republikanischer Gefangener durch die Regierung Thatcher haben den Verhandlungsprozeß zwischen Dublin und London zum Stillstand gebracht. Auch deswegen denkt Thatcher über Konzessionen nach.

Wahlen Niederlande Offener Angriff auf die Arbeiterbevölkerung

Rechtzeitig vor den Parlamentswahlen am 26. Mai meldete der Präsident der Niederländischen Bank Zijlstra unmißverständlich Forderungen der Finanzbourgeoisie an: 1. „Mäßigung“ bei den Löhnen zugunsten der maßlosen Akkumulationsbedürfnisse der Kapitalisten; 2. Senkung der Sozialversicherungszahlungen zwecks Verwandlung von Millionen und Milliarden Gulden aus Revenue der Arbeiterbevölkerung in Kapital. — Der Vorsitzende des

Christlichen Unternehmerverbandes präzierte wenig später die Gebote christlicher Demut: Renten, Arbeitslosengeld und andere Sozialversicherungszahlungen dürften nicht weiter an die Lohnentwicklung gebunden, sondern müßten überproportional gesenkt werden; die von den Gewerkschaften geforderte Verkürzung der Arbeitszeit komme nicht in Frage, doch wünsche man die Ausweitung der Teilzeitarbeit.

Um den guten Willen der bürgerlichen Parteien brauchen sich die Bourgeois nicht zu sorgen. Vor allem die Parteien der Reaktion, die CDA und die VVD, die die Regierung unter Ministerpräsident van Agt stellen, hatten diese Forderungen von vorneherein zu ihrem Wahlprogramm gemacht. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Löhne 1981 um 3% für die untersten Gruppen und bis zu 6% für die höheren zu *senken*. Da die gesetzlichen Mindestlöhne und in ihrem Gefolge die Renten usw. jeweils zum 1.1. und zum 1.7. neu festgelegt werden, wollten sie dann auch mit der Verwirklichung ihres Wahlprogramms nicht bis zur Zeit nach der Wahl warten: In diesen Tagen verkündete die Regierung die Erhöhung der Mindestlöhne zum 1. Juli um 2,3%, der Witwenrenten um 1% und der Altersrenten um 0,5% – bei einer halbjährlichen Inflation von über 3%. Ob sie nach den Wahlen gegebenenfalls die Lohnindexierung ganz oder teilweise außer Kraft setzt, ob sie tarifliche Lohnerhöhung per Gesetz verbietet, macht sie ausdrücklich allein davon abhängig, ob der Druck des Arbeitslosenheeres (z.Zt. 345000) auf den Lohnstandard ausreicht – oder nicht. Zusammen mit dem *Beschluß* über die Erhöhung der Benzinsteuer um 3 Cents gab sie ihre *Absicht* bekannt, nach der Wiederwahl die Mehrwertsteuer anzuhäben.

Die „Meinungsumfragen“ prognostizieren den Parteien der Regierungskoalition zwar Verluste, aber dennoch den Wahlsieg. Tatsächlich auch unterscheidet sich das Wahlprogramm der sozialdemokratischen PvdA, der größten Parlamentspartei, nur wenig von den der Reaktion. Trotz gelegentlicher Äußerungen ihres Parteivorsitzenden den Uyl, daß die „Kaufkraft“ der *Mindestlöhne* erhalten werden müsse, erklären auch die Sozialdemokraten frank und frei, daß eine allgemeine Lohnsenkung unvermeidbar sei. Mit dem Ziel der Lohnsenkung tritt auch die vierte größere, die liberale Partei D'66, im Wahlkampf an.

Die Arbeiterbewegung hat bereits in den letzten Jahren schwere Niederlagen hinnehmen müssen; sie hatte Gesetze, die das Tarifrecht außer Kraft setzen, Einschränkungen der Lohnindexierung, Senkung der Sozialversiche-

rungszahlungen, Erhöhung der Steuern nicht verhindern können, obwohl sie gekämpft hat. Die Gewerkschaften sind in einer Krise. Die Industriergewerkschaft FNV verliert z.Zt. monatlich 1000 Mitglieder, die FNV-Gewerkschaft im öffentlichen Dienst 1000 allein in Amsterdam. Dies beflügelt die Reaktion zu weiteren, noch unverfrorenen Angriffen. Obwohl die Niederlande ein verhältnismäßig kleines Land sind, besteht kein Zweifel, daß ihr Erfolg die Kräfteverhältnisse zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie in der ganzen EG verändert. Die niederländische Bourgeoisie muß weltmeisterliche Leistungen in der Ausbeutung erreichen, will sie sich in der Konkurrenz halten und verbessern. Mit jedem ihrer Erfolge setzt sie der Konkurrenz auch Maßstäbe.

Spanien

Weichen für neuen Putsch werden gestellt

Während unter großer Empörung und Anteilnahme der Bevölkerung zwei von der Guardia Civil erschossene jungen Männer begraben wurden, sind die ersten 13 am Putsch beteiligten Offiziere und Soldaten schon wieder freigelassen. Bekanntlich konnte Tejero nach dem mißlungenen Putschunternehmen „Milchstraße“ den nächsten Putsch vom 23. Februar dieses Jahres in Amt und Würden vorbereiten. Ähnliches trifft gegenwärtig für große Teile der Armee und der Polizei zu.

Ende April wurden in der Zeitung „Diario 16“ Teile eines schriftlichen Berichts Tejeros über die Putschvorbereitungen veröffentlicht. Der Bericht, den Tejero in Haft verfaßt hat, wurde der Zeitung zugespielt. Die Regierung versuchte zunächst, seine Veröffentlichung zu verhindern. Tejero berichtet offenherzig über die Putschvorbereitungen der Drahtzieher Bosch und Armada, aber auch der verschiedensten amtierenden Generäle und Offiziere. Inzwischen wurde bekannt, daß die Regierung im Besitz einer Liste von 150 „Privatpersonen“ sein soll, die an der Vorbereitung beteiligt waren.

Der Bericht und seine öffentliche Debatte durch die Kräfte der Reaktion sind so angelegt, daß schließlich nahezu alle politischen Gruppierungen irgendwie beteiligt gewesen seien und andererseits dokumentiert werden soll, daß sie vom Parlament und der Linken nichts zu fürchten hätten. Über die internationale Rückendeckung des Putsches läßt sich Tejero aus, man habe der amerikanischen Regierung und dem Vatikan Mitteilung zukommen lassen. Deren Standpunkt sei gewesen, solange die Monarchie erhalten bliebe,

sei alles eine innerspanische Angelegenheit. Das war auch die erste öffentliche Verlautbarung Haigs nach dem Putschversuch. Außerdem seien die putschwilligen Kräfte für die NATO und den Eintritt Spaniens gewesen.

Während die Regierung Sotelo nicht müde wird, jegliche erneute Putschgefahr zu bestreiten, betreibt sie selbst putschartig den Eintritt Spaniens in die NATO. Vor seinem Besuch in der



Ca. 150000 demonstrieren am 1. Mai in Madrid.

BRD hatte Sotelo weder das Kabinet noch das Parlament über seine Gesprächsvorhaben im einzelnen unterrichtet. So konnte dann das spanische Parlament aus der gemeinsamen Pressekonzferenz von Schmidt und Sotelo erfahren, daß „Spanien“ schnellstmöglich in die NATO eintreten will, während sowohl die sozialistische PSOE wie die kommunistische PCE gegen einen Eintritt Spaniens in die NATO sind und die Sozialisten ein Referendum beabsichtigen.

Der Mobilisierung der Reaktion haben Sozialisten und Kommunisten und die Gewerkschaften Comisiones Obreras und UGT kein einheitliches Konzept entgegensetzen. Zwar haben beide Gewerkschaften gemeinsam zum 1. Mai aufgerufen, auf den Demonstrationen wurden Forderungen gegen den Eintritt in die NATO vertreten, aber die Beteiligung an den Demonstrationen war geringer als im letzten Jahr. Die PCE fordert vage eine konzentrierte Aktion aller Parteien, die PSOE fordert die eigene Regierungsbeitragung. Die Sozialisten haben für ein Gesetz zur „Sicherung der Demokratie“ gestimmt, das weitgehende Regierungsvollmachten enthält, die PCE hat sich enthalten. Die nationalistische baskische Partei hat dagegen gestimmt. Als große Gefahr für die Arbeiterklasse erweist sich das Fehlen einer Einheitsgewerkschaft. Nach Zahlen der Comisiones Obreras sind nur 18% der Lohnabhängigen gewerkschaftlich organisiert.

Japan

Sinken des Lohnstandards nicht gestoppt

Bis Mitte April waren die Entscheidungen in der japanischen Privatwirtschaft schon gefallen. Der Gewerkschaftsverband IMF-JC, der etwa zwei Millionen Mitglieder von Betriebsgewerkschaften der japanischen Stahl- und Metallindustrie vertritt, einigte sich mit den Kapitalisten auf eine Lohnerhöhung von knapp über 7% oder durchschnittlich 13500 Yen (= 140 DM) rückwirkend ab 1.4.

Gefordert hatte der IMF-JC 9,3% und war damit aus der Front mit den anderen Gewerkschaftsverbänden ausgeschieden, die sich für die Frühjahrsoffensive 81 auf eine 10%-Forderung als Mindestmarke geeinigt hatten. Die Gewerkschaften der Elektrizitätswerke schlossen mit ca. 7,7% oder 14300 Yen durchschnittlich ab, was gerade der Inflationsrate entspricht. Aber nach Abzug der steigenden Steuer- und Versicherungslasten beläuft sich die Nettoerhöhung nur auf 6%. Die Gewerkschaften der 280 größten japanischen Privatunternehmen schlossen bis Mitte April durchschnittliche Lohnerhöhungen von 7,62% ab.

Unter diesen Ausgangsbedingungen führten der Gewerkschaftsverband der Beschäftigten der Staatsbetriebe Korokyo (Eisenbahn, Post, Fernmeldewesen) und der Gewerkschaftsverband der Privatbahnen den für den 22. bzw. 23. April angesetzten zweitägigen Totalstreik nicht durch. Zwar standen die Privatbahnen am 22. für drei Stunden still, aber dann hatte sich die Verhandlungskommission unter Vorsitz eines staatlichen Schlichters geeinigt auf Lohnerhöhungen von 7,63% und eine Erhöhung der Zulagen um 1000 Yen ab Oktober. In derselben Höhe schloß gleich danach Korokyo für die Beschäftigten der Staatsbetriebe ab; die Regierung hatte ursprünglich 4,4% geboten. Der Präsident der japanischen Staatsbahnen triumphierte: „Das ist der glücklichste Tag in meiner Amtszeit.“ Seit 17 Jahren hatten die Arbeiter der Staatsbetriebe bislang jedes Jahr gestreikt und damit oft die Frühjahrsoffensive auch für die Gewerkschaften der anderen Branchen entschieden.

Nachdem schon im letzten Jahr die japanischen Kapitalisten und die Regierung die Gewerkschaften auf Abschlüsse festlegen konnten, die nach Angaben des Arbeitsministeriums bis jetzt 1,2% Reallohnsenkung gebracht haben, ist durch den Mißerfolg der diesjährigen Frühjahrsoffensive weiterer, noch stärkerer Lohnabbau sicher.

Die Regierung hat außerdem weitere Steuererhöhungen angekündigt.

Nicht bekannt ist, wie weit die Kapitalisten auf die Gewerkschaftsforderung nach Heraufsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre (s. Pol. Ber. 9/81) eingehen mußten, die der Vernutzung der alten, schon verrenteten Arbeiter zu Niedrigstlöhnen einen Riegel vorschoben soll.

Die Führer von sechs Industriegewerkschaftsverbänden haben jetzt eine Initiative angekündigt zur Einigung der japanischen Gewerkschaftsbewegung. Ein solcher Schritt ist notwendig, wie die Frühjahrsoffensive gezeigt hat.

Aber die Aufgabe ist gewaltig. Denn die Gewerkschaftsbewegung muß sowohl die politische Spaltung der Gewerkschaftsverbände, die verschiedenen bürgerlichen Parteien nahestehen, überwinden als auch die Masse der Niedriglöhner, die nicht zu den Stammarbeitern der Großbetriebe zählen oder in den zahllosen Kleinbetrieben arbeiten, organisieren.

Demokratisches Kampuchea ASEAN-Staaten für Konferenz am 1.7.1981

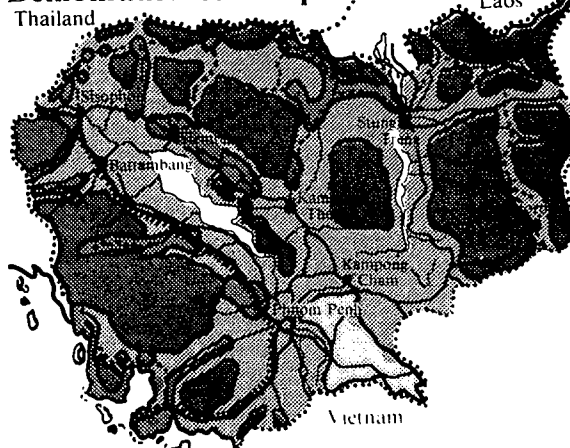
Mit dem April 1981 endete die dritte Trockenzeit seit Beginn der vietnamesischen Aggression gegen das Demokratische Kampuchea. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea stellte fest, daß sich mit dieser Trockenzeit eine Wende abzeichnet. Nach zwei harten Jahren, in denen das kampucheanische Volk um das nackte Überleben kämpfte, sind die Befreiungskräfte in mehreren Provinzen in die Offensive gegangen. Ihnen ist gelungen, die befreiten Gebiete an der thailändischen Grenze und weiter im Osten zu verbinden. Durch Vertreibung der vietnamesischen Truppen aus ihren Stellungen, die ihnen auch als Basis zum Drangsaliern der Zivilbevölkerung gedient hatten, erreichten sie, daß sich die Be-

wohner den Befreiungstreitkräften anschließen konnten. Allein in der Provinz Battambang, wo ein 3000 Quadratkilometer umfassendes Gebiet befreit wurde, verstärkten sich die Befreiungskräfte um 800 Menschen.

In Zusammenarbeit mit Guerillas zerstörten die kampucheanischen Streitkräfte zahlreiche Brücken und Befestigungen der vietnamesischen Armee, verbrannten ihre Fahrzeuge und eroberten Waffen. Sie konnten die Kräfte der vietnamesischen Aggressoren so breitflächig binden, daß diese zu ihrem geplanten massiven militärischen Angriff nicht instande waren. Umso grausamer ist die vietnamesische Führung in der Wahl der Kampfmittel. Das Außenministerium des Demokratischen Kampuchea hat sich erneut an die UNO gewendet, insbesondere, um sie aufzufordern, Schritte gegen die Anwendung chemischer Waffen schleunigst zu ergreifen. Die vietnamesischen Truppen benutzen chemische Kampfstoffe, die tödlich wirken, wenn die Betroffenen nicht alsbald in ein Krankenhaus gebracht werden können. Zudem versuchen sie damit Seen, Sümpfe und Wälder, aus denen die kampucheanischen Dorfbewohner Nahrung und Material beziehen wie Fisch, wildes Gemüse und Bambus.

Anfang Mai haben sich die Außenminister von Malaysia, Singapur und Thailand für den Plan der Regierung des Demokratischen Kampuchea, eine breitere Einheitsfront zu bilden, ausgesprochen und ihre Billigung aller Mittel erklärt, die die Kampucheaner selber ergreifen würden, um die Vietnamesen zu vertreiben; sie rechnen mit dem Zustandekommen der Front, die die Kräfte von Son Sann, Sihanouk und den Roten Khmer umfassen soll mit Beginn der UNO-Vollversammlung im September. Die ASEAN-Staaten bekräftigten ihre Unterstützung für das Demokratische Kampuchea und verlangten, daß die internationale Konferenz über den Abzug der vietnamesischen Truppen am 1. Juli beginnt.

Demokratisches Kampuchea



Militärische Lage im Februar 1981

(Nach der vom Oberkommando der Nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea veröffentlichte Karte)

- umkämpfte Gebiete
- Guerillagebiet
- durch das Demokratische Kampuchea kontrollierte Gebiete

vorläufig vom Feind kontrollierte Zone

El Salvador

Entsendung von US-Interventionstruppen in Vorbereitung

Die US-Regierung werde sich Verhandlungen, die zu einer neuen Regierung in El Salvador führten, entschieden widersetzen; allenfalls zu den politischen Bedingungen der Militärjunta könne verhandelt werden, erklärte Reagan in der ersten Mai-Woche. Wischnewski, bewährt als Spezialagent für auswärtige Interessen der Bonner Regierung, hatte im Auftrag der Sozialistischen Internationale der Junta einen Verhandlungsvorschlag der Demokratischen Revolutionären Front übergeben. Die US-Regierung verlangt dagegen die Niederschlagung der Volksbewegung: „Erst muß der Krieg zu Ende geführt werden“, und trifft Vorbereitungen zum Übergang zur Intervention mit Truppen.

Mit der Großoffensive der revolutionären

Kräfte zu Beginn des Jahres sind einige Gebiete und Städte der Kontrolle der Regierung in gewissem Umfang entzogen worden. Die Regierungstruppen konnten zwar den Sturz der Junta verhindern und sind inzwischen zu Ausrottungsoperationen gegen die Guerilla, gegen die Bevölkerung ganzer Ortschaften und Flüchtlingszüge übergegangen. Sie können aber die Guerillakräfte nicht vernichtend treffen. Eine Konzentration ihrer Kräfte an einer Stelle verschafft den Volksstreitkräften Spielraum an einer anderen. Nur über erhebliche zusätzliche militärische Kräfte rechnen sich die US-Imperialisten und ihre Junta einen militärischen Sieg aus. Und das um so dringlicher, als die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes (ca. 50% Arbeitslosigkeit, Höchststand an Konkursen)

die Basis der Junta ständig verringert.

Die US-Regierung hat daher die Wirtschaftshilfe (126 Mio. \$ in diesem Jahr) und die Militärhilfe (34 Mio.) erheblich erhöht. Die Juntatruppen wurden mit modernen Kampfhubschraubern und Kommunikationsmitteln ausgerüstet. Amerikanische Berater stellen bereits ein starkes Zehntel des oberen Offizierskörpers und bauen mit der „Brigade Atlacatl“ eine spezielle Truppe gegen die Guerillakräfte auf. Massaker an der Bevölkerung sind seit Monaten an der Tagesordnung. In den USA wurden spanischsprechende, für den Salvador-Einsatz taugliche Marineinfanteristen aufgefordert, sich für eine Mobilisierung bereitzuhalten. Mit der Absicht, die revolutionäre Bewegung El Salvadors von der Unterstützung durch Nachbarländer abzuschneiden, wurden alle amerikanischen Kreditzusagen an Nicaragua gestrichen.

Nicht mehr umhin können die US-Imperialisten aber mit dem Widerstand gegen die Aggression und Intervention

Revolutionär-demokratisches Programm, 1980

Im Januar 1980 einigten sich die in der Revolutionären Koordination der Massen zusammengeschlossenen Organisationen auf ein „Programm der Revolutionären Demokratischen Regierung“, dem sich auch die Revolutionäre Demokratische Front anschloß. Darin heißt es u.a.:

I. Politische Sofortmaßnahmen.

1. Schluß mit der Repression gegen das Volk in allen Formen und Freiheit der politischen Gefangenen ...
3. Entwaffnung und tatsächliche Auflösung der Repressionsorgane ...



Farabundo Martí, Führer des blutig unterdrückten Aufstands, 1932.

5. Die Kommunalverwaltung wird wieder eingeführt als ein Organ der breiten Teilhabe der Massen an der Führung des Staates, ein echtes Organ der neuen Volksmacht ...

7. Stärkung und Entwicklung des Volksheeres ...

9. ... Unser Land wird Mitglied der Bewegung der Blockfreien Länder werden und wird dort eine Politik des unwiderruflichen Festhaltens an der Verteidigung des Weltfriedens und für die Entspannung führen.

II. Strukturelle Veränderungen.

1. Das gesamte Bank- und Finanzwesen nationalisieren ...
2. Den Außenhandel nationalisieren.
3. Die Stromversorgung und die entsprechenden in privater Hand befindlichen Produktionsunternehmen nationalisieren.
4. Die Erdölraffinerie nationalisieren.
5. Gemäß dem nationalen Nutzen die Enteignung der Monopolbetriebe in Industrie, Handel und Dienstleistung verwirklichen.
6. Eine grundlegende Landreform verwirklichen, die das Land, das sich bisher in Händen einiger Großgrundbesitzer befindet, den großen Massen zur Verfügung stellen wird, die es bearbeiten. Dies wird nach einem wirksamen Plan geschehen, der die große Mehr-

heit der armen und mittleren Bauern und der bezahlten Landarbeiter begünstigt und die Produktionsentwicklung in Landwirtschaft und Viehzucht fördert ...

8. Das Steuersystem von Grund auf so umgestalten, daß die Zahlung von Abgaben die Arbeiter nicht verschuldet. Indirekte Abgaben auf Waren und Dienstleistungen des Massenkonsums werden gesenkt ...

10. Ein System der wirksamen Planung der nationalen Wirtschaft einrichten, das eine ausgeglichene Entwicklung ermöglicht.

III. Maßnahmen im sozialen Bereich. (Darunter solche gegen die Arbeitslosigkeit, für Erhöhung der Löhne, Wohnungsbau, Gesundheitsdienst, Alphabetisierung, Schulwesen, Kultur).





Kundgebung vor dem Weißen Haus. 500 Gegendemonstranten (rechts im Bild) können gegen die 100000 Teilnehmer nichts ausrichten.

in den USA selber. Im März hatte die Hafenarbeitergewerkschaft ILWO alle Verladungen nach El Salvador boykottiert, um Waffenlieferungen zu unterbinden. Von Solidaritätskomitees, Gewerkschaftsgruppen, Farbigenorganisationen, studentischen und kirchlichen Gruppen wurde Anfang Mai vor dem Weißen Haus eine Kundgebung gegen die Aggression, gegen Aufrüstung und Streichungen im Sozialhaushalt mit 100000 Teilnehmern durchgeführt. Einen Massenprotest solchen Umfangs hatte es seit den Aktionen gegen die US-Aggression in Südostasien nicht mehr gegeben. Es ist der Reagan-Regierung nicht gelungen, demgegenüber eine Stimmung für Intervention zu schaffen.

Um die weitere Strategie der Demokratischen Revolutionären Front (FDR) – ihr gehören neben den revolutionären und Guerillaorganisationen auch Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und Teile der Christdemokratie an – findet zwischen den in der „Befreiungsfront Farabundo Martí“ (FMLN) zusammengeschlossenen Guerillaorganisationen eine Debatte statt. Sie sind sich einig, daß ein rascher militärischer Sieg angesichts der US-Einmischung nicht möglich ist.

Die Mehrzahl der Guerillaorganisationen befürwortet, soweit aus den erhältlichen Dokumenten ersichtlich, einen sofortigen Friedensschluß und eine „politische Lösung“. Ein militärischer Sieg der Revolution sei nicht möglich. Die USA und die Junta seien zum Völkermord am salvadorianischen Volk übergegangen, und alle Salvadorianer, einschließlich Kapitalisten und Grundbesitzer, hätten ein Interesse an sofortigem Frieden. Die nationale Katastrophe, die mit einer offenen US-Intervention drohe, mache ein Bündnis bis hin zu den Grundbesitzern möglich. Sie verlangen Beteiligung an der Regierung und Isolierung der rechten Militärs und des jetzigen Regierungschefs Duarte. Sie appellieren an die Kapitalisten, daß nur mit Einbeziehung der

FDR in die Regierung der Wirtschaftskrise ein Ende gemacht werden könne. In diesem Sinne erklärte ein Kommandant der Guerillaorganisationen: „Wir glauben, daß wir eine wahrhaft demokratische Regierung bilden können, die im Bewußtsein, daß unsere Zukunft uns gehört, aus dem ganzen Volk bestehen würde: den Arbeitern, den Bauern, den Kapitalisten und den Landbesitzern.“

Dagegen halten die Volksbefreiungskräfte (FPL), die größte der Guerillaorganisationen, an der Strategie des langandauernden Volkskrieges zum Sturz der Regierungsjunta und zur Eroberung der Macht durch die in der FDR zusammengeschlossenen Organisationen des Volkes fest. Dazu erklärte ein Vertreter dieser Organisationen: „Wie Sie feststellen können, befinden sich viele Städte hier unter der Kontrolle der Guerilleros. Der Feind kann hier keine Erfolge verzeichnen, weil er über keine Unterstützung verfügt.“ Und: „Unser Kampf wird kurz oder ausgedehnt sein, je nach dem Ausmaß, in dem wir die Intervention des US-Imperialismus besiegen. Wir sind jedoch davon überzeugt, daß wir trotz der Härten keine Konzessionen im Hinblick auf unsere Prinzipien machen werden.“

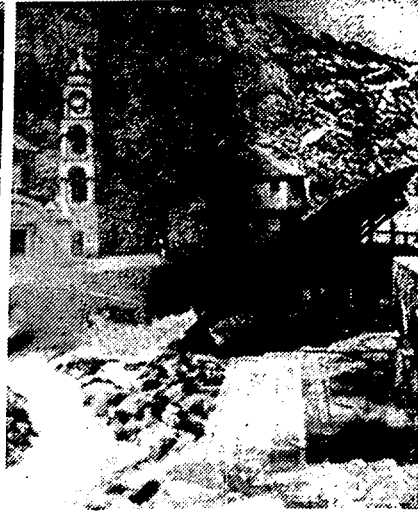
EG-Kodex Südafrika Vertuschungsmühen der Bundesregierung

Zum zweiten Mal hat Anfang April die Bundesregierung über die Anwendung des EG-Verhaltenskodex für Firmen aus der EG in Südafrika berichtet. Dieser Kodex von 1977 enthält als hauptsächliche Empfehlungen: Anerkennung von Vertretungsorganen der schwarzen Arbeiter; gleicher Lohn für gleiche Arbeit; gleiche Aufstiegschancen; Mindestlohn 50% über dem Existenzminimum; Beseitigung der Rassentrennung in den Betrieben. Die Kapitalisten sind zu jährlicher Berichterstattung aufgefordert.

Die EG-Außenminister hatten mit dem Kodex auf die Kämpfe der schwarzen und farbigen Arbeiterbevölkerung und auf die Kritik der Länder der Dritten Welt an den Südafrikageschäften der imperialistischen Konzerne und Regierungen reagiert. Der Kodex verunmöglicht diese Geschäfte keineswegs, er macht ihnen in Form von Empfehlungen bestimmte Auflagen. Die in Südafrika tätigen westdeutschen Konzerne – und kaum einer mit Rang und Namen hat sich dort nicht festgesetzt – machen kaum Anstalten, den Empfehlungen nachzukommen. Ein Teil von ihnen berichtet erst gar nicht. Die anderen wie auch die Bundesregierung, die die Berichte zusammenfaßt, verfahren nach dem Strickmuster: Allenthalben erfreuliche Fortschritte, aber leider noch kein Idealzustand. Bei der Rassentrennungspolitik der Regierung in Pretoria könne man aber auch nicht, wie man gern wolle.

Es läßt sich aber nicht vertuschen: Nur fünf der westdeutschen Konzernableger, die nämlich durch Streik-kämpfe dazu genötigt wurden, haben bisher schwarze Gewerkschaften anerkannt. Die Masse der schwarzen Arbeiter ist nach wie vor in den alleruntersten Lohngruppen. Die Kapitalisten wollen sich scheinheilig herauswinden: sie zahlten Löhne nicht nach Rasse, sondern nach Qualifikation und Leistung. So bleibt dann ein durchschnittlicher Stundenlohn der schwarzen Arbeiter von ca. 2,40 DM letzten Endes an der mangelnden Leistung der Arbeiter selber hängen. Der Internationale Metallgewerkschaftsbund stellte letztes Jahr fest, daß 60% der Arbeiter unter dem Mindestlohn des EG-Kodex bezahlt werden, großteils weit unter dem Existenzminimum. Davon aber schreiben Lambsdorff und Genscher nicht. Dafür wird stolz berichtet, daß westdeutsche Unternehmen „unter Verzicht auf Rationalisierungsinvestitionen“ Dauerarbeitsplätze schaffen wollten. Die Kapitalisten verzichten auf Rationalisierungen aber nur, wenn sich die Einsparung über neue Maschinerie gegenüber den Elendslöhnen, die sie zahlen, nicht lohnt.

Es versteht sich, daß die Bundesregierung von den großen, vom Internationalen Metallgewerkschaftsbund unterstützten Streikkämpfen des letzten Jahres, insbesondere bei VW Uitenhage, kein Sterbenswörtchen verliert. „Gewisse positive Ergebnisse“ der imperialistischen Konzerne ließen sich noch schlechter verkaufen als so schon. Wie obendrein der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO Anfang dieses Monats „gewisse westliche Länder, Israel und andere Länder“ wegen ihrer Südafrikageschäfte erneut verurteilt hat.



Abenteuerfilm

„Flucht nach Athen“ — mit James Bond gegen die Nazis

1944. Auf einer von der faschistischen Wehrmacht besetzten griechischen Ägäisinsel, kurz vor der alliierten Invasion. Der örtliche Führer des Widerstands, passend in einem Nazi-Bordell versteckt, hat den Auftrag, noch vor der Invasion die Nazi-Einrichtungen auf der Insel zu zerstören. Nicht in den Reihen des Widerstandes, sondern — wie es der Zufall will — in einem Wehrmachtslager, dessen Gefangene beim Raub griechischer Kunstschätze für deutsche Museen eingesetzt werden, findet er die geeigneten Leute für das Unternehmen: ein britischer Archäologe mit perfekter Militärausbildung; ein Zirkusartist; ein italienischer Gangster; ein US-Revuegirl, das als Taucherin ausgebildet ist ...

Zum Glück ist der Nazi-Lagerkommandant ganz anders als die anderen Deutschen, entweder SS-Herrenmenschen oder tumbe Einfaltspinsel. Sein lockerer Führungsstil macht die Lagerbefreiung leicht. Seine Affäre mit dem Revuegirl — gängiges Klischee in solchen Filmen — zerstört vollends seine Nazi-Moral. Kurz: Die zusammengewürfelte Widerstandsgruppe macht die Lagerbesatzung nieder, der übriggebliebene Kommandant philosophiert über den Unsinn des Vaterlandsbegriffs und schließt sich der Gruppe an. Die stürmt anschließend das Treibstoffdepot für deutsche U-Boote. Gelegenheit für das Revuegirl, seine Tauchkünste bei der Verminung der Tanks und auf der Flucht vor Nazi-

Froschmännern kamerawirksam zu zeigen.

Bleiben noch eine SS-Einheit und Wehrmachts-Radarstation in einem Kloster zu erledigen. Das Kloster ist eine elektronische Bergfestung, mit Hochspannungsverhauen geschützt. Aber unser Haudegen können bergsteigen, tragen Isolierschuhe und haben ein Gas dabei, mit dem sie die Nazi-Soldaten einschläfern. Aber bevor sie die Offiziere erschießen können, haben die noch Alarm ausgelöst und den Zeitzähler für die Klostersprengung betätigt. SS-Mannen in schmucken Raumfahreranzügen bringen eine Rakete in Stellung — der Zweck bleibt unklar. Natürlich entkommen die Helden, bevor das Ganze in die Luft fliegt. Zum Schluß erledigen sie die SS-Einheit, als sie griechische Geiseln erschießen will. Die Insel ist befreit,

und bei Retsina und Sirtaki-Musik wird gefeiert.

Das Strickmuster des britischen Films ist James Bond nachempfunden, die „Starbesetzung“ davon übernommen. Doch während die phantastischen Erlebnisse in dem unwirklichen Handlungsrahmen der James Bond-Filme einen Reiz haben, ist die Story von „Flucht nach Athen“ penetrant aufgesetzt auf den antifaschistischen Widerstand. Die griechischen Massen dienen nur als Kulisse für die Draufgänger, die immer das Richtige machen oder Glück haben. Eingestreute Bemerkungen — „Was soll der Widerstand? Nach den Deutschen fallen Briten und Amerikaner über das Land her.“ (Bordellmutter) — verstärken die Tendenz, den griechischen Widerstand verächtlich zu machen.



Vom Legionär zum Millionär

Philip Rosenthal, SPD-MdB und Porzellankapitalist, hat ein Buch über seine Zeit bei der Fremdenlegion herausgebracht, in die er 1939, kurz nach Kriegsausbruch, ging, um „Jahre von Blut und Grauen“ zu erleben. In der Wüste Südmarokkos ist er auf der Suche nach Widerstandskämpfern. Hart, brutal, pervers ist der Dienst. Rosenthal, mit abgeschlossenem Oxford-Studium, steht über allem und allen, die nur „Versager“ sind. Mangels Feindberührung wird nie gekämpft. Ihm stinkt das, und er haut ab. Berber, „diese Halunken“, schnappen ihn. Nach der dritten Flucht aus der Legion wartet er in Casablanca auf ein Schiff nach Gibraltar, wird Rugby-Spieler und Sprachlehrer und bereitet als Geheimdienstmann die Invasion der USA vor. Erneut verhaftet, muß er in einem Steinbruch in der Wüste schuften. Seitdem hat Rußland den Schrecken für ihn verloren. Harte Zwangsarbeit behandelt er wie sportlichen Einsatz. Über tierischen Akkord schindet er Vergünstigungen und Freizeit raus, in der er dann Karl Marx liest. Mit Hilfe des Geheimdienstes gelingt ihm die Flucht nach Gibraltar.

Gelobt sei, was hart macht, und Arbeitsdienst täte der heutigen Jugend gut, zieht Rosenthal im Nachwort Bilanz. Den Beweis dafür hätte er schließlich geliefert. Und gegen die Akkordarbeit in der Wüste ist Akkord am Tunnelofen doch geradezu Erholung!

Philip Rosenthal, Einmal Legionär, 288 Seiten, Albrecht Knaus Verlag, 32 DM.

CIA: an „Malko“ aus dem Sumpf

Ein exilkubanischer Zögling des CIA hat sich in El Salvador angeblich vom CIA verselbstständigt und mordet mit seiner Todesschwadron unkontrolliert. David Wise, Leiter der Operationsabteilung des CIA, beschließt, Chacon den „Schlächter“ wegen rufschädigender Wirkung beseitigen zu lassen. Die Angelegenheit muß aber geheim bleiben. Also läßt Wise seinen freischaffenden Spezialagenten Malko aus Europa einfliegen. Malko, richtiger Prinz Malko Linge, letzter Sproß eines österreichisch-ungarischen Adelsgeschlechts, arbeitet für den CIA mit überragender Intelli-

genz, blendendem Aussehen undsoweiter, und vor allem für viel Geld. Das hat er aber auch bitter nötig für die Renovierung seines Schlosses. Eigentlich verabscheut er Gewalt geradezu.

Ziemlich umständlich, aber dafür fast ganz auf sich gestellt, stößt er Chacon auf. Seine Informanten müssen mit dem Leben bezahlen. Abschließend erschießt er Chacon mit Zielfernrohr in Notwehr.

Ebenfalls in Notwehr erledigt er den örtlichen CIA-Chef, der in Wirklichkeit die Fäden gezogen hat. Der Handlungsablauf im einzelnen ist so unrealistisch wie abwegig.

Die aus dem Französischen übersetzte monatliche Buchserie „Malko“ ist eine Propaganda für die Verstärkung des CIA, die mit Zugeständnissen an bekannte Enthüllungen über den CIA operiert. Der Verkaufserfolg beruht auf einer geschickten Mischung von realistischer Darstellung der Schauplätze, vorgeblichen Hintergrundeindrücken über aktuelle Ereignisse (Kampuchea, Laos, Nicaragua etc.) und einem dermaßen phantastischen Helden, daß jede Veranlassung zur Identifizierung einem eher aufgeschlossenen bis belustigten Interesse weichen kann. Malko, außerdem ein Weg, für die Imperialisten zu arbeiten, daran zu verdienen, ohne sich die Hände schmutzig zu machen und auch noch segensreich auf das Zeitgeschehen einzuwirken. Zwar fiktiv, aber warum soll nicht in der wüstensten Reaktion ein guter Kern stecken, meint der Autor.

Gerard de Villiers, Malko, Terror in San Salvador. Cora Verlag, Berlin 1981. 4,00 DM

Die Befreiung der Slowakei

Peter Jilemnický schildert in seinem 1947 erschienenen Roman die Organisation des Widerstandes gegen den deutschen Faschismus, die Vorbereitung und das Scheitern des slowakischen Aufstandes Ende August 1944, die Reorganisation der bewaffneten Kräfte und die Befreiung von der Herrschaft der Deutschen und dem faschistischen Tiso-Regime, die Ende Januar 1945 durch Vereinigung der Miliz des Revolutionären Nationalkomitees, der Partisanen und der Roten Armee gelang.

Der Autor führt den Förster Gondas als Erzähler ein, der an achtzehn Abenden berich-

tet, scheinbar ungeordnet, was ihm wichtig ist, damit eine Chronik für das Dorf Cierný Balog im Gebiet der Niederen Tatra geschrieben werden kann, das den einzigen Schauplatz des Romans bildet. Dadurch, daß der Bericht des Försters selber aus verschiedenen Elementen besteht, Augenzeugenberichten und Wiedergabe von Vorfällen, über die er von anderen gehört hat, kann der Leser sich eine Auffassung über die Arbeit der revolutionären Kräfte bilden, die sich auf die soziale Organisation des Dorfes und die Ortskenntnisse seiner Bewohner stützen konnten.

Man erfährt einiges über die Organisationsarbeit unter illegalen Bedingungen, wo auch der Förster nicht über alles Bescheid wissen konnte. Schwierigkeiten werden nicht verschwiegen, so die mangelnde Verbindung des Dorfes mit den Partisanen, Hilflosigkeit angesichts der Verfolgung von Zigeunern.

Der Leser kann nach den vielen wahrheitsgetreu geschilderten Bruchteilen dem Förster folgen, wenn er Kriterien für die Darstellung aufstellt. Nicht diejenigen sollten hervorgehoben werden, denen es nur um Verteidigung von Häusern oder Besitz gegangen sei. „Nicht wer sich der Situation angepaßt hat, sondern wer sie selbst schuf, muß an erster Stelle stehen.“

Er muß ihm nicht folgen, wenn er in unpassend klassenneutraler Fassung die Ziele der Handelnden angibt, die in den Deutschen „das schlugen, was in ihrem Namen verübt worden war: Mord, Brandstiftung, Verwüstung, Raub“.

Der Autor mußte 1939 die Slowakei verlassen, wurde in Nordmähren wegen illegaler Tätigkeit verhaftet und zur Zwangsarbeit verschleppt. Zur Zeit seines Todes 1949 war er Kulturattaché der CSSR in der UdSSR.

Peter Jilemnický, Der Wind dreht sich, Röderberg-Verlag GmbH, Frankfurt/M. 1977 10,50 DM.



Peter Jilemnický

Rüstungsexporte

Eine Wende im westdeutschen Rüstungsexport?

Die Lieferung von U-Booten nach Chile und Kampfpanzern nach Saudi-Arabien ist Ausgangspunkt einer heftigen Diskussion um den Rüstungsexport der westdeutschen Imperialisten. In den politischen Grundsätzen der Bundesregierung von 1971 ist festgelegt: „Als ein weiterer Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt soll der Export von Kriegswaffen in die Länder außerhalb des atlantischen Verteidigungsbündnisses grundsätzlich unterbleiben. Der Export sonstiger Rüstungsgüter ist soweit wie möglich zu beschränken“. „Restriktiver Rüstungsexport“ war das Schlagwort, unter dem die sozialliberale Bundesregierung angetreten ist. Die Wende, die mit der beabsichtigten Lieferung der Kampfpanzer signalisiert wird, erscheint in der Argumentation der Bundesregierung als das Resultat einer besonderen, insbesondere durch die Aggressionspolitik der SU hervorgerufenen Veränderung der Sicherheitslage, die ein „Umdenken“ erfordere.

Der Rüstungsexport der BRD, in konstanten Preisen von 1975 gerechnet, betrug im Zeitraum 1967–69 durchschnittlich 130 Mio. \$/Jahr. Bis zum Zeitraum 1975–77 schnellte er auf durchschnittlich 580 Mio. \$/Jahr. Wesentlichen Anteil an dieser Steigerung hat der Export schwerer Waffen in die Länder der Dritten Welt: Er stieg in diesem Zeitraum von 11 Mio. \$/Jahr um 990% auf 120 Mio. \$/Jahr. Über die Hälfte der insgesamt 3,5 Mrd. \$ Rüstungsexporte der Jahre 1967 bis einschließlich 1977 wurde in den letzten drei Jahren dieses Zeitraums abgewickelt, bei den schweren Waffen in die Länder der Dritten Welt sogar 64%. In den Jahren 1973–77 gingen 70% der Rüstungsexporte in die Länder der Dritten Welt, davon 46% nach Nah/Mittelost, 27% nach Afrika, 21% nach Lateinamerika, 5% Ostasien, in Länder also; die nach den „Politischen Grundsätzen“ weder Kriegswaffen noch sonstige Rüstungsgüter erhalten sollten (Zahlen: Amerikanische Abrüstungsbehörde ACDA, SIPRI, zit. nach „Wehrtechnik 4/81“).

Ein Beispiel: mit der französischen AEROSPATIALE schloß sich MBB 1972 zur EUROMISSILE zusammen zwecks Produktion von Raketen systemen. Seit Produktionsbeginn 1973 wurden 80000 MILAN und 4000 dazugehörige Feuereinrichtungen produziert. 134000 Bestellungen aus 21 Ländern ermöglichen jetzt eine Produktion von 1600 MILAN und 100 bis 110 Feuereinrichtungen pro Monat. Seit Produktionsbeginn 1977 haben 12 Länder über 32200 Einheiten der Panzerabwehrrakete HOT geordert, 10000 HOT und 4000 Feuereinrichtungen wurden seither produziert mit einer Rate von jetzt 800 HOT pro Monat. Die Serienproduktion der ROLAND setzt mit einer Rate von 300 Stück/Monat ein. Jeweils rund ein Drittel all dieser Raketen geht in den Export. Seit Dezember '79 bildet EUROMISSILE mit BRITISH AEROSPACE die EMDG, die die Produktion der dritten Generation von Anti-Panzer-Raketen vorbereiten soll. Zur Produktion einer zweiten Generation von Anti-Schiff-Raketen bildeten beide Firmen die ASEM, wobei MBB verantwortlich für den Staustrahlenantrieb, die Aerodynamik und den Gefechtskopf zeichnet.

Vom Bodenseewerk Gerätetechnik BGT wurden 15000 Einheiten der Luft-Luft-Rakete Sidewinder mit von BGT verbesserter Infrarot-Lenkeinheit produziert. Unter Führung von BGT produziert ein europäisches Konsortium ab 1981 9000 Sidewinder der verbesserten Version AIM-9L. Die Sidewinder gehört zur Frontausstattung der Luftwaffe von rund 30 Ländern.

Als derzeit größtes Projekt steht der deutsch-französische Kampfpanzer 90 an, vereinbart Februar 1980 und seither heftig umstritten. 5000 neue Panzer sind für die 90er Jahre in Mitteleuropa/NATO als Bedarf angemeldet. Zur Durchführung auf westdeutscher Seite wurde die M.K.S MaK Krauss-Maffei Sondertechnik GmbH gegründet. Vereinbart wurde das Fahrgestell des Leopard II als Grundlage. Den bis dahin marktbeherrschenden MTU-Motoren hat erstmals eine französische Firma mit dem V8X 1500 den Fehdehandschuh hingeworfen. Die französische Serienproduktion soll vier Jahre vor der deutschen an-

laufen. Das und die Bewegungsfreiheit auf den internationalen Waffenmärkten verschafft ihnen einen enormen Konkurrenzvorsprung. Gegen die westdeutsche Vorstellung von 60 t Gewicht wollen sie eine leichtere Version mit 40 t durchsetzen, die für verkehrstechnisch unterentwickelte Gebiete und damit für den Export besser geeignet ist. Bundestagsabgeordnete aus dem Verteidigungsausschuß übten Kritik, dem gemeinsamen Projekt stünde das starke Exportinteresse Frankreichs entgegen. Trotz der Kritik wurde auf einem Treffen der nationalen Rüstungsdirektoren der Beginn der Definitionsphase auf Herbst 1981 festgelegt. Die Regierung baut darauf, daß mit der Durchsetzung des Panzergeschäfts an Saudi-Arabien die Bedenken hinfällig werden.

Die westdeutschen Imperialisten haben sich technologisch weltweit an vorderster Front geschoben. Die Rüstungsexporte und resultierenden Profite waren schon bisher beachtlich, jedoch: was sind sie gegen die auf dem Weltmarkt möglichen Profite? Die Schranken müssen fallen, die von diesen Profiten trennen. Den Durchbruch auf die internationalen Waffenmärkte zu erreichen, erfordert, statt der Parole „restriktiver Rüstungsexport“ die „Sorge um die internationale Sicherheitslage“ umzuhängen. Eine Wende ist das nicht.

Bauern

Teures Lehrgeld für bürgerliche Genossenschafts„hilfe“

In den „Politischen Berichten“ 8/81 hatten wir in Auseinandersetzung mit den Apologeten des Privateigentums und des „Wachsen oder Weichen“ im Deutschen Bauernverband den Schluß gezogen: „Es gibt für die selbstarbeitenden Bauern keinen anderen Weg, als sich genossenschaftlich zusammenzuschließen.“ Nun existieren landwirtschaftliche Genossenschaften in der BRD, und rund 80% der westdeutschen Bauern dürften in mindestens einer der Kredit-, Absatz-, Molkerei- und Milchverwertungsgenossenschaften Mitglied sein, ohne daß dies ihre Lage wesentlich erleichtert. Im Gegenteil: Diese Genossenschaften sind nichts anderes als große kapitalistische Monopole, die die kleinen und mittleren Bauern ausbeuten. Die Ursache dafür sind u.a. in der Geschichte der Genossenschaftsbewegung selbst zu suchen.

Der moderne Genossenschaftsgedanke findet unter den Bauern ungefähr ab Mitte des letzten Jahrhunderts Verbreitung. Die bürgerliche Revolution 1848 hatte weitgehend vollendet, was die französische Revolution in den linksrheinischen Gebieten Deutschlands eingeleitet und die Agrarreformen von Stein und Hardenberg in Preußen weiter-, wenn auch keineswegs zuendegeführt hatten: die Befreiung der Bauern von feudaler Ausbeutung. Aber wie sah diese Befreiung aus!

Die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Beseitigung der Frondienste, des Zinses und der Abgaben aller Art an den Feudalherrn erkaufte die Bauern vielfach mit der Abtretung weiteren Landes an die Großgrundbesitzer. In Preußen fielen im Zuge der „Regulierung“ 425052 ha Land, und zwar das beste Land, an den Großgrundbesitz; darüber hinaus mußten die Bauern 178,3 Mio. Mark an Bargeld, 25,9 Mio. Mark an Renten sowie 16612 t Roggen als „Entschädigung“ zahlen. Sofern nicht überhaupt von Grund und Boden befreit und auf den Arbeitsmarkt geschleudert, hockte der „freie“ Bauer in aller Regel auf einer winzigen Parzelle, die kaum ihn und seine Familie ernährte.

Doch ihre vorkapitalistische Produktionsweise der Parzellenwirtschaft war bereits geschichtlich überholt. Die Entwicklung der Wissenschaften, insbesondere der Chemie, und moderner Maschinerie erforderten neue landwirtschaftliche Produktionsmethoden, die mit der Parzellenwirtschaft unvereinbar waren. Der spätere Gründer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft Max Eyth wirft 1863 nach einer geradezu euphorischen Beschreibung des Dampfplugs und seiner Möglichkeiten die Frage auf, „ob die Dampfkultur ‚sich lohnt‘“, und antwortet: „Das Dampfplügen lohnt sich nicht, wo das Gut in kleine, zerstückelte Felder verteilt ist und dies nicht geändert werden kann.“

Tatsächlich ist die in der Statistik ausgewiesene Steigerung der Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die sich in der Steigerung der Pro-Hek-

tar-Erträge, der Milchleistung der Kühe, des Schlachtgewichts des Viehs usw. ausdrückt, fast ausschließlich auf die Anwendung moderner Produktionsmethoden in den landwirtschaftlichen Großbetrieben zurückzuführen, v.a. in der preußischen „junkeralichen“ Wirtschaft, die trotz noch halbfeudaler Züge in ihrer Grundlage kapitalistisch war.

Für Millionen kleiner Bauern hingegen hat ihre Befreiung von feudaler Ausbeutung nicht auch unmittelbar zur Hebung der Produktivität ihrer Arbeit geführt. Fast läßt sich sagen, im Gegenteil. Ihre letzten Notgroschen hatten sie für die „Ablösung“ oder „Regulierung“ weggezahlt. Die Steuerlasten stiegen und drückten kaum weniger als zuvor die Feudallasten. Zugleich hatte der Siegeszug der großen Industrie die alte bäuerliche Hausindustrie vollständig vernichtet. Selbst die einfachen Arbeitsgeräte, die sie vordem noch selber produzieren konnten, mußten die Bauern nun kaufen. Sie brauchten Geld und nochmals Geld, das sie sich nur beim Wucherer verschaffen konnten. Weiterhin war auch die Allmende, auf der die Bauern in früheren Zeiten ihr Vieh weideten, verschwunden, unzählige Kleinbauern konnten sich deshalb kein Vieh mehr halten, ohne Vieh aber war eine rationelle Bewirtschaftung der Äcker nicht möglich.

Diese Verhältnisse auf dem Lande waren ein fruchtbarer Boden für die Propaganda der genossenschaftlichen Organisierung der Bauern. Aufgrund ihrer ökonomischen Lage, ihrer isolierten Lebensweise, ihrer Erziehung konnten die Parzellenbauern diese Aufgabe nicht selbst in Angriff nehmen. Um die genossenschaftliche Organisierung kämpften, aus entgegengesetzten Interessen und mit entgegengesetzten Zielen, Bourgeoisie und Proletariat.

Als Vertreter der Bourgeoisie und Begründer des ländlichen Genossenschaftswesens gilt Friedrich Wilhelm Raiffeisen, preußischer Offizier und Beamter. Er gründete 1847/48 in Weyerbusch als Bürgermeister zusammen mit den reichen Einwohnern den ersten „Wohltätigkeitsverein“, dem später weitere folgten und dessen vorrangige Aufgabe noch war, in Zeiten größter Not billige Nahrungsmittel für die verarmte und halbverhungerte Dorfbevölkerung zu beschaffen. Als „Wohltätigkeitsvereine“ hatten diese Organisationen jedoch keine Zukunft; die geschäftlichen Möglichkeiten zeichneten sich alsbald ab:

„... stellte sich anfänglich die Aufgabe, den bis dahin hervorgetretenen Hauptkrebsschaden, den wucherischen Handel mit Vieh, zu beseitigen. Zunächst wurde Vieh angekauft und den Eingessenen gegen allmähliche Tilgung der Kaufsumme, in der Regel auf 5 Jahre, zurückzahlbar in fünf gleichen Jahresraten, übergeben. Bald zeigte sich jedoch, daß dieses Verfahren zu umständlich ... war. Sollte überhaupt eine durchgehende Besserung der ländlichen Verhältnisse herbeigeführt werden, so war es mit dem Ankauf von Vieh allein nicht getan. Es mußten für viele andere Bedürfnisse: Ankauf, resp. Verbesserung von Gebäuden und Grundstücken, Beschaffung von Geräten aller Art, Saatfrüchten etc., die Geldmittel gewährt werden. Man ging deshalb nicht lange nach dem Entstehen des Vereins dazu über, Hilfe durch Gewährung von baaren Darlehn zu schaffen.“ (Raiffeisen)

Doch immer noch war der Bourgeoisie die „Wohltätigkeit“ zu groß, das Geschäftsinteresse zu klein geschrieben. Solange der „Verein“ die Kreditvergabe nicht auf Mitglieder beschränkte und solange nicht die Vereinsmitglieder selbst in Solidarhaft für die Kredite bürgten, fand sich kaum ein Kapitalist, um die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Die „Vereine“ mußten in selbständige Wirtschaftskörperschaften umgewandelt werden, und dabei half der Staatsapparat, der anfänglich noch die Bürgschaften gestellt hatte, durch Entzug der Bürgschaft nach. 1864 löste Raiffeisen die „Wohltätigkeitsvereine“ auf und gründete den Darlehnskassenverein. Nach dessen Satzung mußte jeder Kreditnehmer Mitglied sein, jedes Mitglied eine Einlage, ein Eintrittsgeld und Beitrag zahlen; die Geldmittel wurden durch die Mitgliedsbeiträge sowie durch Anleihen aufgebracht.

Fortan entwickelten sich die Genossenschaften dieses Typs schwungvoll. Bis 1883 waren 1050 gegründet, 1895 waren es bereits 7170, 1907 fast 21000, davon zwei Drittel Kreditgenossenschaften. Ihre historische Leistung besteht in der Beseitigung des Wuchers, aber nur zu dem Zweck, dem Kapital die Unterwerfung der bäuerlichen Landwirtschaft zu ermöglichen.

Bislang hatte der Parzellenbauer keinerlei Zugang zu den begehrten Kreditmitteln außer eben über den Wucherer, der ihn ausblutete und die Entwicklung der Produktion hemmte. Erst mit der Gründung der Genossenschaften und insbesondere der Kreditgenossenschaften kann er sich Geldmittel verschaffen, um

Produktionsmittel, Vieh, auch Land zu kaufen. Ohne sie wäre die gewaltige Steigerung der Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts undenkbar gewesen. 1861 betrug die Förderung an Kalirohsalz in Deutschland 23000 dz, 1880 bereits 6,7 Mio., 1900 30 Mio. und 1913 116 Mio. dz. Der Mineraldüngerverbrauch pro Hektar Landwirtschaftsfläche stieg von 1878–80 = 1,7 auf 1913 = 20,1 dz. Die gesamte landwirtschaftliche Produktion je Hektar verdoppelte sich von 1800 bis 1883 und verdreifachte sich bis 1900.

Umgekehrt wuchs der Parzellenbauer mit dieser Entwicklung in neue Abhängigkeiten. Die Genossenschaften konzentrierten das Aufgesparte der Bauern, vergaben die Kredite, trieben die Tilgungs- und Zinszahlungen ein und die zahlungsunfähigen Bauern von Haus und Hof, ermöglichten es also, das in der bäuerlichen Landwirtschaft angelegte Kapital rasch aus unrentablen in rentablere Bereiche zu verschieben, mit allen Konsequenzen des Bauernlegens. Bei all dem tasteten sie die überholte Produktionsweise selbst, die Privatwirtschaft, nicht an. Daß sie unter diesen Bedingungen wie gewöhnliche kapitalistische Unternehmen fungieren, braucht nicht weiter zu wundern. Die Bourgeoisie und an ihrer Seite die kapitalistischen Großgrundbesitzer sorgten in mehrerer Hinsicht auch für direkte Kontrolle der Genossenschaften.

Erstens sicherten sie ihren Vertretern die führenden Positionen. In den Kreisorganisationen des „Hessen-Casselschen Verbandes“ z.B. standen zwischen 1882 und 1933 51 Pfarrer, elf Lehrer, fünf Bauern, vier Gerichtsssekretäre, zwei Domänenpächter, zwei Rechner und jeweils ein Amtsrichter, Rechnungsrat und Genossenschaftsbeamter an der Spitze.

Zweitens sicherten sie mit dem Genossenschaftsgesetz von 1889 den Großgrundbesitzern direkt den Zutritt (nichtgeschlossene Mitgliederzahl), während gleichzeitig Beschränkungen nach unten (Mindestanbaufläche u.ä.) zugelassen wurden. V.a. auch legten sie fest, daß eine Genossenschaft u.a., „wenn sie andere als in diesem Gesetz (§1) gezeichneten geschäftlichen Zwecke verfolgt, ... aufgelöst werden (kann) ...“, ohne Anspruch auf Entschädigung.

Von dieser Genossenschafts„hilfe“ durch die Bourgeoisie unterschieden sich die Aussichten, die die Arbeiterklasse den Kleinbauern bieten konnte (und kann), grundlegend.

Versprach die Bourgeoisie die Erhaltung des Privateigentums und der Privatwirtschaft in der Genossenschaft – ein Versprechen, daß sie für einen (abnehmenden) Teil der Bauern dadurch einlöste, daß sie den anderen (wachsenden) Teil vernichtete –, so wiesen die politischen Vertreter und Organisationen der Arbeiterklasse nach, daß es nur einen Weg für die Kleinbauern gibt, sich selbst zu helfen: durch freiwillige Überwindung von Privateigentum und Privatwirtschaft. 1869 rief die deutsche Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation in einem „Manifest an die Landwirtschaftliche Bevölkerung“ auf:

„1. Die Kleinbesitzer einer Gemeinde bilden, indem sie ihre Grundstücke, Viehbestände, Wirtschaftsgebäude, Ackergerätschaften, Arbeitskräfte in Anwendung aller Mittel der Wissenschaft und Technik zu gemeinschaftlichem Betriebe vereinigen, eine Produktivgenossenschaft.“

Nur durch die Überwindung der Privatwirtschaft können sich die Bauern alle Vorteile des Großbetriebs, die Anwendung der Wissenschaft und modernster landwirtschaftlicher Maschinerie, verschaffen. Nur durch die bewußte Überwindung des Privateigentums können sie die mörderische Konkurrenz untereinander beseitigen. Denn diese Konkurrenz besteht fort, und womöglich noch schärfer, solange einzelne Mitglieder, um ihre besonderen Interessen durchzusetzen, mit Austritt und Herausnahme ihres Hofes usw. drohen können. Doch nur durch engen Zusammenschluß zu gemeinschaftlichem Betrieb haben die bäuerlichen Kleinproduzenten die Aussicht, sich der übermächtigen Konkurrenz durch die kapitalistischen Landwirtschaftsbetriebe, durch die Monopole, von denen sie ihre Produktionsmittel beziehen, und durch die Handelsmonopole bzw. Nahrungsmittelmonopole zu erwehren.

Die Produktivgenossenschaften konnten sich nicht durchsetzen. Vor allem das gegenseitige Mißtrauen unter der bäuerlichen Bevölkerung, das seine Grundlage eben im Privateigentum hat, erwies sich als starkes Hemmnis. Doch wieviel Lehrgeld mußten die Bauernmassen in den letzten 120 Jahren dafür zahlen, daß sie den von der Bourgeoisie gezeichneten Weg beschritten, anstatt das angebotene Bündnis mit der Arbeiterklasse zu suchen. (wird fortgesetzt)

Analphabeten

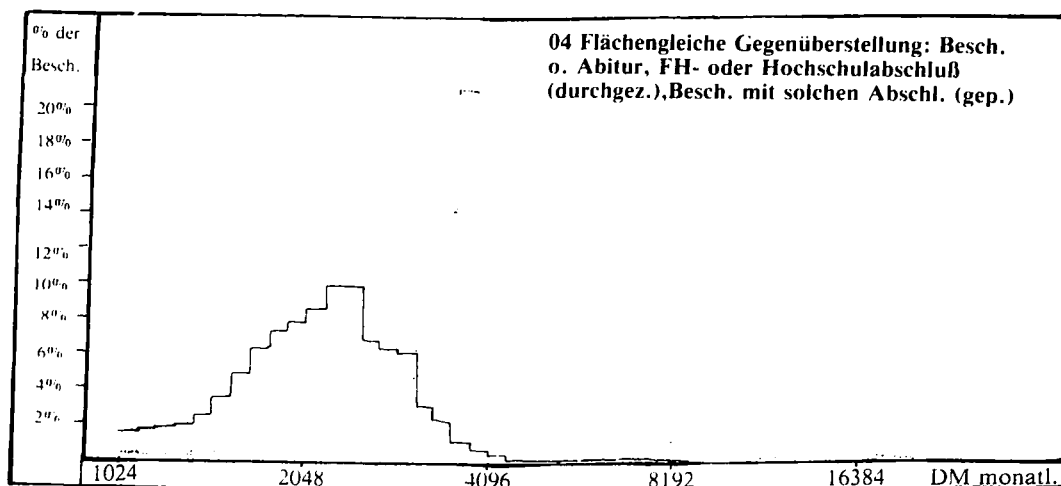
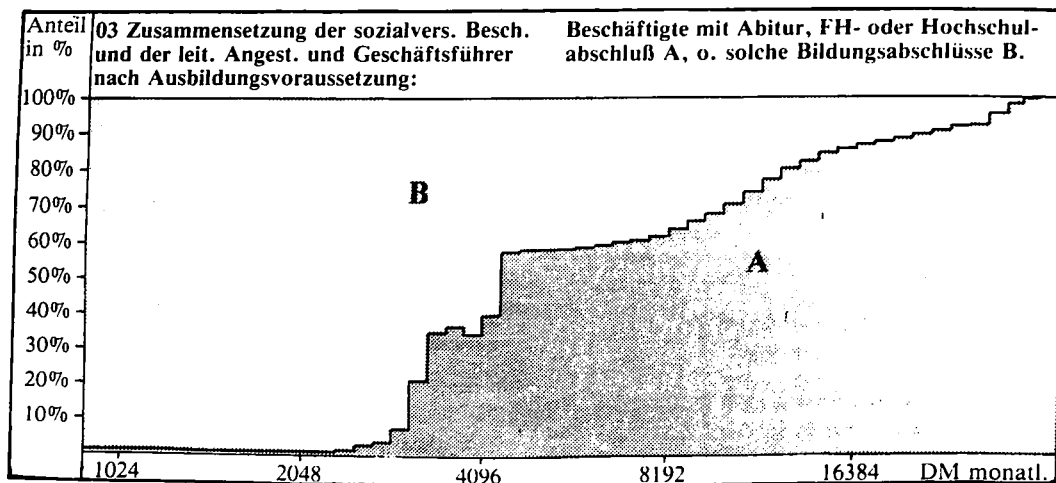
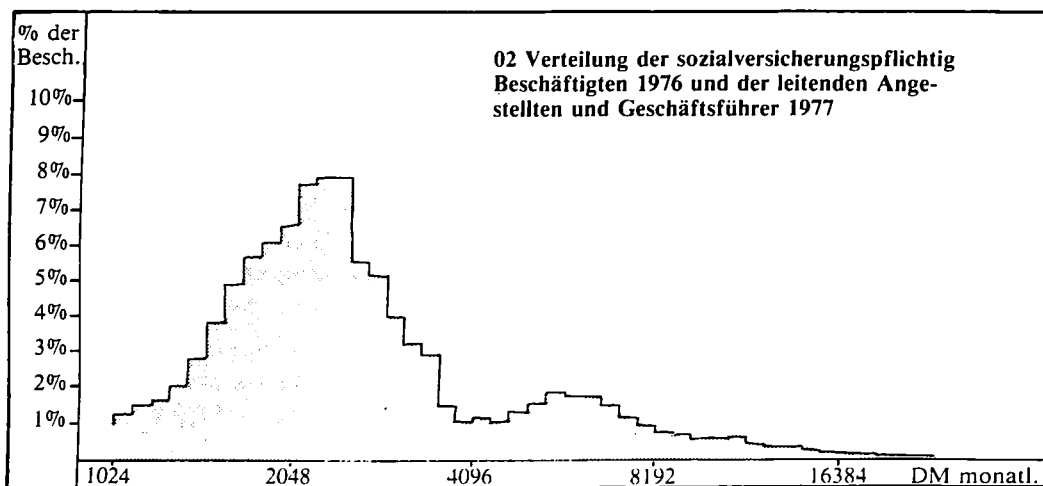
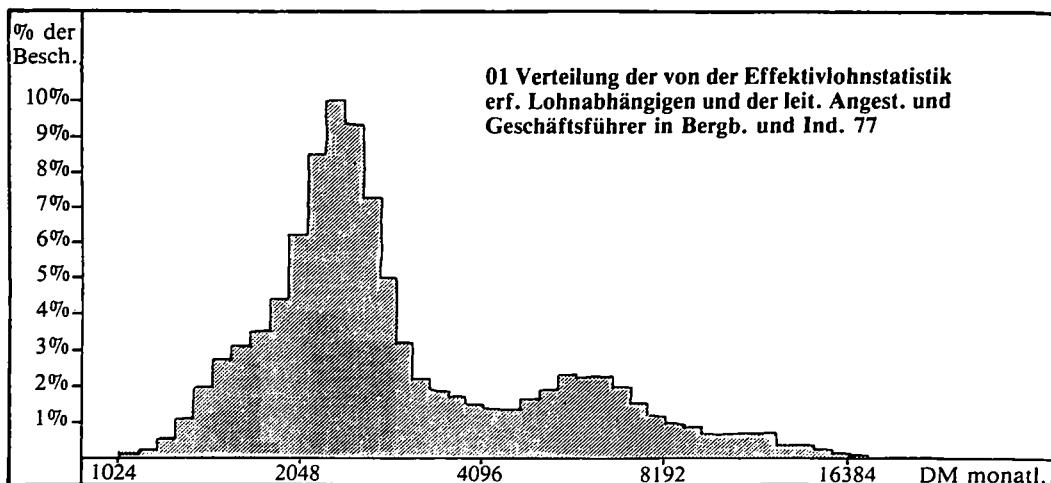
Bremer Senator tut verwundert: „... unglaubliches Phänomen“

Seit der 1. Arbeitskonferenz über „Analphabetismus unter deutschsprachigen Jugendlichen und Erwachsenen“ im November 1980 in Bremen hat sich die Presse auf dieses „Phänomen“ gestürzt, teils mit reißerischen Aufmachern wie „Analphabeten tarnen sich perfekt“, teils mit rührseligen Geschichten. Nach Schätzungen der UNESCO sind 1–2% der Bevölkerung hochentwickelter Industrienationen völlige Analphabeten, d.h. sie können überhaupt nicht lesen und schreiben, 8–15% sind funktionale Analphabeten oder Semialphabeten, Menschen, die bruchstückhaft buchstabieren und gerade ihre Unterschrift und Adresse malen können. Diese Schätzungen sind durch statistische Untersuchungen in den USA (1960 2,4% totale, 8,2% funktionale Analphabeten), in Großbritannien (1979 ca. 2 Mio.) und Holland (1/2 Mio.) bestätigt. 1912 wurde in Deutschland die letzte Erhebung durchgeführt: 0,01–0,02% Analphabeten beim Reichsheer. Seither galt Analphabetentum als ausgerottet.

Auch in der neuesten pädagogischen Fachliteratur werden Alphabetisierungsmaßnahmen in der BRD nur im Zusammenhang mit ausländischen Arbeitern und ihren Kindern erwähnt. Dagegen stehen die Erfahrungen und Ergebnisse der letzten Jahre: steigende Nachfrage für Rechtschreibkurse für Erwachsene bei Volkshochschulen; eine Sozialerhebung der TU München, daß 5% aller bayerischen Berufsschüler größte Schreib- und Leseschwierigkeiten haben; das Kreiswehrratsamt Kassel mustert jährlich ca. 1% wegen Lese- und Schreibschwäche als „untauglich“ aus; der Leiter des Gefängnisses Duisburg-Hamborn geht von bis zu 7% Analphabeten unter den Insassen aus; die GEW in Berlin schätzt 40% der Sonderschulabgänger als Analphabeten ein. Zur fehlenden Untersuchung des Ausmaßes des Analphabetentums in der BRD gesellt sich Verneblung der Ursachen des Problems. Der Bremer Senator für Wissenschaft und Kunst Franke sieht im Analphabetismus eher ein „psychisch-medizinisches Problem“, „nicht so sehr ein Versagen des Bildungssystems“.

Die Lebensgeschichten von Analphabeten in der BRD bezeugen gerade das Gegenteil: Die meisten wurden als „Schulversager“ abgestempelt, Hauptschüler ohne Abschluß (insges. 10% aller Hauptschüler), Sonderschüler, die beschäftigt, aber nicht unterrichtet wurden. Viele wechselten häufig die Schule oder besuchten sie nur zeitweilig, da sie schon früh zur familiären Existenzsicherung beitragen mußten (z.B. Arbeit in der Landwirtschaft, Betreuung von Geschwistern); anderen, die heute fast 50jährigen „Bombenkinder“, war in den Kriegs- und Nachkriegsjahren kein geregelter Schulbesuch möglich. Dann keine Berufsausbildung, die schlechtest bezahlten Arbeiten, auf dem Arbeitsmarkt gelten sie als „schwervermittelbar“, vielen wird gekündigt, wenn ihr Analphabetentum im Betrieb bekannt wird. Kein Wunder, daß sie versuchen, es zu verbergen, bis in persönliche Beziehungen hinein. „Das ist ein unglaubliches Phänomen, dem wir sehr mühsam auf die Spur gekommen sind, weil diese Menschen das sehr dicht halten gegenüber ihrer Umwelt“, stellt Franke so die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf.

Zuerst mußten sich Sinti und dann Strafgefangene jahrelang vergeblich um Lese- und Schreibunterricht bemühen, mußten private Selbsthilfegruppen um Geld betteln, bevor sich ein Kultusminister dazu durchrang, das Thema Analphabetentum jetzt erstmals bei der kommenden Kultusministerkonferenz auf die Tagesordnung zu setzen. Von den jährlich ca. 500 Mio. DM für Erwachsenenbildung in der BRD ist bis heute keine einzige Mark für die Unterrichtung der Elementartechniken Lesen und Schreiben vorgesehen. Einige Volkshochschulen erhalten spärliche Mittel über das Bundessozialhilfegesetz, andere Träger sparen beim Personal Kosten ein über ABM-Stellen, Honorarkräfte und „Engagement“. Anfang 1981 wurden ca. 1000 Personen auf diese Weise in Abendkursen, die sie selbst bezahlen müssen, unterrichtet. In GB nahmen 1980 75000, in Holland 5000 und in Italien 50000 an Alphabetisierungsmaßnahmen teil. In Italien haben die Gewerkschaften 1970/72 ein Bildungsurlaubsgesetz durchgesetzt, das jedem Arbeitnehmer innerhalb von zwei Jahren 150 vollbezahlte Arbeitsstunden für persönliche Weiterbildung sichert, für Alphabetisierungsmaßnahmen noch zusätzliche 100 Stunden.



Nach den bisherigen Untersuchungen ergibt sich die Lohn- und Gehaltsdifferenzierung aus der unterschiedlichen Stellung im Arbeitsprozeß. Um prüfen zu können, inwieweit diese unterschiedliche Stellung im Arbeitsprozeß auch unterschiedliche Reproduktionskosten der jeweiligen Arbeitskräfte hervorbringt, muß zuerst versucht werden, eine klarere Vorstellung von der „Stellung“ im Arbeitsprozeß zu gewinnen.

Zu diesem Zweck haben wir uns bemüht, eine Verteilung der Lohn- und Gehaltssumme aufzustellen, die annähernd alle Arbeiter und Angestellten umfaßt. Das ist nicht einfach, weil die öffentliche Lohnstatistik in den höheren und höchsten Gehaltszonen nicht mehr zählt. Die Effektivlohnstatistik zählt zum Beispiel die Leistungsgruppen Ia und Ib der Angestellten nicht mehr, und auch die ausführliche Lohnstrukturerhebung, die alle sechs Jahre durchgeführt wird, zählt diese Gruppe nicht vollständig.

Die in diesem Heft schon mehrfach herangezogene Statistik der Sozialversicherten von 1976 wiederum faßt alle über 3100 DM gelegenen Löhne und Gehälter zu einer Klasse zusammen. Indessen eben nur die bei der gesetzlichen Versicherung Erfassten, d.h. diejenigen, die sich in dieser Versicherung weiterversichert haben oder in sie eingetreten sind.

Für eine Darstellung der auf der Lohnskala anzutreffenden Ausbildungsvoraussetzungen der Arbeitskräfte ist jedoch ein Vorstoß in diese Gehaltszonen unerlässlich, einfach weil ein erheblich großer Teil der Arbeitskräfte mit Abitur, Fachhochschule, Hochschule, Promotion in diesen Sphären Beschäftigung findet.

Die beiden „Gesamtverteilungen“ unterscheiden sich im unteren Bereich der Lohnskala erheblich; die Effektivlohnverteilung erreicht die in den untersten Skalenbereichen tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter nicht. In der Erfassung der Sozialversicherungspflichtigen fallen nämlich etliche Mängel der Erhebung weg, die der Effektivlohnstatistik anhaften; sei dies die schlechtere Erfassung von Klein- und Kleinstbetrieben, familienvermittelte Halbsklaverei im Handwerk und allerhand Derartiges. Da unsere Untersuchung aber in der Zone des Überganges von den höheren

Lohnhöhe und Ausbildung (III)

zu den höchsten Gehältern angesiedelt ist, zählt doch, daß die Übereinstimmung beider Gesamtverteilungen in diesem Bereich tragbar ausfällt.

Im Schaubild Nr. 03 ist eine Darstellung des Anteils enthalten, den in der jeweiligen Lohn- und Gehaltsklasse die mit Abitur und höher Gebildeten einnehmen; im Schaubild Nr. 04 eine Gegenüberstellung der Gesamtverteilung aller Arbeitskräfte ohne Abitur, Fachhochschul- oder Hochschulbildung zu denen mit einer solchen. Aus diesem Material lassen sich gewisse Schlußfolgerungen ziehen:

1.) Der Anteil der Angestellten ohne Abitur, Fachhochschulbildung usw. ist bis in die höchsten Gehaltszonen verhältnismäßig hoch. Hieraus läßt sich schließen, daß der Bedarf an Kenntnissen, Fertigkeiten, Fähigkeiten usw., der von den Kapitalisten an derartige Arbeitskräfte gestellt wird, sich nur teilweise durch eine Schulbildung erwerben läßt. Eine solche Schulbildung erscheint nicht als zwingende Voraussetzung.

2.) Diese hauptsächlich schulisch gebildeten Arbeitskräfte zerfallen – dem Anschein nach und bei aller Unsicherheit der Statistik doch deutlich – in zwei Gruppen. Man wäre geneigt, im Bereich der ersten Gruppe auf technische und wissenschaftliche Qualitäten zu schließen, die in den Arbeitsprozeß einfließen. Im Bereich dieser Gruppe nimmt ferner der Anteil von Arbeitskräften mit höherer Schulbildung zu, kommt aber kaum über 50% zu stehen. Umgekehrt scheint also in diesen Einkommensklassen ein Spektrum von Fertigkeiten benötigt zu werden, wie es nur durch ziemlich ausgreifende Erfahrung in der Produktion gewonnen werden kann bzw. in praktischer Tätigkeit für einen Kapitalisten.

3.) Im Bereich der zweiten Gruppe sind hauptsächlich „leitende Angestellte“ enthalten. Der Anteil der Angestellten mit höherer Bildung übersteigt die 50%-Marke und nimmt weiter zu. Dennoch läßt sich bestreiten, daß die Lohn- und Gehaltsdifferenzierung in diesem Bereich etwa durch den höheren Bildungsanteil verursacht wäre. Ausschlaggebend für die

Lohndifferenzierung sind hier vielmehr:

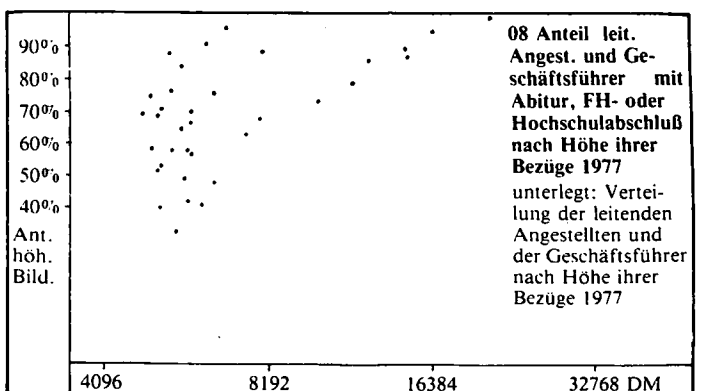
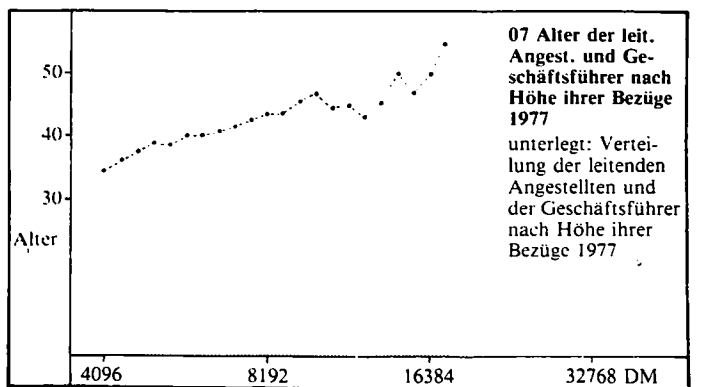
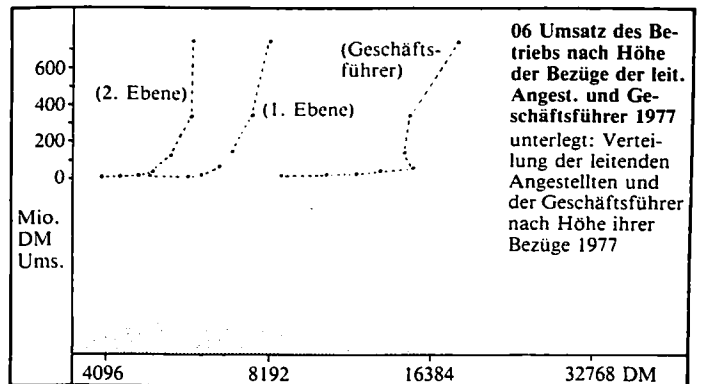
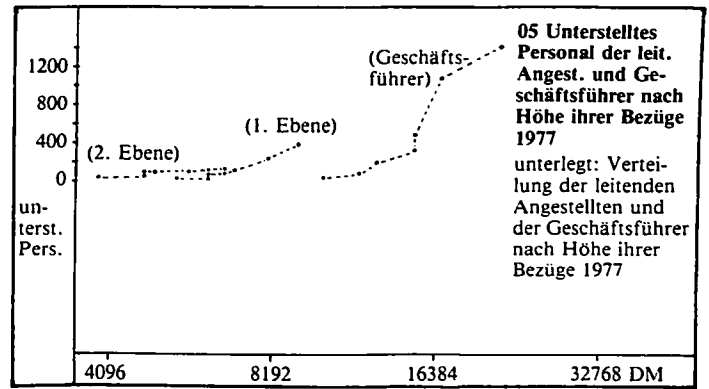
a) Die Anzahl der jeweils untergebenen Arbeitskräfte: Bei bis zu 99 unterstellten Arbeitskräften ist ein – auf den Monat umgerechnetes – Gehalt von 10100 DM normal, bei 5000 u.m. Arbeitskräften 21400 DM.

b) Die Geldmasse des unter Regie dieser Leute bewegten Umsatzes: Bei bis zu 10 Mio. DM pro Jahr ist ein Gehalt von 8600 DM normal, bei über 500 Mio. DM von 18400 DM.

c) Die Erfahrung in der flotten Bewegung von Geld und Leuten: Beim Beginn einer solchen Karriere (bis 29 J.) ist ein Gehalt von 5500 DM normal, nach 30 erfüllten Antreiberjahren (über 60 J.) 14500 DM. Boshaft ausgedrückt steigt das Gehalt dieser Leute mit dem durch Vergessen unvermeidlichen Verfall ihrer Schul- und Hochschulkenntnisse. (Angaben a bis c für Geschäftsführer).

Die Fragestellung war: Ist mit der Stellung im Arbeitsprozeß eine solche Steigerung der Reproduktionskosten verbunden, die zur Lohndifferenzierung führt oder sie erklärt? Das Zwischenergebnis dieser Untersuchung wäre dazu: Zweifellos geht in die Bildung der Arbeitskräfte für die höheren Gehaltszonen ein erheblich höherer Beschulungsaufwand ein. Andererseits wiegt der Anteil derartig Gebildeter insbesondere in jenen Gehaltskategorien schwer, in denen der Zusammenhang von Entgelt und Reproduktionskosten lange zerrissen ist und die Kunst, Profit aus der Arbeit anderer zu schlagen, das Hauptmerkmal der Tätigkeit.

Die Mittel für die Beschulung werden zum großen Teil von der öffentlichen Hand aufgebracht, d.h. sie stammen aus Steuermitteln. Die Untersuchung muß jetzt darauf gelenkt werden, inwieweit das höhere Bildungssystem auch heute noch als ein Institut der herrschenden Klasse, bezahlt aus der Steuer der Lohnabhängigen, bewertet werden muß. Weiter wird von Interesse sein herauszufinden, in welche Lohn- und Gehaltszonen der enorm angewachsene Ausstoß an derartig gebildeten Arbeitskräften gelenkt wird.



Quellen und Anmerkungen zu den Schaubildern:

01 Effektivlohnstatistik: Löhne und Gehälter, Fachserie 16, Reihe 2.1 und 2.2, Stat. Bundesamt Juli 1977; Gesamtbezüge der leitenden Angestellten und Geschäftsführer: Gehaltsstrukturuntersuchung '77, Bd. I Leitende Angestellte u. Bd. II Geschäftsführer, Kienbaum Unternehmensberatung, Gummersbach 1977.

Die Erhebung von Kienbaum unterscheidet nach Geschäftsführern, Leitenden Angestellten Ebene I und Leitenden Angestellten Ebene II. In der Erhebung ist die Ebene I überrepräsentiert. Zusammen 6026 Gehälter erhoben. Eine Schätzung über die Größenordnung dieses Personenkreises in der gesamten Industrie wurde auf Grundlage einer von Kienbaum angegebenen Durchschnittsgröße der „Ebenen“ nach Betriebsgrößen errechnet.

02 Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer: Zur Entwicklung der qualifikationsspezifischen Einkommensrelationen in der BRD, Mitteilungen für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 2/1980.

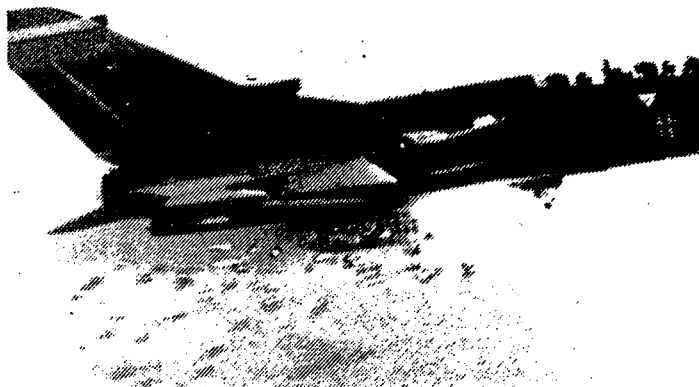
05, 06, 08 Da die betreffenden Merkmale von Kienbaum jeweils nur für die „Ebenen“ getrennt ausgewiesen sind, war eine durchgehende Reihe für diese Merkmale in Beziehung zum Einkommen nicht zu ermitteln.

07 Eine durchgehende Reihe für einen vergleichbaren Personenkreis konnte ermittelt werden nach den Angaben für 3014 leitende Angestellte 1978 in: Gehälter in Deutschland, Capital Ratgeber, Hamburg 1979.

BRD

Hoffentlich platzt die Finanzierung des Verteidigungshaushalts

Für die NATO-Staaten liegt nach neuer Definition ein Aktionsgrund vor, wenn 'lebenswichtige Interessen' gefährdet sind. Ihre Geschäftstätigkeit wird einen solchen Grund immer liefern. Die BRD hat an der Neufassung der Bündisaufgabe fleißig mitgewirkt. Die SPD kämpft vergeblich um die Finanzierung passender Wehr. 1980 verweigerten über 50% des Abiturientenjahrganges. Entsprechende Wirkungen auf den Rüstungshaushalt sind erst noch zu erzielen.



Studenten

'Die Ausbildungsförderung ... Kernstück der Sozialpolitik im Bildungsbereich'

In erster Lesung hat der Bundestag die neueste Novellierung dieses Kernstücks beschlossen. Würde das Gesetz verabschiedet, so bekämen alle BAFöG-Bezieher weniger Geld, weil die nominale Lohn-erhöhung zusammenfällt mit der ausgesetzten Anpassung und den gesenkten Freibeträgen. Aber nicht nur senkt die Regierung den minimalen

Geldbetrag der überhaupt noch geförderten Studenten und Schüler. die Ansätze im Haushaltsentwurf 1981 und den kommenden Jahren der Finanzplanung zwingen dazu, die Förderungsstruktur zu überprüfen" (BAFöG-Bericht März 81). Werden sich die Studenten mit einiger Aussicht auf Erfolg gegen diese Politik zur Wehr setzen können?



Elbfischer

Demonstration von 30000 fordert Plan zur Sanierung der Elbe



Über 30000 beteiligten sich an einer Demonstration, zu der die Elbfischer in Hamburg aufgerufen hatten. Die Elbe, noch in den 50er Jahren einer der fischreichsten Flüsse Europas, wird zu einer Kloake. 60% der Fische sind quecksilbervergiftet. Die zunehmende Abwasserlast der Industrie vernichtet die Existenz der Fischer, die auch Repräsentan-

ten einer breiten demokratischen Bewegung gegen die hemmungslose Verschmutzung sind. Die Elbfischer, in einer Produktionsgenossenschaft organisiert, haben dem Senat bereits 100000 DM abgekämpft als Ausgleich für das Aalverkaufsverbot. Sie fordern das Verbot von Schwermetalleinleitungen und einen Plan zur Sanierung der Elbe.

Indien

Kämpfe der Bauern, Lage in der Landwirtschaft

In Indien gab es in den letzten Monaten vermehrt Aktionen und Demonstrationen für die Erhöhung der Erzeugerpreise und gegen die Plünderung nationaler Ressourcen. Die Lage der indischen Bauern hat sich in den letzten zehn Jahren gewandelt, weil das Land sich aus der Abhängigkeit von den Imperialisten zu lösen sucht. Die koloniale Gesetzgebung ist noch immer eine Fessel. Aber auch der Sowjetunion ist es nicht gelungen, sich Indien als Satelliten zu züchten.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten erscheint vierzehntäglich. Preis 2,- DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften. Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände
Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel 0221/ 517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel: 0221/ 517457